Klassenkampf

Kommunistisches Organ

den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 105848. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Donnerstag, 25. November 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 278

Neuer Justizskandal im Prozeß Hoelz

Verhaftung von Erich Friehe statt Vernehmung geplant?

Friehe, der Hauptzeuge im Wiederaufnahmeverfahre

Halle, 25. November.

Wie wir erfahren, hat die Polizei gestern Erich Friehe, der im Wiederaufnahmeverfahren gegen Max Hoelz als Hauptzeuge auftritt und der in einem Schreiben an das Reichsjustizministerium ausführlich dargestellt hat, wie er den tödlichen Schuß auf Heß abgegeben hat, in seiner Wohnung verhaftet.

Beabsichtigen Polizei bzw. die Justizbehörden die Verhaftung von Erich Friehe? Dies wäre ein neuer unerhörter Skandal. Friehe hat sich selbst gefordert seine Vernehmung durch das Reichsjustizministerium und den Rechtsausschuß des Reichstages. Fluchtverdacht liegt also nicht vor. Der Rechtsausschuß wurde vertagt und das Justizministerium lehnt die Vernehmung von Friehe ab.

Beabsichtigte Verhaftung kann demnach nur einem Zweck dienen: die Vernehmung zu verhindern oder auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben und so die Vernehmung von Max Hoelz, die selbst nach der bürgerlichen Justiz erfolgen zu ermöglichen zu machen.

Hinter diese dunklen Pläne muß das gesamte Proletariat sofort schärfstens Protest erheben. Nicht Verhaftung, sondern Vernehmung von Erich Friehe im Prozeß Max Hoelz, der in einer Beschwerde an den Rechtsausschuß des Landtages die unmenschliche Behandlung im Zuchthaus Groß-Strehlitz schildert, darf kein Tag länger im Kerker schmachten!

Aufforderung zur Ermordung von Hoelz

„Der Bandit soll aus dem Zuchthaus heraus!"

Unter diesem Titel nimmt der „Deutsche Vorwärts" vom 24. November zu dem Wiederaufnahmeverfahren im Fall Hoelz Stellung und schreibt: „Wenn tausendmal nachgewiesen wäre, daß Hoelz den Rittergutsbesitzer Heß nicht eigenhändig erschossen hat, so ist er doch der einzig Schuldige; denn er hat den tschechoslowakischen Aufstand organisiert und geleitet. — Hoelz hat nur dieses Menschenleben auf dem Gewissen, er ist, wenn er nicht Heß ermordet hat, so vieler Schandtaten überführt, er kann armseliges Leben dreimal verwirkt hat."

Der verantwortliche Verfasser dieser Zeilen, Arnold Winkelried, ist bekannt, daß die tschechoslowakische Regierung den Ausweisungsantrag der deutschen Regierung abgelehnt hat, als sich herausstellte, daß der Tschechoslowakei geflüchtet hatte. Hoelz wird von der tschechischen Regierung als politischer Verbrecher betrachtet.

Auch den „Deutschen Vorwärts" kaum ein aufrechter selbstbewußter Arbeiter. Aber dennoch wollen wir einige kleine Auszüge aus diesem Artikel, durch den das Blatt die Fememordhetze unterstützen. **Offene Mordaufforderung** ist es, wenn es heißt:

„Wenn ein wackerer Mann aus dem Volke damals eine Klobe genommen und hätte den Lausejungen Hoelz damit den Schädel eingeschlagen, kein Hahn hätte danach gekräht. Hätte ein Humanitätsduselei sein gelassen und ihm den Kopf kürzer gemacht, hätten wir heute Ruhe."

Der Geist, von dem die Femebestien beherrscht sind, Humanitätsduselei einfach einen Kopf kürzer machen, die rechtliche Grundlage dafür vorhanden ist oder nicht. Wir hätten heute Ruhe vor ihm. Das Moabiter Standgericht, das Hoelz verurteilte, war gewiß nicht der Inbegriff höchsten Rechtserkennens. Aber selbst dieses Gericht konnte auf das mangelnden Beweise Max Hoelz nicht zum Tode verurteilen, und hier im „Deutschen Vorwärts" fordert einer, der unter dem Namen Winkelried versteckt, offen zum Mord auf. Die Arbeiter werden sich dies sehr deutlich merken müssen.

Verschleppung des Hoelz-Prozesses

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 25. November.**

Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages hat gestern erneut die Beschwerde des Genossen Max Hoelz über den Strafvollzug in Moabit behandelt. Der Regierungsvertreter erklärte, daß die Beschwerde des Genossen Max Hoelz noch nicht untersucht sei und daß deshalb nichts unternommen oder veranlassen könnte. Auf keinem Fall aber Max Hoelz nach einer anderen Strafanstalt überführt werde. Der kommunistische Antrag auf Entsendung eines Unterausschusses zur Nachprüfung der Beschwerde wurde abgelehnt. **Der Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten zur Tagesordnung.**

Genossin nach Deutschland abgereist. Tichtischerin hat heute Moskau verlassen und ist nach Deutschland angetreten. Während seines Aufenthaltes in Moskau hat sie die Obliegenheiten des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten wahrgenommen.

Genosse L. Krassin tot

Wieder kommt, kurz nach dem Tode Dzerzhinskis, die Nachricht vom Ableben eines der führenden Männer der russischen Revolution. Gestern starb, 56jährig, in London Genosse L. Krassin, Botschafter der Sowjetunion in London und Mitglied des ZK. der KP. der SU. an den Folgen einer sogenannten bösartigen Blutarmut, die schon seit längerer Zeit seine Lebenskraft untergrub. Mit Krassin verlieren die werktätigen Massen und die Kommunistische Partei der Sowjetunion einen der bedeutendsten Vorkämpfer der proletarischen Revolution. 1870 in Kurgan (Uralgebiet) als Sohn einer begüterten Beamtenfamilie geboren, trat Krassin sehr früh in die Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung. Als junger Student des Petersburger Technikums wird er relegiert wegen Teilnahme an der Begräbniskundgebung für den Revolutionär Schulgunow und ist gezwungen, im Ausland sein Studium zu vollenden. Aber weit mehr als die Ingenieurwissenschaft beschäftigt ihn die Sozialdemokratische Partei Rußlands, deren Mitglied er ist. Auf dem 2. Parteitag in London 1903 (auf der die Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki stattfand) wurde Krassin zum Mitglied des ZK. gewählt. In rastloser Arbeit wirkte er die Jahrzehnte bis zu seinem Tode im Dienste der bolschewistischen Partei. Drei Jahre saß er in den Gefängnissen des Zarismus und ging im Jahre der Vorbereitung der Revolution durch alle Phasen der illegalen Arbeit.

Nach der Eroberung der Macht fallen Krassin riesige Aufgaben des Aufbaues des Sowjetstaates zu. Als Leiter eines der größten Betriebe Petrograds wird er von der Sowjetmacht zum Vorsitzenden der Außerordentlichen Kommission zur Versorgung der Armee ernannt. Außerdem wird Krassin zum Mitglied des „Rates für Arbeit und Verteidigung", dessen Mitbegründer er war, gewählt. 1920 wurde er Volkskommissar für den Außenhandel.

Ebenso groß wie Krassins Verdienste auf dem Wirtschaftsgebiete sind seine Erfolge in der Diplomatie. 1921 schließt Krassin den Vertrag mit England. Als Mitglied der Sowjetdelegation in Genua und Haag wird er zum Mitschöpfer der „roten Diplomatie" der Sowjetmacht in der Umkreisung der kapitalistischen Regierungen. Der Posten, den der Verstorbene im Dienste des Proletariats in London bekleidete, erforderte ebenso viel Klugheit wie bolschewistische Disziplin und Prinzipientreue.

Der Tod des Genossen Krassin bedeutet für das russische Proletariat und mit ihm für die gesamte internationale Arbeiterklasse einen unersetzlichen Verlust.

Die internationale Lage

und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale

Referat des Genossen **Bucharin** auf der Tagung des Exekutivkomitees der Komintern

(Eig. Drahtb.) **Moskau, 24. November.**

Meine Aufgabe hier besteht darin, nur einige wichtige Fragen hervorzuheben, da sich eine ausführliche Analyse der jetzigen Lage in meinem schriftlichen Bericht befindet.

In diesem Bericht habe ich die jetzige Lage als eine Situation zwischen zwei Wellen der Revolution gekennzeichnet und glaube, daß an dieser Stelle eine Auseinandersetzung mit unseren Gegnern, besonders mit der Sozialdemokratie, nützlich ist.

Wie schätzt die Sozialdemokratie, die doch eine „Arbeiterpartei" ist, die jetzige Situation ein? Nach der Schätzung der Sozialdemokratie leben wir in einer normalen Epoche der kapitalistischen Entwicklung. Was nach der Meinung der Sozialdemokratie an dieser Entwicklung neu ist, das sind die neuen Organisationsformen des Kapitalismus, sowohl innerhalb der Länder wie auch zwischen den Ländern, das organisierte Kapital in verschiedenen Ländern anstatt Konkurrenz und starker internationaler Wirtschaftsorganisationen im Rahmen der Weltwirtschaft.

Der politische Ausdruck dieser Prozesse sind nach der Meinung der Sozialdemokratie solche Erscheinungen wie Völkerbund, paneuropäische Bewegung, verschiedene Konventionen und Verträge zwischenstaatlicher Natur usw. Diese Erscheinungen sind nach der Meinung der Sozialdemokratie so wichtig und haben bei der Analyse der jetzigen Lage eine so große Bedeutung, daß die Sozialdemokratie die Behauptung aufzustellen wagte, daß allgemein gültige Sätze des Marxismus, wie der berühmte Satz über die Notwendigkeit des Krieges in der Epoche des Kapitalismus, diese Lehre des Marxismus, schon veraltet sind. Nach der Sozialdemokratie haben wir jetzt Frieden.

Wir glauben, daß diese Behauptungen, wenn sie mit der jetzigen Lage verglichen werden, ziemlich komisch sind. Kann man die jetzige Lage wie von einer Lage, die der der Vorkriegszeit ähnlich ist, sprechen, kann man behaupten, daß der Kapitalismus unter diesen alten Bedingungen lebt? Wir denken, wir können das Gegenteil behaupten.

Die Tatsache des Bestehens der Sowjetunion allein ist ein Zeichen und ein Ausdruck eines nichtnormalen Zustandes des Kapitalismus. Wir haben so große Ereignisse wie die ostasiatische Revolution, deren Anfang die weltgeschichtliche chinesische Revolution ist. Ist das der Ausdruck der normalen Entwicklung, ist das eine unbedeutende Tatsache? Natürlich nicht. Wir können auch von diesem Standpunkte die jetzige Lage nicht als normal bezeichnen. Der Niedergang Großbritanniens ist eine Tatsache von so großer Bedeutung, daß sie nicht unterschätzt werden darf.

Sind die Widersprüche des Kapitalismus kleiner geworden? Keineswegs. Wir sagen, daß diese Widersprüche nach dem Kriege gewachsen sind und sich auf erweiterter Stufenleiter reproduziert haben. Die wichtigsten großen Tatsachen sind: die proletarische Diktatur im gewesenen Rußland und die chinesische Revolution. Diese zwei Tatsachen künden mit lauter Stimme, daß die frühere Grundlage für das kapitalistische System jetzt fehlt.

Vor den Arbeiterparteien steht jetzt die grundsätzliche Frage: für die kapitalistische Stabilisierung oder gegen die kapitalistische Stabilisierung? Diese Frage stellt die Scheidelinie innerhalb der Arbeiterklasse dar. Die Sozialdemokratie ist für die kapitalistische Stabilisierung, wir sind dagegen.

Von dieser großen grundsätzlichen Linie hängen verschiedene taktische Bestimmungen ab. Die Sozialdemokratie ist z. B. gegen die Sowjetunion. Warum? Weil das Bestehen der Sowjetunion ein Faktor ist, der objektiv gegen die kapitalistische Stabilisierung gerichtet ist. Die Sowjetunion ist ein destruktives Moment im Rahmen der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft und im Rahmen des ganzen Systems der kapitalistischen Staaten. Unter diesem grundsätzlichen Gesichtspunkt sind alle Handelsverträge, die Anerkennung der Sowjetunion usw. ganz sekundäre Erscheinungen.

Die Sozialdemokratie ist gegen die ostasiatische Revolution. Sogar linksorientierte Sozialdemokraten, wie Otto Bauer, stehen der ostasiatischen Revolution feindlich oder halbfeindlich gegenüber. Warum? Weil die ostasiatische Revolution ein großer Faktor destruktiver Natur ist, ein sehr bedeutender Faktor gegen die kapitalistische Stabilisierung.

Die Sozialdemokratie ist gegen alle sogenannten Unruhen in Westeuropa. Sie ist gegen einen britischen Streik in großem Maßstab, gegen den Generalstreik in Großbritannien, besonders gegen seine Weiterentwicklung, weil sie gegen eine Störung der kapitalistischen Stabilisierung ist.

Umgekehrt unterstützt die Sozialdemokratie fast jeden Faktor der kapitalistischen Stabilisierung und fördert ihn. Warum z. B. unterstützt die Sozialdemokratie solche Räuberorganisationen wie den Völkerbund? Weil sie in ihm das beste Instrument sieht, die Widersprüche des Kapitalismus abzuschaffen und die kapitalistische Stabilisierung zu fördern, wenigstens für eine gewisse Zeit. Die Sozialdemokratie preist den Völkerbund als ein friedliches Element, das zu unterstützen, höchstens noch zu demokratisieren ist.

Die Sozialdemokratie ist auch für die paneuropäische Bewegung, für eine „richtige Verteilung" der Kolonialmandate usw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0001

Die Bilanz, die wir zu ziehen haben, ist ungefähr folgende: Der Verrat der Sozialdemokratie in diesen Tagen, Wochen und Monaten ist viel größer als der Verrat der Sozialdemokratie im August 1914. Das hat man vielleicht nicht ganz klar verstanden, auch in unseren Reihen nicht.

Unsere Aufgabe besteht in erster Reihe darin, diese Tatsache der Arbeiterschaft klarzumachen. Der Verrat der Sozialdemokratie ist heute größer als im August 1914, weil sie damals auf dem Standpunkte der Verteidigung des nationalen Kapitalismus stand, aber jetzt nicht nur das nationale System des Kapitalismus, sondern grundsätzlich das gesamte Weltsystem des Kapitalismus verteidigt. (Beifall.)

Diese Tatsache liegt auf dem ersten Blick klar, sie ist desto gefährlicher. Um so größer müssen unsere Anstrengungen sein, diese verfluchte Ideologie zu brechen. Ohne eifrige Arbeit auf dieser Linie werden wir keinen Sieg erringen und im Falle eines neuen Krieges noch größere Enttäuschungen erfahren als im Jahre 1914.

(Forts. folgt.)

12000 Textilarbeiter ausgesperrt

Der Sächsisch-thüringische Webereiverband hat gestern alle Webereiarbeiter in Gera und Greiz ausgesperrt. In Frage kommen 12 000 Textilarbeiter. Die Unternehmer haben bereits angekündigt, falls bis dahin keine Einigung erzielt wird, am Montag die gesamte Arbeiterschaft der Betriebe des Sächsisch-thüringischen Webereiverbandes auszusperren. Davon würden insgesamt 29 000 Arbeiter betroffen. Für Freitag sind inzwischen vom Reichsarbeitsminister neue Verhandlungen in Berlin anberaumt.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hatte auf Grund der in der Textilindustrie bestehenden Konjunktur und der erbärmlich niedrigen Löhne der Textilarbeiter, insbesondere der Arbeiterinnen, in verschiedenen Teilen des Reichs Lohnbewegungen eingeleitet. Aber anstatt die relativ gute Beschäftigung der Textilindustrie dazu auszunutzen, um auf die Unternehmer einen starken Druck auszuüben und die Gesamttextilarbeiterschaft in möglichst breiter Front zu mobilisieren, war die Verbandsleitung von vornherein bemüht, die gesamte Lohn- und Arbeitszeitbewegung soweit wie möglich zu zersplittern. Sie läßt die Arbeiterschaft eines Bezirkes isoliert vorgehen, wodurch die Erfolgsaussichten sehr geschwächt werden, und dann erst, wenn diese Bewegung ganz oder nahezu abgeschlossen ist, geht sie in einem anderen Bezirk zu einer neuen Bewegung über. So kommt jetzt z. B. der Konflikt in Thüringen (Forderung: 15 Prozent Lohnerhöhung) erst zum Austrag, nachdem im Oktober die Augsburger Textilarbeiterschaft in einem Streik gegen Lohnverschlechterungen sich eine Niederlage geholt hatte und vor kurzem im Aachener Gebiet durch Schiedsspruch die dort eingeleitete Bewegung zum Stillstand gekommen ist, und während jetzt der Konflikt in Thüringen immer schärfere Formen annimmt, dämmt der Verband die im Chemnitzer Bezirk sich anbahnende Bewegung nach Kräften zurück, bis der nächste Kündigungstermin herankommt. Die Lohnkonflikte werden also noch wie vor von der Verbandsleitung nicht als Machtfrage gestellt, wie das die Unternehmer ganz selbstverständlich tun, die auf tarifliche Abmachungen, sobald sie sich stark genug fühlen, genau so pfeifen, wie sie im Reichstag bei Beratung der Erwerbslosenunterstützungssätze einschließlich der SPD. auf die dort gefaßten Mehrheitsbeschlüsse (30 Prozent) gepfiffen haben!

Die thüringische Textilarbeiterschaft stand im Jahre 1924 an der Spitze derer, die sich bis zuletzt gegen die Verlängerung der bis dahin bestehenden 46-Stundenwoche und gegen Lohnverschlechterungen zur Wehr gesetzt hatten. Doch konnten, isoliert, auch sie nicht verhindern, daß die Arbeitsbedingungen immer schlechter wurden und daß gerade in der Textilindustrie die Rationalisierung sich ungeheuer schädlich, insbesondere auf die dort beschäftigten Frauen, ausgewirkt hat. Der Gegner, der Sächsisch-thüringische Webereiverband, hat von jeher die Taktik eingeschlagen, durch Generalaussperrung die Arbeiterfront allmählich zu brechen. Es ist für ihn das stärkste Mittel, obwohl er sich auch hierin in früheren Jahren bei der gut organisierten und klassenbewußten thüringischen Textilarbeiterschaft schon seine Zähne ausgebissen hat.

Angesichts der DTV.-Bureaukratie, die durch Massenausschlüsse revolutionärer Kräfte. Freier die Bewegung im Jahre 1923/24 schwer geschädigt hat, [illegible] auch heute wieder, wie oben gesagt, schweren Arbeiterverrat.

„Notgesetz" des ADGB. und ständiger Reden über „notwendige Verkürzung der Arbeitszeit" von seiten ADGB.-Leitung, in der auch der Textilarbeiterverbandsvorsitzende Jäckel sitzt, verweigert der DTV. die von vielen Arbeitern [illegible]ersehnte Verbindung von Lohn- und Arbeitszeitforderungen und [illegible] Mobilisierung in breiterer Front. Die in der Thüringer Textilindustrie ziemlich starke freigewerkschaftliche Opposition hat in dieser Richtung mobilisiert und jetzt sich zugleich mit [illegible]erster Energie ein für die Stärkung des DTV. und Durchsetzung ihrer Forderungen in der Gewerkschaft.

Die Frage des thüringischen Kampfes und der von den Gewerkschaften eingeschlagenen Kampfesstrategie ist eine Frage der Gesamtarbeiterschaft.

Die SPD.-Fraktion für Schmutz und Schund?! — Einheitsfront mit den Muckern

(Eig. Drahtm.) Berlin, 25. November.

Der „Roten Fahne" wird aus Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für das Schmutz- und Schundgesetz stimmen will, wenn das Gesetz so geändert wird, daß an die Stelle der Sündenprüfung eine oder mehrere Reichsprüfungsstellen gesetzt werden. Die SPD.-Fraktion wird diese Abstimmung nach außen hin in der Weise begründen, daß der Reichsrat wahrscheinlich das Gesetz mit einer oder mehreren Reichsprüfungsstellen ablehnen wird, und daß dadurch das Gesetz hinfällig werden würde. Uebrigens ist die Beratung des Gesetzes auf die Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung gesetzt.

Neue Enthüllungen Mahrauns über die schwarze Reichswehr und den weißen Geßler

Berlin, 24. November.

Auf die Erklärung Geßlers in der gestrigen Reichstagssitzung, die Mahraunsche Denkschrift behandelte Streitigkeiten zwischen früheren Offizieren und ihren Verbänden, antwortet heute abend der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens und stellt fest, daß seine Denkschrift im Gegenteil von nationalistischen Putschaktionen, die in den Jahren 1923 bis 1925 geplant waren, Mitteilung machte. Im Jahre 1923 sei versucht worden, einen Ueberfall auf die französischen Besatzungstruppen zu machen. Im Mittelpunkt dieser Bewegung stand ein auch in der nachrevolutionären Zeit viel genannter General (Ludendorff? D. Red.), man hatte bereits Trupps zur Sprengung der Rheinbrücken eingeteilt. Der General berief sich auf ein neuerfundenes Sprengmittel, mit dessen Hilfe man auf elektrischem Wege sämtliche Sprengstoffe der Franzosen in die Luft sprengen könne. Das war ein großer Schwindel. Im Herbst 1923 wurde für einen Feldzugsplan Stimmung gemacht, wonach Polen im Bunde mit Rußland überfallen werden sollte. Der durch die Landsberger Femeprozesse bekannte Oberleutnant Schulz war die Seele dieser Bestrebungen. 1925 sei noch einmal versucht worden, eine nationale Bewegung für ein Zusammengehen mit Sowjet-Rußland gegen Frankreich zustande zu bringen. Mahraun fährt fort: „... Kreise, welche sich auf die Reichswehr beriefen, behaupteten sogar, entsprechenden Auftrag zu haben und trafen dafür Vorbereitungen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, hiergegen die Hilfe des Reichswehrministers anzurufen, und habe ihm meine Beobachtungen mitgeteilt. Sie bilden den Inhalt meiner Denkschrift. Die Behauptung des Reichswehrministers, daß ich ihn gewissermaßen nur als Schiedsrichter in einem Streit mit anderen Verbänden angerufen habe, ist völlig abwegig."

Hindenburg, Völkerbund, Geßler und SPD.-Führer in einer Front

(Eigener parlamentarischer Sonderbericht)

Der Reichstag setzte heute die Aussprache über die Außenpolitik fort.

Zu Beginn der Sitzung verliest Genosse Torgler die Interpellation der kommunistischen Fraktion, die sich mit dem Unterstützungsstandal für die „PAZ" befaßt. Genosse Torgler verlangt dann den Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Stresemann auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag lautet:

„Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."

Mit diesem Antrage soll den Sozialdemokraten Gelegenheit gegeben werden, Herrn Dr. Stresemann ihr Vertrauen auszusprechen und auch die Deutschnationalen haben jetzt die Möglichkeit, nicht nur platonisch, sondern parlamentarisch für Stresemanns Außenpolitik einzutreten. Eine sofortige Aussprache über die kommunistische Interpellation und den kommunistischen Mißtrauensantrag verhindert der sozialdemokratische Reichstagspräsident Loebe mit der Begründung, daß derartige Anträge mindestens einen Tag vorher eingereicht sein müßen. Obwohl ihm der Genosse Stoecker zuruft, daß bei anderen Gelegenheiten dieser Termin nicht eingehalten worden sei, verhindert Loebe, daß der Mißtrauensantrag sofort auf die Tagesordnung gesetzt wird. Als erster Diskussionsredner spricht der dreiseele Doktor Bredt (Wirtschaftspartei), welcher behauptet, daß er zwar zur Innenpolitik spreche, daß er aber auch in der Außenpolitik wisse, was er wolle. Die Deutsche Volkspartei habe die Wirtschaftspartei in Sachsen in der unanständigsten Weise angegriffen. (Zuruf Stresemann: Ich schreibe doch nicht die sächsischen Flugblätter!) Die Sozialdemokratie habe keinen Grund, sich über die illegalen Verbände aufzuregen, denn wenn ein Verband geeignet sei, die Reichswehr aufzuwühlen, so sei es doch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. (Allgemeine Heiterkeit.)

Für die Sozialdemokraten hält Abgeordneter Müller-Franken eine äußerst schwächliche und inhaltlose Unterstützungsrede für Stresemann.

Die Deutschnationalen haben mit ihrer Interpellation bewiesen, daß sie das Reifezeugnis für die Regierungsfähigkeit noch nicht haben.

Wer Augen hatte zu sehen, wußte schon im August 1918 (Hermann Müller meint den August 1918, nicht den August 1914!!) Bescheid, nicht erst am 11. November. Ich glaube, daß meine Fraktion viel mehr recht hat, zu sagen, daß im Außenministerium sich unsere politische Linie durchgesetzt hat, als die Deutschnationalen das von sich behaupten wollen.

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß der Reichstag nur von innen reformiert werden kann. Und Ihnen, meine Kommunisten, möchte ich sagen, daß wir auch mit allen Ihnen Mitlisten zusammen arbeiten, die erkannt haben, daß der Reichstag schlechtes Geschäft war.

Auch Mussolini wird nichts übrig bleiben, als nach zu kommen.

Während Hermann Müller unter lächelndem Beifall seines Kollegen Hermann über Rheinlandbesetzung, das Saargebiet und die Kontrolle spricht, sitzt der Deutschnationale Lindenstiftungsredner „in längerem freundschaftlichen Gespräch" mit dem französischen Gesandten in der Diplomatenloge.

Und Ihnen, meine Herren Deutschnationalen, muß ich sagen, wenn Sie in die Regierung wollen, müssen auch Sie die Politik mitmachen. (Was die Sozialdemokraten heute alles mitmachen! Mit einer Verbeugung zu Stresemann, der während der Rede nicht aus dem Grinsen herauskam, schließt Hermann Müller mit den Worten: **Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, daß die Geschichte den Dank für unsere Mitarbeit nicht vergessen wird.** (Befriedigt und händereibend verläßt Stresemann den Sitzungssaal!)

•

Zur allgemeinen Verwunderung und von den Kommunisten mit dem Zuruf: **Schwarzer Reichswehrminister!** empfangen, nahm

Herr Geßler

nochmals die Rednertribüne. Es sei ihm vom Schicksal nahegelegt worden, sich zu der **Denkschrift von Mahraun** zu äußern. Herr Mahraun habe aber ihm nichts Neues sagen können, **das habe er schon alles gewußt.** (Unruhe, Zurufe: Nicht danach gehandelt!) Der General, vor dem Mahraun warnen zu müssen, sei der General von Walter gewesen, von den Sozialdemokraten: Der war 1920 schon verrückt, er im Ruhrgebiet die Arbeiter erschossen! Zuruf rechts: Eine nationale Tat hat der General Walter den Dank seitens des General Walter hatte junge, verführte Leute in die Maschinengewehre hineintreiben wollen und darum sofort entlassen. (Also nicht wegen der Arbeitermorde!) Zuruf wird Geßler gefragt, ob es stimme, daß dieser General **noch 18 000 Mark Pension bekäme.** Darauf Geßler: Das nicht. (Zuruf: Herr Geßler weiß immer von nichts!)

Auf den Zuruf, warum er dann noch mehr Material von Mahraun verlangt habe, antwortet Geßler, ich habe mehr Material verlangt, was ich bekommen habe. (Zuruf: Sie wollten die Namen der Gewährsmänner für die Ferme haben!)

Abgeordneter

Wirth

(Zentrum) hält eine rethorisch schwungvolle Rede, in der Theorie und die idealistische Philosophie zu der [illegible] und sozialdemokratischen Völkerbundspraxis. Nach [illegible] auf Hermann Müller identifiziert er die Idee „Paneuropa" [illegible] Idee, die nur den Zeitgenossen weit voraus sei. Er [illegible] ständigung mit der amerikanischen Finanzwelt und [illegible] **großen Weltbund des Chemiekapitals** mit Einsicht [illegible] voraus. Zu den Sozialdemokraten gewendet, mit [illegible] Handbewegung und mit deutlicher Aufforderung zur [illegible] sagt Wirth:

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch"

hat nur dann einen Sinn, wenn die Proletarier sich [illegible] zuwenden. (Der „Proletarier" Müller [illegible] stimmend.)

Es gingo um die große Idee der europäischen [illegible] Napoleon hätte gesagt, daß nur ein europäischer [illegible] gordischen Knoten internationaler Verwirrung lösen [illegible] Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei eins der [illegible] Opfer, das die Weltgeschichte je gesehen, und es sei jetzt [illegible] reich, seinerseits Entgegenkommen zu zeigen. Unter [illegible] der Mitte und den Bravorufen der Sozialdemokraten [illegible] Wirth seine Rede, die die kapitalistische Verständigung [illegible] pfäffischen Phrasen übertüncht.

Der Genosse **Rosenberg**, der als nächster Redner vorgesehen wird in der morgigen Fortsetzung der außenpolitischen [illegible] zu Wort kommen.

Stresemann

Der englische Kampf geht in den Bezirken fort

(Eig. Drahtm.) London, 25. November.

Nachdem die Bezirksverhandlungen zwischen den Unternehmern und Bergarbeitern in den meisten Bezirken bereits aufgenommen worden sind, wurden sie in Südwales wieder abgebrochen, da die Bergarbeiter auf die Forderungen der Unternehmer nicht eingingen. Im allgemeinen zeigte sich in der 30. Woche des Bergarbeiterkampfes in den meisten Bezirken ein ungebrochener Kampfgeist. In Versammlungen, in denen die Delegierten ihre Londoner Kapitulationsbeschlüsse zu entschuldigen versuchten, wurden sie von den Bergarbeitern am Sprechen verhindert. In einigen Bezirken sind Bergarbeiter, die bereits die Arbeit aufgenommen hatten, wieder in die Streikfront zurückgekehrt, so im Bezirk Lancestershire. In Nottingham hat der Verräter Spencer mit den Unternehmern ein Bezirksabkommen abgeschlossen, das Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen vorsieht. Cook erklärte dazu, daß diese Bedingungen so schlecht seien, daß sie von der Bergarbeiterföderation nicht gebilligt werden könnten. Er hoffe, daß die Bergarbeiter das Ansinnen Spencers, unter solchen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen, energisch zurückweisen werden.

Geßler über den Heeresersatz

Er gibt die Auswahl durch die Wehrverbandsführer zu

Tagelang hat die gesamte Presse **Einzelheiten über den Aufbau der neuen illegalen schwarzen Reichswehr** unter Mithilfe und mit Unterstützung der legalen Reichswehr bringen können, bevor der verantwortliche Leiter dieser Reichswehr, Herr Geßler, es für nötig befunden hat, sich über die mehr als dunklen Quellen des Nachwuchses des Bestandes der Reichswehr zu äußern. In einem Artikel, der bezeichnenderweise nicht nur in der demokratischen Presse, sondern auch in Hugenbergs „Lokalanzeiger" erschien, **verteidigt Geßler das bisher geübte System des Heeresersatzes.** Die Antwiesung seiner Ausführungen ist die, daß alles beim alten bleiben soll und daß er sich **irgendeine republikanische Kontrolle der Reichswehr von vornherein energisch verbittet.** Mit den üblichen Phrasen über das durch den Versailler Vertrag bedingte „unsittliche System" der Söldner-Truppe wird die mangelhafte Loyalität und sogar die zugegebene Kriminalität der Reichswehrsoldaten erklärt. Es fehlt nicht ein Angriff auf die republikanische Presse, die nach Geßlers Ansicht **zu wenig Propaganda für „den Gedanken der Wehrhaftigkeit des Volkes"** macht, was dem „Lokalanzeiger" Gelegenheit gibt, dem Demokraten Geßler den guten Rat zu geben, auf eine solche Propaganda seitens der demokratischen Parteien nicht zu warten, d. h. sich auch nach außen hin offen auf die Deutschnationalen zu stützen. Das für die Oeffentlichkeit interessanteste an den Veröffentlichungen Geßlers ist die Tatsache, **daß er offen zugibt, daß Anfragen der verantwortlichen Offiziere über die Persönlichkeit der Neueinzustellenden auch an Führer von Verbänden gerichtet worden sind, „die für die Reichswehr als politische Organisation verboten sind".** Herr Geßler besitzt die Kühnheit, daran anschließend den folgenden Satz zu schreiben:

„Das hat zu den Mißverständnissen in der Oeffentlichkeit geführt, als ob die Reichswehrtruppenteile den Einfluß der Verbänden entnehmen."

Für Herrn Geßler ist es natürlich das beste, wenn alles beim alten bleibt. Er hat ein dickes Fell gegenüber allen Angriffen und es so lange behalten, als die Arbeiterschaft ihn und seine Regierungskollegen auf den Ministersesseln lassen.

General Yangsien zu den Kanton-Truppen übergegangen

(WTB.) London, 25. November.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Hongkong ist General Yangsien mit 50 000 Mann zu den Kanton-Truppen übergegangen sein, die damit die größte Provinz des Südlichen China — Szeschwan — völlig in die Hände bekamen.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Unkraut vergeht nicht. Wie aus Doorn gemeldet wird, [illegible] Zustand des ehemaligen deutschen Kaisers weiterhin [illegible] Die fieberartigen Erscheinungen sind gänzlich gewichen, [illegible] der Patient noch unter rheumatischen Rückenschmerzen.

Völkischer Mißtrauensantrag gegen Stresemann. [illegible] ist außer dem kommunistischen auch von der völkischen [illegible] fraktion zur auswärtigen Debatte ein Mißtrauensantrag [illegible] den Reichsaußenminister Stresemann eingegangen.

Rücktritt der finnischen Regierung. Die Regierung [illegible] ihrer in der gestrigen Sitzung des Reichstages erstatteten [illegible] lage zurückgetreten.

Baumaterialienjunditat in Rußland. Zur [illegible] Gründung eines Baumaterialienjunditats geplant, [illegible] heitliche Versorgung der einzelnen Trusts obliegen würde. [illegible] Gründern werden der Jementtrust, der Trust „Rowno", der ukrainische Trust der Industrie der Steine und Erden gehören.

Der Aufstand in Nordalbanien. Die „Vreme" [illegible] heiten über den Kampf bei Skutari, in dem sich die [illegible] nach Gefangennahme des Gendarmeriekommandanten [illegible] Kilometer Skutari näherten. Regierungstruppen [illegible] Aufständischen nach heftigem Kampf zum Rückzug.

Die Unabhängigkeitsbewegung in Indien. Der [illegible] von Kalkutta, der größten Stadt Englisch-Indiens, [illegible] trag ab, eine Willkommensadresse an den Vizekönig [illegible] kunft am 10. Dezember zu richten.

Waffenstillstand in Syrien. Nach einer vom [illegible] wiedergegebenen Nachricht sollen Verhandlungen zwischen Franzosen und den Drusen eingeleitet worden sein, um [illegible] in Syrien zu beenden. Es sei bereits ein Waffenstillstand geschlossen worden.

Der Brückeneinsturz bei Garz. Ueber das Ergebnis der Untersuchung des Brückeneinsturzes bei Garz verlautet, daß [illegible] Personen Anklage erhoben werden soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0002

Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands

Auf der Konferenz angenommene Entschließungen und Anträge

Resolution zur Kommunalpolitik und zur Sozialpolitik

I.

Die Lage der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land ist unerträglich. Dieser Zustand, der die gegenwärtige Generation ihren wertvollsten Bestandteilen wirtschaftlich, körperlich und geistig zugrunde zu richten droht, ist die Folge der unerhörten Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben, der Erwerbslosigkeit, der Wohnungselendes sowie anderen Nachwirkungen von Krieg und Inflation, des rücksichtslosen Steuerdrucks gegenüber den kleinen Einkommen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Gewerbetreibenden, Rentnern usw. Die Gemeindeverwaltungen, die bei dem völligen Versagen von Reich und Staat die Hilfeleistung für die verelendeten, von der Vernichtung bedrohten Massen durchführen müssen, sind mangels ausreichender Einnahmen hierzu nicht in der Lage.

II.

Angesichts dieses Zustandes müssen energische Abwehr- und Hilfsmaßnahmen von den Werktätigen gemeinsam durchgesetzt werden. Die Landeskonferenz der Werktätigen für Mitteldeutschland erhebt den Kampfruf des Notstandes der Massen, insbesondere für die Kommunalpolitik, folgende Forderungen:

1. **Abwehr des Steuerraubes** der Großkapitalisten auf Kosten der kleinen Existenzen.

   Kampf um Erhöhung der Länder- und Gemeindeanteile an den Steuereinnahmen des Reiches.

   Aufhebung der Hauszinssteuer; solange sie besteht, Verwendung des gesamten Aufkommens für den gemeinnützigen Wohnungsbau.

   Befreiung der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern von der Gewerbe- und Grundsteuer. Dagegen verschärfte Belastung des Besitzes und der großen Kapitalerträge.

   Ablehnung der Forderungen auf Wiedereinführung des Zuschlagsrechts der Gemeinden zur Einkommensteuer.

2. **Gewährung der Fürsorgemaßnahmen**, dem Notstand der breiten Massen entsprechend. Für die Erwerbslosen Erhöhung der Unterstützung um 50 Prozent. Gewährung einer angemessenen Winterbeihilfe; Mietezuschuß, Zuweisung von Nahrungsmitteln, Bekleidung und Heizungsmaterial an die Erwerbslosen, sowie die anderen Fürsorgebedürftigen. Erwerbslosenunterstützung statt der Versicherung, Verbot jeder Kurzarbeit, Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse.

3. **Sofortige umfangreiche Beschaffung von Arbeit zu Tariflöhnen.** Zinsfreie Mittelbereitstellungen an die Kommunalverbände durch Reich und Staat.

4. **Kampf gegen das Wohnungselend.** Durchführung eines praktischen Wohnungsbauprogramms durch Reich, Staat, Kommunalverbände und soziale Baugenossenschaften in Verbindung mit Gewerkschaften, Genossenschaften und proletarischen Mieterorganisationen. Bau von Arbeiterwohnungen, jedoch in ausreichender Größe mit allen wirtschaftlichen und hygienischen Einrichtungen, Beschränkung der Miete auf einen Betrag, der höchstens 80 Prozent der Friedensmiete ausmacht. Zur beschleunigten Umquartierung derjenigen Familien, die noch in gesundheitsgefährlichen Räumen hausen, Beschlagnahme der leerstehenden Villen und Zählen von Großwohnungen. Hierzu Wiedereinkraftsetzung der Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes.

5. **Für die Inflationsopfer und Sozialrentner:** Erhöhung der Renten, der Unterstützungen, der Beihilfen. Höhere Aufwertung für die Kleinsparer. Besondere Fürsorgemaßnahmen für das Alter und die Vollinvaliden.

6. **Für die unteren und mittleren Beamten und Angestellten:** Ausbau des Beamtenabbaus, Einreihung der unteren Beamten- und Angestellten-Gruppen mindestens in Gehaltsstufe V, Erweiterung des Koalitionsrechts, Erweiterung der Rechte der Personalausschüsse, Aufhebung der Ortsklassen.

7. **Zur Unterstützung des werktätigen Bauerntums:** Steuerermäßigung bzw. Steuererlaß, Steuerkredithilfe ohne Zinsbelastung durch Reich und Staat. Voller Ersatz für alle Brand- und Wasserschäden der kleinen Geschädigten. Behördliche Anerkennung der Geschädigten-Ausschüsse; Festsetzung und Verteilung der staatlichen und kommunalen Unterstützungsbeträge durch sie. Förderung des Genossenschaftswesens zugunsten der werktätigen Bauern unter Ausschaltung des Landbundes. Verhinderung der Ausbeutung der Landbevölkerung durch die Elektropolitik mit Wuchertarifen.

III.

Die Vertreter der Werktätigen in den Reichs-, Landes- und Gemeinde-Parlamenten werden ersucht, diese Forderungen unverzüglich und energisch zu erheben, durchzusetzen, zu vertreten.

Der Reichskongreß der Werktätigen erwartet die Landeskonferenz Mitteldeutschland, daß er durch Schaffung, Stärkung und Sicherung der Einheitsfront aller Werktätigen, insbesondere in politischen und wirtschaftlichen Organisationen außerordentlich die Kräfte entfesselt zur Durchsetzung der erhobenen Forderungen. Die Landeskonferenz erwartet ferner, daß der Kampf der Werktätigen darüber hinaus die Voraussetzungen schafft für die Durchsetzung der weitergehenden Maßnahmen, die zur Sicherung des Sieges der werktätigen Massen über die kapitalistische Ausbeutungspolitik erforderlich sind.

Werktätige, hinein in die Genossenschaften!

Entschließung

Das Vordringen des Großkapitals zur Vertrustung zeigt sich nicht nur in Industrie und dem Bankwesen, sondern auch im steigenden Maße im Lebensmittel-Groß- und -Kleinhandel. Nahezu ⅔ des Lebensmittelhandels Deutschlands wird heute vom Großkapitalisten. Die Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands hält es deshalb für ihre Pflicht, alle Werktätigen zum genossenschaftlichen Zusammenschluß in den Konsumvereinen zu machen. Nur durch einen festen Zusammenschluß aller Verbraucher in Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften kann dem Raubzug des Großkapitals auf dieser Seite entgegengewirkt werden. Aber erst dann, wenn alle Werktätigen, Kopf- und Handarbeiter in Stadt und Land aktive Mitglieder der Konsumgenossenschaften sind, können diese ihre Aufgabe im Klassenkampfe des Proteariats restlos erfüllen. Wenn die Zentralinstanzen der deutschen Genossenschaftsbewegung ihre Aufgaben noch nicht klar bewußt sind, so fordert trotzdem unsere alle Werktätigen in Stadt und Land auf, Mitglieder der ortsständigen Konsumvereinen zu werden und ihren gesamten Bedarf dort zu decken.

Landeskonferenz der werktätigen Jugend Mitteldeutschlands

Parallel zur Landeskonferenz der Werktätigen fand eine Konferenz der jugendlichen Werktätigen statt, auf der Genosse Benling referierte. Er betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit der erwachsenen Arbeiterschaft, um gemeinsam zu kämpfen und die Pläne des Unternehmertums zur Unterdrückung und weiteren Verelendung des Proletariats zu durchkreuzen. Er schilderte dann die Gefahren der Rationalisierung, die besonders stark die werktätige Jugend bedrohen. Wir sehen auf der einen Seite die immer größer werdende Verelendung des Proletariats und auf der anderen die täglich steigenden Gewinne des Unternehmertums. Durch die Rationalisierung liegen in Deutschland über zwei Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Straße, davon über **500 000 Jugendliche**, von denen der weitaus größte Teil **keine Unterstützung bekommt**, da entweder das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht ist, oder der Vater über das Existenzminimum verdient. Der kapitalistische Staat empfindet die jungen Erwerbslosen als eine soziale Last, die er los werden will. Um das zu erreichen, soll das **Arbeitsdienstpflichtgesetz** eingeführt werden, das **Arbeitssoldaten** schaffen soll, die auch **bei Streiks als Streikbrecher** verwendet werden sollen. Hiergegen muß die arbeitende Jugend Front machen. Die Pläne des Kapitals müssen am geschlossenen Widerstande der jungen und erwachsenen Arbeiterschaft zerschellen. Wir fordern **Sechsstundentag für Jugendliche**, damit die erwerbslose Jugend in den Produktionsprozeß eingereiht werden kann.

Am Schluß seiner Ausführungen las der Genosse Benling eine Resolution vor, deren Annahme er der Konferenz empfahl.

In der Diskussion verlangte ein Genosse die Aufstellung der Forderung, daß alle jugendlichen Erwerbslosen in die Erwerbslosenfürsorge eingereiht werden.

Es folgten noch andere Diskussionsredner, auf die dann Genosse Benling im Schlußwort einging. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ebenso eine andere Resolution gegen das Schmutz- und Schundgesetz.

Es wurden drei Delegierte zum „Reichskongreß der Werktätigen" gewählt, und zwar **ein Erwerbsloser, ein Bergarbeiter** und **ein Chemiearbeiter**. Außerdem drei weitere Delegierte, die ebenfalls zum Reichskongreß fahren sollen, wenn die **Finanzierung möglich gemacht werden kann.**

Zum Schluß wurde noch ein dauerader Landesausschuß der werktätigen Jugend gewählt, der sich aus sechs Genossen zusammensetzt.

Resolution

Die am 21. November 1926 parallel mit der Landeskonferenz der Werktätigen tagende

Jugend-Delegierten-Konferenz

gelobt den festen Willen zur engen Kampfgemeinschaft mit den erwachsenen Arbeitern.

In Anlehnung an das Manifest der Landeskonferenz wenden sich die jugendlichen Delegierten in einem dringenden Appell an die jugendlichen Arbeiter in Mitteldeutschland!

Seit einem Jahre verstärkt das **Unternehmertum seine Angriffe** gegen die arbeitende Bevölkerung. Durch Zusammenlegung der technisch fortgeschrittensten Betriebe und Stillegung der weniger rentablen Betriebe ist eine **Millionenarmee von Erwerbslosen** geschaffen worden. Verschärfung der Akkordsätze, Stoppuhr, laufendes Band, verlängerte Arbeitszeit, Lohnkürzung haben weiterhin eine große Reihe von Arbeitskräften freigesetzt und neben dem Erwerbslosenelend den Betrieb zur Hölle gemacht.

Diese Maßnahmen, die in dem Begriff „Rationalisierung" zusammengefaßt werden, sollen in verstärktem Maße ihre Fortsetzung erfahren. Die arbeitende Jugend ist genau wie die erwachsene Arbeiterschaft Opfer der Rationalisierung. Erwachsene und junge Werktätige sieht deshalb zusammen, wenn es gilt, in geschlossener Abwehr den Kampf gegen die Rationalisierungsmethoden des Kapitals aufzunehmen. Zumal die Unternehmer darauf bedacht sind, eine Kluft zwischen jungen und erwachsenen Arbeitern zu schaffen.

Es ist heute notwendiger als je, die proletarische Jugend auf möglichst breiter Grundlage **aus Opfern der kapitalistischen Ausbeutung zu Kämpfern gegen die kapitalistische Ausbeutung werden zu lassen.**

Für folgende Forderungen gilt es, sich zuerst einzusetzen:

1. **Sechsstundentag für Jugendliche bis zu 16 Jahren.**
2. **Die Arbeitswoche für Jugendliche darf nicht über 45 Stunden betragen.**
3. **Einreihung der jugendlichen Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an alle jugendlichen Erwerbslosen.**
4. **Dreiwöchiger bezahlter Erholungsurlaub bis zu 16 Jahren; zwei Wochen von 16 bis 18 Jahren.**
5. **Verlegung der Fortbildungsschulzeit in die Arbeitszeit; Freistellung sämtlicher Lehrmittel; Bezahlung der Schulstunden durch Lehrmeister oder Unternehmer.**
6. **Für das Streikrecht der Lehrlinge.**
7. **In jedem Betrieb ein Jugendvertrauensmann, der das Recht hat, an allen Sitzungen des Betriebsrates teilzunehmen.**
8. **Für ausreichenden Jugendschutz und Jugendrecht, wie sie in den Forderungen des ADGB. enthalten sind.**

Gegen den Mietwucher

1. Die Delegierten des Kongresses der Werktätigen Mitteldeutschlands verpflichten alle Stadt- und Landgemeinden bzw. Behörden, sowie die Arbeiterparteien in den Stadt- und Landgemeinden, bei den Behörden des Staates dahin zu wirken, daß der Erlös der Hauszinssteuer restlos und zinslos dem Wohnungsbau zugeführt wird.

2. Weiter dahin zu wirken, daß eine weitere Erhöhung der Miete über 100 Prozent der Friedensmiete hinaus von seiten der Reichs- bzw. Landesregierungen unterbleibt.

3. Das Mieterschutzgesetz ist in seiner alten Fassung nicht nur sofort wieder herzustellen, sondern darüber hinaus noch weiter auszubauen. Alle bisherigen Verordnungen von seiten der preußischen Staatsregierung, welche auf die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft hinauslaufen, sind umgehend außer Kraft zu setzen.

4. Räumungsklagen von seiten der Hausbesitzer wegen etwaigen Rückstands der Miete, welcher durch Arbeitslosigkeit verursacht ist, ist nicht stattzugeben, bei allen anderen Räumungsklagen ist die Räumung der Wohnung nur bei Stellung von genügenden Ersatzräumen zulässig. Für alle Arbeitslosen, welche nicht durch eigene Schuld arbeitslos geworden sind, haben die Gemeindebehörden die Miete für die Dauer der Erwerbslosigkeit zu zahlen.

5. Darüber hinaus müssen sich die Mieter Mitteldeutschlands mehr wie bisher und geschlossener im Reichsbund Deutscher Mieter (Sitz Berlin) zusammenschließen, um dem straff organisierten Hausbesitz eine geschlossene und zielbewußte Mieterschaft entgegenstellen zu können.

Mieter Mitteldeutschlands! Kämpft für eine gerechte Wohnungswirtschaft!

Was fordert das Manifest an die Werktätigen Mitteldeutschlands?

Die Schlußabsätze des Manifests, das auf der Landeskonferenz am 21. November angenommen wurde, lauten:

Es gilt, für jede kleinste Besserung in der Lage jedes einzelnen Opfers zu kämpfen. So gilt es angesichts der ausgesprochenen Konjunktur in Mitteldeutschland mit doppelter Energie den Kampf zu führen

um eine mindestens 20prozentige Lohnerhöhung; um eine 50prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung; um die Zahlung der Unterstützung auf unbegrenzte Dauer statt der sogenannten Krisenfürsorge; um den Achtstundentag als Höchstgrenze der Arbeitszeit; Siebenstundenschicht im Bergbau; um die Wiedereinreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß durch Verkürzung der Arbeitszeit und Bereitstellung von ausreichenden Mitteln seitens Staat und Kommune zur Arbeitsbeschaffung; um die Abschaffung der preisverteuernden Zölle und indirekten Steuern; Abwälzung aller Steuerlasten auf die Besitzenden; Verbot jeder Steuerpfändung bei den werktätigen Bauern.

Es gilt aber auch zu begreifen, daß in Mitteldeutschland, wo die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse sich auf der Ausbeutung der Naturschätze aufbaut, eine entscheidende Wendung nur dann eintreten kann, wenn diese Schätze in die Hände des werktätigen Volkes selbst überführt werden.

Unter der Losung der

Rationalisierung der Bodenschätze (Braunkohle, Kupfer, Kali), der Großindustrie und des Großgrundbesitzes

müssen die arbeitenden Millionen Mitteldeutschlands den Kampf aufnehmen, um die Bestimmung ihres Schicksals in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Berichte vom Landeskongreß der Werktätigen in Halle

und Referate über den Reichskongreß der Werktätigen am 4. und 5. Dezember in Berlin finden statt in:

Elsterwerda

am Montag, dem 29. November, in einer öffentlichen Versammlung, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Referent: ein Delegierter;

Gorden

am Dienstag, dem 30. November, in einer öffentlichen Versammlung, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Referent: Genosse Holzweißig.

Kampf gegen die klerikale Reaktion

Die Landeskonferenz der Werktätigen soll den Zusammenschluß zum Kampf gegen die Verelendung der Massen im Produktionsprozeß, Wohnungsnot, Ernährung, Kleidung und Erziehung, herbeiführen. Der Kampf muß aber auch geführt werden für Trennung von Staat und Kirche, Kirche und Schule. Die Kirche ist eines der gefährlichsten geistigen Instrumente des Kapitalismus. Aber auch die Schule ist ein Hort der Reaktion, wo unsere Kinder als willige Sklaven erzogen werden sollen. Darum ist es Pflicht aller Werktätigen, sich der Kulturorganisation der Freidenker anzuschließen, um gemeinsam und erfolgreich den Kampf zu führen gegen geistige Verdummung der Massen und der Kinder.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Die Frauendelegierten der Landeskonferenz beauftragen dieselbe, dahin zu wirken, daß für gleiche Arbeit gleiche Löhne auch für Frauen tariflich festgelegt werden.

Ferner möge die Konferenz beschließen, bei der Regierung die freie Schulspeisung, desgleichen Lehrmittelfreiheit in allen Schulen zu fordern.

Ein neuer Zollraub geplant

Nach einer Mitteilung des demokratischen Zeitungsdienstes hat das Reichsernährungsministerium angesichts der am 31. Dezember dieses Jahres notwendig werdenden Neuregelung der Zölle für Roggen, Weizen, Futtergerste, Hafer und Mais eine Vorlage ausgearbeitet, die dem Reichskabinett vorliegt. Der Korrespondenz zufolge wird angenommen, daß die Vorlage nach Verabschiedung durch das Kabinett bereits in der nächsten Woche im Reichstage eingebracht werden wird.

Das Hochwasser,

das im Frühsommer große Teile der Provinz Sachsen heimgesucht hat, hat einen Schaden von rund 24 Millionen Mark verursacht. Bei 400 000 Morgen Land wurde die Ernte zerstört, so daß die Provinzialverwaltung von Sachsen anstelle der ursprünglich 1,4 Millionen betragenden Anteilsumme für Schadenersatz jetzt 3,4 Millionen Mark entfallen. Da diese große Summe aus laufenden Mitteln nicht gedeckt werden kann, wird, wie verlautet, dem nächsten Provinziallandtag eine Vorlage wegen Aufnahme eines langfristigen Anleihekredits in Höhe von 3,5 Millionen zugehen.

Einberufung des Provinziallandtages. Der Provinzialausschuß beschloß in seiner gestrigen Sitzung, die Staatsregierung zu ersuchen, den nächsten Provinziallandtag auf Dienstag, den 22. März, vormittags 11 Uhr, einzuberufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0003

Stadt-Theater

Heute Donnerstag, 8 Uhr: Das Schiedsgericht hierauf Der zerbrochene Krug

Freitag, 8 Uhr: **Paganini**

Walhalla

Tel. 288 85 Anf. 8 U.

Heute Premiere.

Die von der Liebe leben.

Ein Sitten-Drama in 4 Akten von Thilo Schmidt. Jugendl. unt. 18 Jah. k. d. Zutritt verboten.

Pelze

Pelzjacken 78.–
Pelzmäntel 178.–
Alaskafuchs 35.–
Kreuzfuchskehle 18.–
Zobelschakal 34.–
Herzmarder 39.–

Eisbein

an der Ulrichskirche Leipziger Straße 97

Ledersohlen

Gummiabsätze

billig bei

Wilh. Kranig

Neue Promenade 16

Edison-Theater

Goethestraße 26

Freitag bis Montag 6.30 u. 8.30 Uhr

2 Erstaufführungen für Halle

Maciste

und die Menschenhändler von Afrika

Eine romantische Abenteuergeschichte aus dem schwarzen Erdteil. Der Gewaltige zeigt s. Kraftmenschl. i. Kampfe gegen Menschenhändler sowie gegen reitende Araberhorden f. enorme Kraft, Mut und Kommen.

Hierzu: 4510

Das gr. Abenteuer i. 6 Akten. a. Wasser, a. Lande und in der Luft

Herzbelebtes Orchester

Sonntag für Kinder: **Tom Mix**

H. Manhardt

Leimnitzstraße 11

Fernruf 24402

empfiehlt sich zur

Anfertigung von Damen- und Herrenkleidern, Reparaturen, Umarbeitungen, Reinigung, Pressen, Ausbessern

Was ist billiger?

Wiederholt habe geschrieben, weil sie ohne Reinigung [illegible] sie sowie sich eine

prima Fahrrad-Lampe

sehr billig bei

Otto Spaermann

nebenst Wellhalle

Mein Prinzip ist: Gute Ware billig zu verkaufen, dafür bin ich bekannt

Für wenig Geld

Bitte Fenster beachten!

wird viel geboten!

Nur durch den Masseneinkauf für meine 8 eigenen Geschäfte bin ich in der Lage, so **billig zu verkaufen!**

Porz.-Kaffeeservice 9tlg. 2.75
Ober- u. Unterasse mit breitem Goldrand, Schinkenform . . . 0,30
Porz.-Teller weiß 0,15
Spaiserviere für 6 Personen, schöne Muster 23 tlg. 19,50
Glasteller schöne Muster . . 0,08
Glas-Kuchenteller eckig groß . 0,65
Emaille-Schmortopf groß . . 0,58
Emaille-Nachtgeschirr . . . 0,48
Zinkeimer 0,85
Satz Schüssel 6 Stück . . . 1,65
Würstchenkasten mit Schrift . 1,95
Fleischwolf Alexanderwerk . 4,85
Zinkwanne 52 cm 2,95
Leibwärmer 0,85
Tortenplatte mit Aufschnitt, schöne Muster, 30 cm 2,85

Hier der Beweis — Hier der Beweis

Spielwaren

Schaukelpferd . . . 12,50 6,85 4,95
Laterna magica 2,25 1,50
Kinderfahrrad m. Gummiräder 12,50
Geldschrank 8,95
Pferdeschlitten . . . 1,45 1,10 0,95
Dampfmasch. m. hoh. Kessel 2,85 1,50
Kino 3,50 1,95
Auto mit Garage 0,70
Holzpferde, geschnitzt . von 0,45 an
Eisenbahn mit Schienen, Lokomotive, Kohlen- u. Personenwagen . . . . . von 0,95 an
Puppenküche m. Einrichtg. 2,50 1,85
Elfi-Baby mit Schlafaugen und Haar 1,35 0,50
Puppenwagen . . . . . von 7,95
Zählmaschinen . . . . . von 0,35
Teddybären mit Stimme . 1,25 0,95
Wertpuppe . . . . . von 0,25 an
Kochherde 1,35 0,85 0,35
Klaviere 1,50 0,95 0,50
Puppen-Sportwagen . von 2,95 an
Kaufläden . . . . . von 0,75 an
Puppen-Betten 0,65 0,45

Mein Schlager: „Goldperle" die Weltersbäuer Gelenkpuppe, 62 cm groß, mit Schlafaugen u. Schuhen und Strümpfen . . 3,85

Steinweg 45 **Sobel** Gr. Ulrichstraße 9

Reilstraße 1

Porz.-Küchengarnitur schöne Must. 22 tlg. . . . . von 12,50 an
Porz.-Speiseteller tief und flach mit breitem gra. Goldrand . . 0,50
Porz.-Kaffeebecher bunt . . . 0,30
Kinderservice 5 teilig 0,95
Glas-Butterglocke 0,35
Bierbecher mit Goldrand . . . 0,18
Emaille-Eimer m. bl. Fehlern . 0,75
Emaille-Kehrschaufel 0,48
Schoßkaffeemühle 1,85
Ena.-Konsole m. Mosk. neublau 1,65
Gebäckkasten 2,95
Wirtschaftswage m. gut. Werk 1,95
Volksbadewanne 19,85
Wäschemaschine 0,75
Kohlenkasten mit Deckel, bunt bemalt 1,65

Mein Schlager: „Mamapuppe" 60 cm groß, gekleidet mit Schuh und Strümpfen . . . 1,95

Zweigniederlassungen: Ammendorf, Cöthen (Anh.), Könnern a. S.

Mein Prinzip ist: Gute Ware billig zu verkaufen, dafür bin ich bekannt

Burg-Theater Gr. Gosenstr. 12 Ab Freitag:

Seemannslos 7 Akte

Hochdramatisches Spiel im Hafen und hoher See

Motor, Liebe, Leidenschaft 6 Akte

Sportliches Drama und sensationelles Spiel 4505

Konsumverein für Ammendorf u. Umgegend e. G. m. b. H.

Vermögen — **Rechnungsabschluß vom 30. Juni 1926** — Verpflichtungen

I. Betriebsbestände:	ℳ	ℳ
An Warenbeständen	90 000,00	
„ Backofen- und Maschinenkonto . .	20 700,00	
„ Geldbestandskonto	1 596,00	
„ Inventarkonto	2 380,00	114 656,00
II. Angelegte Werte:		
An Anteilkonto bei der GEG., Hamburg	6 933,55	
„ Anteilkonto bei der Beringsgesellschaft, Hamburg	589,25	
„ Hypothekenkonto	5 500,00	12 922,80
III. Grundbesitz:		
An Grundstückskonto 1, Ammendorf . .	18 800,00	
„ Grundstückskonto 1, Ammendorf . .	8 490,00	
„ Grundstückskonto Radewell . .	13 200,00	40 490,00
IV. Verfügbare Werte:		
An Kassenbestand	3 234,64	
„ Bankguthaben bei der GEG., Hamburg	86,00	
„ Girokonto bei der GEG., Hamburg	893,32	
„ Girokonto bei der Kreiskasse des Saalkreises in Ammendorf	9 925,00	14 143,96
		182 211,36

I. Eigene Betriebsmittel:	ℳ	ℳ
Per Geschäftsguthaben	18 181,14	
„ Aufwertungskonto	17 271,39	
„ Reservefondskonto	4 413,27	
„ Dispositionsfondskonto	2 166,03	
„ Erneuerungsfondskonto	1 001,00	
„ Pensionsfondskonto	3 270,00	46 303,83
II. Grundstücksbeleihung:		
Per Hypothekenkonto		3 547,50
III. Aufgenommene Mittel:		
Per Spareinlagenkonto der Mitglieder		53 461,73
IV. Laufende Verpflichtungen:		
Per Rückzahlungsguthaben	28 206,84	
„ Dividendenkonto	42 344,83	
„ Wechselkonto	4 000,00	72 551,67
„ Reinerübrigung		6 344,58
		182 211,36

Mitgliederbewegung

Am 1. Juli 1925 betrug die Mitgliederzahl	1687
Zugang im Laufe des Jahres	158
	1810
Ausgeschieden durch Austritt	41
„ „ Tod	20 61
Bestand am 30. Juni 1926	1749

Haftsumme

Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 1. Juli 1925	Mk. 49 710,00
Sie vermehrte sich im Laufe des Jahres um	„ 4 500,00
	Mk. 54 300,00
Sie verringerte sich durch Austritte und Sterbefälle um	„ 1 830,00
Bestand am 30. Juni 1926	Mk. 52 470,00

Geschäftsguthaben

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betrugen am 1. Juli 1925	Mk. 4 330,07
Die Geschäftsguthaben vermehrten sich im Laufe des Jahres um	„ 13 851,07
Bestand am 30. Juni 1926	Mk. 18 181,14

Konsumverein für Ammendorf und Umgegend e. G. m. b. H.

Der Vorstand:
A. Pösche A. Rothe A. Sauer

Vorstehende Bilanz haben wir geprüft und mit den Büchern übereinstimmend gefunden.

Der Aufsichtsrat:
Haring Löschke Gwiadowsky Otto Böhme

Auf Teilzahlung

zu billigen Preisen

Herren-Anzüge Material, mod. Stoffe gute Passform 80.– 65.– 59.– **45.–** von Mk. an
Anzahlung 12.– Mk. Wochenrate 3.– Mk.

Damen-Mäntel 24.– von Mk. an
Anzahlung 6.– Mk. Wochenrate 2.– Mk.

Rock-Paletots auf Rohhaar gearbeit. von Mk. **88.–** an
Anzahlung 22.– Mk. Wochenrate 4.– Mk.

Plüsch-Mäntel 80.– von Mk. an
Anzahlung 20.– Mk. Wochenrate 4.– Mk.

Winter-Ulster Materialg. von Mk. **70.–** an
Anzahlung 18.– Mk. Wochenrate 4.– Mk.

Damen-Kleider 15.– von Mk. an
Anzahlung 4.– Mk. Wochenrate 2.–

Lodenjoppen von Mk. **24.–** an
Anzahlung 6.– Mk. Wochenrate 2.– Mk.

Damen-Kostüme 25.– von Mk. an
Anzahlung 7.– Mk. Wochenrate 2.– Mk.

Cutaways-Anzüge, Hosen, Breeches, Windjacken Kinder-Anzüge in großer Auswahl

Dam.-Sportjacken, Sportwesten, Mädchen-Mäntel, Gummi-Mäntel zu billigen Preisen

Federbetten neu eingeführt

Schuhwaren und Wäsche

Paul Sommer

Leipziger Straße 14 I. u. II. Etage

Täglich 8 Uhr

Der große Spielplan

Gediegenes und schönstes Tanz-Kabarett

Modernes Theater

Heute Tanz

Zur Weihnachtsbäckerei:

Ia. Mandeln, roh	ℳ 2,20	2,10 1,95
Mandelkerne	ℳ 0,67	0,60
Sultaninen	ℳ 1,04	0,94 0,84 0,74
Rosinen	ℳ 0,70	0,60
Korinthen	ℳ 0,65	0,56
pa. Weizenmehl	ℳ 0,28	0,25
Allerfeinstes Nussgemisch	ℳ 1,75	1,48
½ Pfd.-Beutel		
Baumkerzen metz und bunt	Paket	0,35

Max Schulze

Inh.: Paul Ehrich

Merseburger 3 — Merseburger 3

Fahrräder — Nähmaschinen

Sprechapparate

u. Platten in großer Auswahl

beste Fabrikate — Zahlungserleichterung

Wochenrate von Mk. 3.– an

Fr. Franke, Landwehrstr. 2

am Riebeckplatz

Morgen Freitag **Schlachtefest**

Von 9 Uhr an: Wellfleisch

B. Kühlewind, Schwetschkestr. 28

Empfehle täglich frisch

Ia. Gänse, Enten, Hühner auch ausgeschl. Gänse Hasen, Reh-, und Wildkanin

Kurt Blumenthal

Leitergasse 2 und Wochenmarkt

Telephon 229 30 — 4512

Sonzialgeschäft für Wild, Geflügel und Eier

Existenz!

Für Halle und Umgeg. werden Spedition von Berl. Abend-Ztg. vergeben. Lebenzinhaber bevorzugt. Bewerbungen schriftlich an **Ullmann,** Halle a. d. S., „Dresdner Hof", Martinstr. 10 erbeten

Todesurteil wegen **Riesolda**

Kopf- Filz- Tier- **Läusen** Wanzen Flöhen Brut

Verkauf: Halle, Schurig, Steinweg 10
Merseburg, Wenzel, Obere Burgstr. 6
Weißenfels, Pößler, Klosterstraße 27

Neu-Eröffnung

eines

Herren-Konfektionsgeschäfts auf Teilzahlung

Die wirtschaftliche Lage erschwert es heute fast jedem, sich gegen Barzahlung die nötige Kleidung zu beschaffen

Mein neues Verkaufs-System

ermöglichst es Ihnen, sich einen

Ulster von Mk. 50.– an — **Anzug** von Mk. 58.– an — **Rock-Paletot** von Mk. 60.– an

bei kleiner Anzahlung zuzulegen. Für den Restbetrag gewähre **einen mehrmonatlichen Kredit.** Gekaufte Waren werd. sofort ausgehändigt

A. Lange, Schneidermeister

Kein Laden! **Leipziger Straße 103** Nur II. Etage

Gleichzeitig mache ich das geehrte Publikum auf meine Nahschneiderei für Herren und Damen aufmerksam 4480

8 Schlager aber die richtigen . . .

Damen-Leder-Spangen
Damen-Leder-Zugschuhe
Damen-Lack-Spangen, gesch. Ablag.
Damen-Lack-Pumps, Eibel, Einsatz
Damen-Lack-Bandagen, Eibel-Einsatz
Herren-Lack-Halbschuhe weiß, geb.
Herren-Sportstiefel wasserdicht

NUR 9.50

Rand weiß Gummisp.

Alzak Schuhhandelsges. m. b. H.

Steinweg 48 — Ecke Taubenstraße

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0004

DER ERWERBSLOSE

Jahrgang 1926 | Halle, den 25. November 1926 | Nummer 4

Wieder zunehmende Arbeitslosigkeit!

Rüstet zur Reichserwerbslosenkonferenz!

Schreibt die SPD-Presse („Vorwärts") schreibt:

„Es ist außerordentlich verdächtig, daß während aus der Bewegung der Gesamtwirtschaft durch die England-Konjunktur auf Monate hinaus noch starke günstige Nachwirkungen vorausgesagt werden, die eine Zunahme der Arbeitslosigkeit verhindern müßten, die belebenden Wirkungen schon aufgefangen zu werden scheinen. Aus dem Firnis der Zufallskonjunktur scheint die seit Monaten künstlich zurückgedämmte Gesamtwirtschaftskrise wieder hervorzubrechen. Die von den Unternehmern betriebene Rationalisierung der Wirtschaft, durch Ueberstunden das Heer der Arbeitslosen noch über die durch die Leistungssteigerung erzielte Arbeitsersparnis hinaus zu steigern, die Kaufkraft der breiten Massen durch verstärkten Lohndruck aber zu senken, scheint ihre gefährlichen Früchte zu zeitigen."

In Berlin ist die Zahl der Erwerbslosen um mehr als 3000 gestiegen. Thüringen meldet eine Zunahme um 700. Nach den Berichten der Landesämter ist fast in allen Wirtschaftsbezirken eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage festgestellt. Die Reichsarbeitsstatistiken besagen dasselbe. Der Baugewerksbund stellte am 1. November in 662 berichtenden Zahlstellen zusammen 327 945 Mitglieder, 55 471 Arbeitslose fest (plus 32 860 in der Vorwoche. An der Steigerung der Arbeitslosigkeit sind auch die mitteldeutschen Bezirksverbände beteiligt, obwohl die Witterungsverhältnisse ohne weiteres noch steigerungsfähig und Beschäftigung zulassen.

Zurzeit der Stadt Halle weist heute wie in der Vorwoche unterstützte Erwerbslose einschließlich 491 Notstandsarbeiter auf. In Merseburg ist vom 13. bis 20. November die Erwerbslosenzahl von 363 auf 585 gestiegen (darunter die Zahl der Notstandsarbeiter von 69 auf 71 erhöht). Aus Wetzlar-Zeitz und Bitterfeld wird noch anhaltende langsame Zunahme der Arbeitsmarktlage gemeldet, doch steht jetzt der Entlassung in der Zuckerrübenindustrie bevor. In der Schuhindustrie werden bereits wieder Ueberstunden gemacht. (!)

Im Mitteldeutschland mit seiner überragenden chemischen Industrie, die in bezug auf Konjunktur eine besondere Stellung und die Weltmonopolstellung einnimmt, so wirkt die allgemeine Reichsweite anhaltende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage doch auch auf die mitteldeutsche Arbeiterschaft aus. Das Ende täglich neuen Vorstöße der Unternehmer auf die noch laufenden Lohnprozeß Stehenden.

Der Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands am 14. November in Halle hat annähernd 100 Delegierte zum Reichskongreß am 4. und 5. Dezember in Berlin delegiert, darunter eine Reihe Erwerbslosenvertreter zur Reichskonferenz der Erwerbslosen am 2. und 3. Dezember in Berlin tagt. Hier werden die Beschlüsse zum gemeinsamen Kampf der Erwerbslosen und Werktätigen gegen die kapitalistische Rationalisierung mit den Begleiterscheinungen ausgearbeitet. Auch jetzt noch können einzelne Erwerbslosenausschüsse Delegierte wählen. Die Konferenz ist der Sammelpunkt zur einheitlichen Willensbildung im ganzen Reich.

Bericht vom Kongreß der Werktätigen

vor den hallischen Notstandsarbeitern

Dienstag tagte im „Volkspark" eine Versammlung der Notstandsarbeiter von Halle. Ein Delegierter gab einen Bericht über den Verlauf des Kongresses. Es entspann sich eine lebhafte Aussprache, die bewies, daß der Zusammenschluß der Werktätigen in den Kreisen der parteilosen Arbeiter immer stärkeres Echo erweckt. Die Versammlung beschloß einstimmig, zwei Delegierte zum Reichskongreß nach Berlin zu entsenden und sofort mit der Organisierung derselben zu beginnen.

Auf Antrag Höcker als Vertreter der Stadtverordnetenfraktion unterbrach die Verhandlungen des Referenten und wies durch die letzte Stadtverordnetenversammlung nach, daß alle bürgerlichen Parteien sich einig sind, wenn es gilt, der Arbeiterschaft das Fell über die Ohren zu ziehen und sie politisch zu entrechten. Es gilt, der Gefahr der Ausbeuter die der Werktätigen entgegenzustellen, daß der Reichskongreß der Werktätigen eine ungeheuer wichtige Tatsache sei. Genosse Höcker fordert alle Notstandsarbeiter auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren, damit sie auch die Möglichkeit hätten, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Unter „Mitteilungen und Anregelegenheiten" meldeten sich eine Reihe Kollegen, die über eine schlechte Behandlung, schlechte Arbeitsbedingungen, große Antreibereien berichteten.

Nach einer Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Am 23. November 1926 im „Volkspark" tagende gemeinsame Versammlung der Notstandsarbeiter von Halle fordert, daß die Entlohnung bis 8 Uhr abends 25 Prozent, nach 8 Uhr abends 50 Prozent Zuschlag zu den bestehenden Sätzen bezahlt wird. Die versammelten Notstandsarbeiter lehnen die Leistung von Ueberstunden ab und verurteilen gegebenenfalls erwerbslose Kollegen einzustellen werden. Die unterzeichneten Vertrauensleute der Notstandsarbeiter halten es für ihre Pflichten ihrer Kollegen für berechtigt, weil die Nachtzuschläge erhöhten Ausgaben für Lebensmittel usw. verbunden sind, in allen anderen Industrien für diese Arbeitsstunden Zuschläge gezahlt werden.

Es ist Sache des Magistrat, für eine baldige Besprechung der Angelegenheit mit den Vertrauensleuten Sorge zu tragen."

Auf Aufforderung des Kollegen Höcker, die kämpfenden Berg- und Bergarbeiter durch regelmäßige Sammlungen zu unterstützen und den Kunstabend der IAH. am 3. Dezember zu unterstützen, hat die Versammlung ihren Abschluß.

Die Erwerbslosenversicherung

Beschlüsse des Reichsrats zum Arbeitslosenversicherungsgesetz

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über die Erwerbslosenversicherung mit Mehrheit angenommen. Die Marx-Brauns-Regierung im Reichsrat der ursprünglichen Gesetzentwurf, der vollständig unhaltbar war, noch verschlechtert. Am 1. April soll das reaktionäre Versicherungsgesetz in Kraft treten. Mit der Inkraftsetzung des Gesetzes hebt die Reichsregierung ihre diktatorische Verordnung vom 8. November, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 10 bzw. 15 Prozent vorsieht, wieder auf. Darüber hinaus bedeutet die Staffelung der Unterstützungssätze nach Lohnklassen sogar eine erhebliche Herabminderung der Unterstützungssätze, die vor dem 8. November gültig waren. Deshalb ist auch verständlich, daß sich der hundertprozentige Unternehmerfinanzminister Reinhold mit allen Kräften für die beschleunigte Verabschiedung des Gesetzentwurfes einsetzt.

Der Gesetzentwurf ist zunächst in dem Sinne eine ungeheuerliche Verschlechterung des bestehenden Fürsorgesystems, daß die Höchstdauer der Unterstützung, die bekanntlich auf 39 Wochen heraufgesetzt worden war, wieder auf 26 Wochen herabgesetzt werden soll. Im Fall einer ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes kann die Unterstützungsdauer auf 39 Wochen ausgedehnt werden. (Bisher 52 Wochen.) Ausgesteuerte und solche Erwerbslose, die die Anwartschaft noch nicht erfüllt haben, können aus der Versicherung eine Krisenunterstützung erhalten. Die Gewährung der Krisenunterstützung wird von einer verschärften Prüfung der Bedürftigkeit und des Arbeitswillens abhängig gemacht.

Eine weitere Verschlechterung der alten Vorlage besteht darin, daß die Unterstützungssätze für die 6. und 7. Lohnklasse auf 35 Prozent des Einheitslohnes herabgesetzt werden. (In der alten Vorlage waren 40 Prozent vorgesehen.) Die Verschlechterung versucht die Regierung dadurch zu verschleiern, daß sie den Anteil in den ersten beiden Lohnklassen von 40 auf 45 Prozent erhöht. Die vorgesehenen Unterstützungssätze betragen nach den Beschlüssen des Reichsrates: Klasse 1: 5,40 Mark, Klasse 2: 6,75 Mark, Klasse 3: 8,40 Mark, Klasse 4: 10,80 Mark, Klasse 5: 12,80 Mark, Klasse 6: 13,65 Mark, Klasse 7: 14,70 Mark. Wie man sieht, werden durch die Lohnklassentafelung alle gegenwärtig geltenden Unterstützungssätze herabgesetzt.

Eine weitere rapide Verschlechterung, die vor allem die Betriebstätigen betrifft, besteht darin, daß die Versicherungsbeiträge von zwei auf drei Prozent erhöht wurden.

Wenn schon der Reichsrat solche Verschlechterungen der alten Vorlage mit Mehrheit angenommen hat, wird sich jeder selbst ausmalen können, was bei den Beratungen im Parlament herauskommen wird. An diesem Entwurf ist nichts zu verbessern, er muß verschwinden.

Wie man die Erwerbslosen um die Unterstützung prellt

Von einem Zeitzer Erwerbslosen wird uns geschrieben:

Ich bekam vom Arbeitsnachweis Zeitz eine Karte, mit der ich mich beim Ingenieur Becker auf Grube „Paul" meldete. Von diesem erhielt ich einen Annahmeschein nach Grube „Kurt". Hier mußte ich mich nochmals beim Obersteiger Schob melden, der, obwohl ich den Annahmeschein zeigte, erklärte, daß alles besetzt sei und keine Arbeiter mehr eingestellt würden. So war die Angelegenheit für mich erledigt und ich meldete mich wieder beim Arbeitsnachweis, wo ich erklärte, daß auf der Grube niemand mehr eingestellt würde. Wolf, der die Sache in Zeitz bearbeitet, empfing mich wenig freundlich und bezeichnete meine Aeußerung halb und halb als Schwindel und schickte mich zu dem früheren Grubenarbeiter und jetzigen Angestellten für Gruppe Bergbau, der sich mit dem Obersteiger Schob in Verbindung setzen sollte.

Als ich das nächste Mal meine Unterstützung holen wollte, wurde mir erklärt, daß ich nur vom 18. bis 20. Oktober Unterstützung bekäme und den Rest erst dann, wenn die Angelegenheit geregelt sei. Seiner Ansicht nach läge hier Arbeitsverweigerung vor. Daß ich eine Frau und zwei hungrige Kinder zu Hause habe, die doch nicht von der Luft leben können, konnte diese Leute nicht rühren, bis sie schließlich doch wenigstens telephonisch sich mit dem Obersteiger in Verbindung setzten. Das Gespräch wurde sehr freundschaftlich geführt, und Herr Wolf teilte mir mit, ich sei selber schuld, daß ich nicht eingestellt wäre, denn ich hätte bei der Vorstellung — die Hände in den Taschen gehabt und die Mütze auf dem Kopf behalten. Die Hände an der Hosennaht habe ich allerdings nicht gehabt, aber darüber hinaus ist die Ausrede nicht der Wahrheit entsprechend. Da mein Freund als Zeuge zugegen gewesen war, wurde dieser einem hochnotpeinlichem Verhör unterzogen und mußte sogar eine eidesstattliche Erklärung abgeben. Erst dann wurde mir „vorläufig" die Unterstützung als Darlehen bewilligt, bis die Verhandlung endgültig die Richtigkeit ergeben würde.

Dies ist nur ein Fall von denen, die sich tagtäglich ereignen an Schikanen gegen die Erwerbslosen. Hier hilft nur eins: Zusammenschluß aller Ausgebeuteten zum Sturz eines solchen Systems.

*

Ein Arbeiter aus Holzweißig bei Bitterfeld, der längere Zeit erwerbslos war, bekam vom Arbeitsnachweis eine Karte, sich bei der Firma Witikopp vorzustellen, weil diese Arbeiter brauchte. Dort wurde er gefragt, ob er vollständig gesund sei. Da er einen Bruch hat, wurde er von der Firma wegen zu schwerer Arbeit (Schienentragen) nicht eingestellt, und Gutmann, der Bevollmächtigte der Revisionsabteilung, sperrte ihm die Unterstützung wegen angeblicher Arbeitsverweigerung, und zwar auf Grund des § 20 des öffentlichen Fürsorgegesetzes. Er meinte auch, als der Betreffende um neue Arbeitsvermittlung ersuchte, das hätte doch keinen Zweck, infolge seines Leidens bekäme er doch keine Arbeit! Die Unterstützung aber bleibt weiter gesperrt, weil angeblich Arbeitsverweigerung vorliegt — er hätte ja nicht zu sagen brauchen, daß er einen Bruch habe!

Auch dieser Fall beweist, wie notwendig eine Vertretung und Zusammenschluß der Erwerbslosen ist. Vom Reichskongreß in Berlin erwarten wir, daß wir in dieser Hinsicht ein gutes Stück vorwärts kommen.

Wo bleiben die 10 Prozent?

Uns wird geschrieben: Auf dem Saalkreis-Nachweis spielt sich folgendes ab: Die Erwerbslosen erhalten noch immer die Unterstützungssätze, die vor dem 8. November in Kraft waren. Als verschiedene Kollegen sich erkundigten, warum sie nicht die 10 bzw. 15 Prozent erhalten, wurde ihnen erklärt, daß die neuen Sätze — noch nicht ausgerechnet seien. Man arbeite schon Sonntags, sei aber noch nicht durch. — Warum stellt man nicht einige von den vielen erwerbslosen Angestellten ein? Für die Erwerbslosen heißt es aufpassen! Ab 8. November gelten die neuen Sätze!

Wichtig für proletarische Mitglieder in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter und alle Erwerbslosenräte

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Die zurzeit in den Zuckerfabriken eingestellten Erwerbslosen werden nach sechs- bis zehnwöchiger Arbeit wieder in das Heer der Erwerbslosen eingereiht. In diesem Jahre wird nun in Erscheinung treten, daß die übergroße Mehrheit dieser Kampagnearbeiter nicht wieder in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung kommt, und zwar aus folgenden Gründen: Die Mehrzahl war bei ihrer Einstellung mindestens 40 Wochen arbeitslos. Sind sie nun nach sechs oder mehr Wochen erneut ohne Arbeit, so ist auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen notwendig, daß ein neuer Antrag auf Erwerbslosenunterstützung gestellt wird. Dieser aber wird immer abgelehnt werden, da es dem Antragsteller nicht möglich sein wird, innerhalb der letzten zwölf Monate eine dreizehnwöchige, versicherungspflichtige Arbeit nachzuweisen. Allen diesen bleibt dann nur noch die Möglichkeit der Wohlfahrtsunterstützung. Was dieses aber zu bedeuten hat, weiß wohl jeder Leser dieser Zeilen!

Die Erwerbslosenräte und Verwaltungsausschüsse dürfen nicht warten, bis die Frage an sie herantritt, sondern sie müssen jetzt schon alle Kräfte in der Richtung einsetzen, daß diese Erwerbslosen mindestens wie Ausgesteuerte behandelt werden und ihnen wenigstens eine Unterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung zuteil wird.

An diesem Beispiel ersehen wir gleichzeitig wieder, wie berechtigt jene Forderung der kommunistischen Reichstagsfraktion ist, welche die Unterstützung für die ganze Zeitdauer der Erwerbslosigkeit verlangt.

Die Frage der Anwartschaft bei der Erwerbslosenunterstützung

§ 4 der Erwerbslosenverordnung schreibt vor, daß nur derjenige Erwerbslosenunterstützung erhält, der in den letzten 12 Monaten vor dem Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit mindestens drei Monate lang eine Beschäftigung ausgeübt hat, in der er gegen Krankheit pflichtversichert war. — Wichtig ist dabei, daß nicht in allen Fällen die 12 Monate rückwärts vom Tage der Entlassung aus der Arbeit an gerechnet werden, sondern immer nur von dem Zeitpunkte, wo die Unterstützungsbedürftigkeit vorliegt. Wird z. B. ein Arbeiter, der sechs Jahre oder länger in einem Betriebe beschäftigt war, zu unrecht gekündigt oder entlassen, so steht ihm nach § 87 des Betriebsrätegesetzes eine Entschädigung bis zu sechs Zwölftel seines Jahresarbeitsverdienstes durch den Unternehmer zu. Wird der Unternehmer hierzu verurteilt, so beginnt die Unterstützungsbedürftigkeit erst nach Ablauf der Zeit, für die die Entschädigung gezahlt wird.

Zahlt aber der Unternehmer trotz Verurteilung die Entschädigung nicht, weil über den Betrieb vielleicht der Konkurs anhängig wurde, oder kann er aus anderen Ursachen nicht zahlen, so gilt die Unterstützungsbedürftigkeit als vom Tage der Entlassung an vorliegend. Es kommt also darauf an, ob der Anspruch durch den Unternehmer erfüllt werden kann. In allen Fällen muß das durch die versuchte Pfändung festgestellt werden.

Bezieht ein Erwerbslosser in solchem Falle die Erwerbslosenunterstützung, weil von dem Unternehmer die Entschädigung nicht zu erlangen ist und hat eine spätere Pfändung gegen den Unternehmer Erfolg, so ist der Erwerbslose auf Grund des § 812 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verpflichtet, die Unterstützung für die Zeit zurückzuzahlen, während der sie neben der Entschädigung durch den Unternehmer gezahlt wurde. Dasselbe tritt ein, wenn der Unternehmer, nachdem er zum Schadenersatz verpflichtet ist, sich entschließt, den Erwerbslosen weiter zu beschäftigen. Dann muß dem Arbeiter der in der Zwischenzeit entgangene Lohn gezahlt werden und dabei, wenn für diese Zeit die Erwerbslosenunterstützung gezahlt wurde, der Erwerbslosenfürsorge die gezahlten Unterstützungen zurückgezahlt werden (§ 88 Betriebsrätegesetz). Der Unternehmer kann in diesem Falle den nachzuzahlenden Lohn des Arbeiters um die Erwerbslosenunterstützung kürzen. (!)

In vielen Fällen wird die Unterstützungsbedürftigkeit deshalb bei der Entlassung nicht für vorliegend erachtet, weil Familienmitglieder, deren Vater oder Söhne noch Lohnarbeit verrichten, den Erwerbslosen mit unterhalten sollen. In solchen Fällen wird die Zwölfmonatsfrist erst von dem Zeitpunkt ab rückwärts gerechnet, wo auch der Vater oder die Söhne erwerbslos werden. Dabei zeigt sich praktisch nicht selten, daß § 4 der Fürsorge solch große Härten in sich birgt, daß die Bestimmung unhaltbar ist. Werden nämlich die noch arbeitenden Familienmitglieder erst nach Ablauf eines Dreivierteljahres erwerbslos, so ergibt sich für den Erwerbslosen, der zuerst entlassen wurde, daß er jetzt, wo die Bedürftigkeit auch für ihn gesetzlich vorliegt, keine Unterstützung erhält, obwohl er Beiträge zahlte, weil er in den letzten 12 Monaten nicht mehr 13 Wochen gegen Krankheit pflichtversichert war.

Bisher war es sogar so, daß ein Erwerbslosser seine weitere Unterstützung dadurch verlieren konnte, daß er zur Notstandsarbeit herangezogen wurde. Die Notstandsarbeit hob die Bedürftigkeit auf, und die Zwölfmonatsfrist wurde erst von dem Tage an rückwärts berechnet, wo der Erwerbslose aus der Notstandsarbeit ausschied, weil mit diesem Tage eine neue Bedürftigkeit einsetzte. In den meisten solcher Fälle konnten die Erwerbslosen dann nicht drei Monate Pflichtversicherung nachweisen. Diese Bestimmung wirkte sich so kraß aus, daß der Reichsarbeitsminister mit dem 27. Oktober 1926 eine Verordnung erlassen mußte, wonach ab 1. November solche Zeiten der Notstandsarbeit nicht auf die Zwölfmonatsfrist angerechnet wird, d. h. die frühere Unterstützung läuft weiter bzw. setzt wieder ein mit der Beendigung der Notstandsarbeit. Dasselbe ist der Fall, wenn der Erwerbslose eine Arbeit bei einem Unternehmer verrichtet, die weniger als drei Monate dauert.

Die Verordnung ist indes im höchsten Grade unklar. Es heißt nur, daß solche Zeiten auf die Frist von 12 Monaten nicht anzurechnen sind. Der Wortlaut läßt also die nichtswürdige Deutung zu, daß zwar solche kurzen Zeiten der Arbeit nicht dazu führen sollen, daß zwar die 12 Monate nicht von dem Zeitpunkte der Beendigung der Arbeit, aber doch vom Beginn dieser Arbeit rückwärts gerechnet werden können, so daß diejenigen, die schon lange Zeit hindurch die Unterstützung bezogen, der weiteren Unterstützung doch verlustig werden können. Wo eine solche Auslegung auftauchen sollte, müssen sich die Erwerbslosen sofort dagegen wehren und jeden solcher Fälle sofort der Oeffentlichkeit unterbreiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0005

Mißglückte Sprengung des Rechts- und Verfassungsausschusses

Demokrat Minner verlangt wörtlich Dunkelkammerbehandlung des Stadtbankskandals

In der gestrigen Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses, die nach langer Pause wieder stattfand, nahm zunächst der Vorsitzende, Geheimrat Finger, das Wort. Der Magistrat hat beschlossen, **die Revisionsberichte mit dem Bericht des Treuhänders dem Rechts- und Verfassungsausschuß zuzustellen.** Außerdem hat der Magistrat noch eine Ergänzung zu diesem Bericht geschickt. Der Bericht beschäftigt sich hauptsächlich mit der Geschäftsgebarung Bergers und gibt Auskunft über die Einrichtungen der Stadtbank hinsichtlich der Buchführung und der Wechselkonten. Die Kommunalbank legt das Hauptgewicht darauf, daß aus dem Material nichts eher veröffentlicht wird, bis der Rechts- und Verfassungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung Auskunft gegeben hat, damit einigermaßen eine gewisse Ruhe in die Verhältnisse kommt. Es soll nichts verschleiert und nichts verheimlicht werden. Die Kenntnis dieser Vorgänge wird den Herren übermittelt und

ich muß die Herren bitten, zu erklären, daß sie nichts veröffentlichen werden.

Diese Stellungnahme muß erfolgen; wer keine Erklärung abgibt, bei dem muß angenommen werden, daß derselbe sich nicht an meinen Wunsch halten will. **Veröffentlicht trotz Erklärung einer der Herren etwas, so entstehen daraus gewisse Konsequenzen in Beurteilung seiner Persönlichkeit.**

Dr. Hirsch: „Diese Erklärung muß von uns persönlich abgegeben werden."

Darauf erklären sämtliche bürgerlichen Stadtverordneten, daß sie sich an den Wunsch Fingers halten wollen.

Schaumburg: „Ich habe bereits früher eine Erklärung abgegeben. Ich veröffentliche nichts aus den Akten."

Unsere Genossen nehmen Bezug auf die früheren Beschlüsse vom 20. Oktober 1926 und lehnen eine weitergehende Bindung ab.

Finger: Die Kommunalbank ist ein Kind und muß sich entwickeln. Wir fordern unsere Aufgabe nur, wenn ein einzelner nichts veröffentlicht. Sie (zu den Kommunisten) setzen sich Schadenersatzklagen aus. Hirsch vergleicht den Rechts- und Verfassungsausschuß mit einem Arzt, der über seinen Patienten — den Stadtbankskandal — nichts auslagen darf, wenn er die Syphilis hat. Beschränkung der Berichterstattung muß in weitestem Sinne erfolgen. Minner ist „erstaunt", daß über eine solche selbstverständliche Frage Weigerungen entstehen. Er hat nicht das Vertrauen zu den Kommunisten, daß sie objektiv berichten.

Die Veröffentlichungen im „Klassenkampf" sind zwar nicht wahrheitswidrig. Sie sind sogar geschickt aufgemacht, so daß jeder daraus lesen kann, was beabsichtigt ist.

Ja oder Nein müssen Sie sagen. Davon mache ich mein weiteres Verhalten abhängig.

Genosse Härtel: Herr Minner redet gegen die kommunistischen Berichte,

die Fälschungen des Herrn Hirsch in der bürgerlichen Presse erwähnt er nicht.

Das neue Unternehmen werden wir nicht schädigen. Sie haben bestimmte Interessen zu wahren, nämlich den Schutz gewisser verantwortlicher Personen.

Minner: Ich gehe rein objektiv vor. Ich mache mir ein Bild aus den Zeitungen. Ein fauler Kunde, den Sie für faul halten, ist für uns kein fauler Kunde. Ich muß Ihnen das richtige Verständnis absprechen, inwieweit Sie Ihre Ausführungen abwägen. Sie halten jeden Vertreter der Rechten dafür, daß er alle Personen schützt und hüten will. Das denkbar angeschlechtete Instrument ist bis jetzt der Rechts- und Verfassungsausschuß gewesen. Der gerade Weg ist der:

Machen Sie Schluß mit dem Rechts- und Verfassungsausschuß. Geben Sie Ihr Mandat der Stadtverordnetenversammlung zurück.

Sie sind auf Grund des städtischen Rechts gar nicht in der Lage, Berichte herauszunehmen. Sie können gar nichts feststellen. Sie wollen Sensation. Die Oeffentlichkeit hat kein Interesse an der Geschichte. Das Interesse ist höchstens, daß endlich Ordnung hineinkommt. Wenn Sie die Erklärung nicht abgeben wollen, dann machen Sie Schluß!

Genosse Illgenstein: Das haben wir kommen sehen, was Herr Minner sagen wollte. Wir haben uns bereits früher erklärt. Wenn unsere Erklärungen unglaubwürdig sind, dann sind die des Herrn Hirsch ebenfalls unglaubwürdig. Dem Ausschuß hat bis jetzt Tatsachenmaterial nicht vorgelegen. Herr Sendel hat sich verteidigt, um Pflichtverletzungen in Abrede zu stellen. Die Entschuldigungsgründe Sendels können nur an Hand der Akten nachgeprüft werden. Herr Minner will Ruhe haben, aber andere Teile der Bevölkerung wollen nicht mit den Mitteln der Stadt müßen lassen. Auch Herr Minner wird das Material seinen Freunden unterbreiten. Wir können uns nicht freiwillig binden.

Finger: Bis zur Sitzung der Stadtverordneten soll nichts veröffentlicht werden. Infoweit handelt es sich darum, einen Schritt weiter zu gehen wie damals.

Genosse Härtel: Wir lehnen jede weitergehende Bindung ab. Finger: Es handelt sich lediglich darum, dem Ergebnis der Untersuchung nicht durch Berichte vorzugreifen. Minner: Ich bin heute das erstemal hier und bin sofort der Mittelpunkt des Streites. Das Verantwortungsgefühl zwingt mich, so zu sprechen.

Das Beste wäre gewesen, der Stadtbankskandal wäre in der dunkelsten Kammer der Stadtverordneten verhandelt worden.

Ihre Wähler haben an den Stadtbankverlusten kein Interesse, da sie keinen Pfennig zur Deckung der Verluste beitragen. Der Rechts- und Verfassungsausschuß war seiner Aufgabe nicht gewachsen. Wir konnten kein klares Bild bekommen. Ich stelle deshalb den förmlichen Antrag:

Der Rechts- und Verfassungsausschuß beschließt, seine Tätigkeit einzustellen.

Genosse Kolz: Es ist ein starker Irrtum des Herrn Minner, wenn er glaubt, die kommunistische Wählerschaft werde nicht zur Deckung der Verluste beitragen müssen. Außerdem trägt die Arbeiterschaft als ausschlaggebender Faktor der Produktion die Kosten der öffentlichen Verwaltung. Ihre bürgerlichen Ehrbegriffe sind uns fremd, wir kennen nur eine proletarische Ehre. Sie verlangen von uns eine weitgehende Bindung, selber wollen Sie sich nicht binden. Wollen Sie eine Erklärung darüber abgeben, wie Sie sich verhalten werden, wenn die Stadtverordnetenversammlung, die über die Untersuchung Berichte erhalten soll, zusammentritt? Werden Sie da uns nicht wieder mit neuen Bindungen kommen? Finger: Die Oeffentlichkeit wird ein Recht haben, Aufklärung zu verlangen. Schaumburg: Es bleibt demnach unbenommen, Anträge zu machen, ganz gleich, ob dann Geheimhaltung beschlossen wird. Finger: Die Bindung soll nur bis zur Stadtverordnetensitzung dauern. Härtel: Trotzdem können wir uns auf diese Bindung nicht einlassen. Finger: Es ist ein Irrtum, daß diese Fassung der Oeffentlichkeit stattfinden wird. Es soll nur der Oeffentlichkeit in einer bestimmten Periode Aufklärung gegeben werden. Hirsch: Es handelt sich um eine Hinausschiebung um einige Wochen.

Nunmehr wird der Antrag Minner mit 5 : 4 Stimmen abgelehnt. Mit unseren Genossen stimmten Schaumburg (SPD.) und Hirsch (Völkisch). Herr Finger enthielt sich der Stimme. Darauf wird Geheimhaltung mit 6 Stimmen beschlossen.

*

Die Debatte dauerte fast 2 Stunden und endete trotz des Geheimhaltungsbeschlusses mit einer derben Schlappe der Strippenzieher Hirsch und Steinbrück, denen es nicht gelang, den Ausschuß zum Auftreten zu bringen. Letzterer knurrte dann auch, daß er erfüllt unsere Genossen an. Herr Minner verließ klagend die Sitzung mit den Worten: „Was soll nun werden?" Zweifellos ist Minner benutztagt worden, den Ausschuß auseinanderzusprengen. Dieses Attentat mißlang, ist zweifellos eine Konzession der Bürgerlichen an ihre unruhige Wählerschaft, denn anders kann der Ausgang der Abstimmung kaum gedeutet werden. Die dem Ausschuß nunmehr überlassenen Akten dürften manchen Schlieter [illegible] den Verzweiflungskampf derer um Steinbrück, Hirsch und [illegible] für Herrn Sendel erklärlich erscheinen lassen.

Das Hausmädchen des Herrn Gülland noch immer nicht ermittelt

Von der Kriminalpolizei wird uns hierzu mitgeteilt:

Noch immer nicht ermittelt ist das, wie bereits bekanntgegeben, seit dem 1. November 1926 vermißte Hausmädchen Ida Bergmann, 11. Mai 1906 in Hohen geboren. Die Vermißte war in der Poststraße 13, im Landgerichtsgebäude in Stellung und hat am fraglichen Tage gegen Abend ihre Dienststelle verlassen, ohne anzugeben, wohin sie gehen wolle. Seit diesem Zeitpunkte fehlt jegliche Nachricht von ihr. Da auch ihre Angehörigen keinerlei Mitteilungen von ihr erhalten haben und seit ihrem Verschwinden mehr als drei Wochen verstrichen sind, liegt die Möglichkeit nahe, daß ihr ein Unfall zugestoßen ist. Nachstehend wird nochmals eine Personalbeschreibung von der Bergmann gegeben.

Sie ist etwa 155 Zentimeter groß, von untersetzter Gestalt, hat volles rundes Gesicht, hellblondes Haar, braune Augen und auf einem Unterarme ein mit Haaren bewachsenes Muttermal in Größe eines Markstückes. Die Kleidung, die die Vermißte bei ihrem Weggehen trug, kann nicht genau angegeben werden. Vermutlich hatte sie aber einen blauen Mantel und ein blaues weißpunktiertes Druckkleid an. Zweckdienliche Mitteilungen, die im Zusammenhang mit dem Verschwinden der Vermißten stehen und auf Wunsch auch vertraulich behandelt werden, nimmt das Polizeipräsidium Halle, Kriminalabteilung, Zimmer 37 und 116, entgegen.

*

Auch diese Mitteilung der Kriminalpolizei trägt noch immer die Tendenz der „christlichen Nächstenliebe", die in solchen Fällen an dem aminösen Mantel erkennbar macht, der nach einem alten Schlagwort alles das verdecken und unsichtbar machen soll, woran die breite Oeffentlichkeit Interesse hat. Warum wird amtlicherseits noch immer so ängstlich der Name des Landgerichtspräsidenten Gülland verschwiegen, bei dem das Mädchen in Stellung war?

Warum wird weiter nur die eine Möglichkeit, daß dem Mädchen ein Unfall zugestoßen ist, angedeutet? Liegen nicht ebenso viele andere Möglichkeiten vor? Hat sich die Kriminalpolizei auch bereits einmal damit beschäftigt, was das Mädchen veranlaßt haben könnte, so plötzlich ihre Stellung zu verlassen?

Wie wir erfahren, soll der Landgerichtspräsident Gülland das Mädchen nicht nur beschuldigt haben, den „Klassenkampf" informiert zu haben, auch in anderer Beziehung äußerte er sich in auffallender Weise über die Vermißte. So soll er der Mutter der Vermißten gegenüber den Vorwurf erhoben haben, daß ihm durch das Mädchen Wanzen in die Wohnung gebracht seien. Er beschuldigte das Mädchen weiter, einen nicht einwandfreien sittlichen Lebenswandel gehabt zu haben. Bezeichnend für alle diese Beschuldigungen, die nach unserer Information völlig haltlos sind, ist, daß sie erst jetzt von Herrn Gülland vorgebracht werden. Er war früher mit der Vermißten immer zufrieden gewesen, und die Tatsache, daß die Vermißte mit der neuvermählten Tochter des Landgerichtspräsidenten nach Hettstedt übersiedeln sollte, zeigt deutlich, daß man gegen das Mädchen erst dann zu hetzen und zu wühlen anfing, als der erste Artikel im „Klassenkampf" über die Hochzeitsfeier im Gerichtsjaal erschien. Das war am Sonnabend, dem 30. Oktober. Am Sonntag, dem 31. Oktober, ist das Mädchen noch mit einigen Freundinnen zusammen gewesen und hat sogar mit einer eine Verabredung für Mittwoch, dem 3. November, getroffen. Aber schon seit Montag, dem 1. November, nachdem sie nach dem Abend Einkäufe gemacht hat, ist sie nicht mehr gesehen worden.

Alle diese Umstände deuten doch darauf hin, daß der Landgerichtspräsident der Mädchen nach vorstehender Mitteilung der Kriminalpolizei zugestoßen sein könnte, auf Ursachen zurückführt werden kann, für die sich ebenfalls die Staatsanwaltschaft interessieren muß.

Hallische Tageschronik

Tagungen in Halle. Der Verband der Kommunal-Beamten und Angestellten Preußens, Bezirksgruppe Sachsen, veranstaltet in der Zeit vom 3. bis 5. Dezember in Halle einen Bildungskursus für Gemeindebeamte. Dieser umfaßt acht Vorträge, die sämtlich in der Universität stattfinden. Voranmeldungen sind bis spätestens 30. November an die Bezirksgruppe Sachsen, Halle, Poststraße Nr. 128, zu richten. — Der Bund Deutscher Architekten veranstaltet am 13. und 14. Dezember eine Tagung in Halle. Nähere Auskünfte erteilen Herrn Dr. Hage, Halle, Harz 11.

Wasserrohrbruch. Heute morgen gegen 7 Uhr erfolgte in der Nähe des Kaufhauses Planes ein größerer Wasserrohrbruch. Es erhebliche Wassermassen über den Platz ergoß.

Das Gepäck der Reisenden. Als Reisegepäck werden nur solche Handelsmaren und Säcke oder Kisten mit Lebensmitteln angenommen, durch ihre Verpackung in Koffern, Reisekörben, Reisetaschen, Hutschachteln u. dgl. als Reisegepäck kenntlich sind. Außerdem werden als Reisegepäck angenommen: Fahr- und Motorräder, Kinderwagen, Schneeschuhe, Kinder- und Handwagen, aber nur wenn sie zur Beförderung im Gepäckwagen eignen und zum eigenen Gebrauch des Aufgebers dienen. Verboten ist, gefährliche Gegenstände als Reisegepäck aufzugeben; aus Motortadern muß der Benzin vorher vollig abgelassen sein.

Alle Kameraden des RFB., welche Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind, haben sich an der heute, Donnerstag, dem 25. November, stattfindenden Sitzung im Saal der Produktiv-Genossenschaft zu beteiligen. Parteibuch des RFB. mitbringen.

Alle Parteigenossen und -genossinnen, welche Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind, werden hiermit aufgefordert, sich restlos zu der heute, Donnerstag, dem 25. November, stattfindenden Sitzung im Saal der Produktiv-Genossenschaft zu beteiligen.

An die Arbeiterschaft von Halle!

Am kommenden Sonnabend findet in Halle eine Bezirkskonferenz der FGB.-Leiter statt. Da diese Konferenz schon am Sonnabend beginnen muß, benötigen wir eine Anzahl Genossen, die einen Genossen oder Genossin vom Sonnabend bis Sonntag beherbergen können, bitten wir, dies der Bezirksleitung des FGB., Merchenfeldstraße 14 II, zu melden. **Bez. des FGB.**

Herbstkonzert des Arbeiter-Sängerchors

Die hallische Arbeiterschaft war gestern festlich gestimmt im „Volkspark" versammelt. Der Arbeiter-Sängerchor hatte zum Konzert eingeladen. An zweitausend Menschen füllten den Saal. Keine zufällig zusammengelaufene Menge. Vielmehr die feste Gemeinde unseres Arbeiterchores, die er sich im Laufe der Jahre durch rastlose Arbeit und ständige Bereitschaft zur Mitwirkung bei proletarischen Feiern erworben. Man kann unseren Sängern immer wieder zu diesem Dauererfolg Glück wünschen.

Vertrauen verpflichtet. Die Menge erwartet. Man sieht es ihr an. Gewiß nicht wenig. Hat ein Recht, von einem so starken Chor mit so ausgezeichneter Schulung Leistungen zu fordern, die von Wert sind. Von Wert für die proletarischen Zuhörer. Also nicht nur musikalisch, sondern auch weltanschaulich. Das ergibt sich aus der Klassenaufgabe des Arbeiter-Sängerchors. Läßt sich bei ihrer Lösung auch das Künstliche bieten, um so besser.

Dieses beherrschte ziemlich stark das gestrige Programm, so daß man fast auf den Gedanken kommen konnte, hier wurde zu viel des Guten getan. Denn dabei gibt es nicht nur musikalisch harte Nüsse zu knacken; wie das Programm zeigte, kommt man auch auf weitlerig, sentimentale, natürlich schwärmerische oder gar religiöse Texte, die den klassenmäßig auch dem Kunstgenuß eingestellten Arbeiter nicht befriedigen. Wenn der Kriegsdichter Bröger „in Gott glühenden Seelenfeuer Staubgeborener, Liebe" genannt, bedichtet hat, soll man es bei dieser einen Katastrophe belassen. Solche Sache wird weder durch die schwierigste Vertonung noch durch die liebevollste Einstudierung und Aufführung für uns genießbarer. Ebenso steht es mit dem Gedicht „Geheimnane" von Kurt Heynicke, das dieser im Weltkrieg jung gefallene Dichter sicher in verzweifelnder Todesahnung formulierte. „Wir sind alle einer Liebe" — das sagen die Tastoren heute noch. Bloß die Frage bleibt offen: Wer ist der Vater? Leider gibt es Leute, die so etwas für Tendenz halten.

Ich glaube bemerkt zu haben, daß diese unmöglichen Texte auch dem Sänger innere Hemmungen bereiten. Da singt er noch lieber, viel freier, anfprechender und überzeugender solche Natur-, Schicksals- und Liebesposesien, wie Glockenlied, Erntelied, Spinnerin, Minnesänger usw.

Immerhin: Der Arbeiter-Sängerchor zeigte erneut, daß er ständig vollkommener wird. Die Sängerzahl ist seit dem letzten Konzert wieder gestiegen. Die Sicherheit des Chors erhöhte sich. Inhalt und Technik der Gesänge werden ohne Blatt beherrscht. Jeder einzelne Sänger ist absolut der Leitung straff unterstellt. Schwankungen im Tempo oder Einsatz oder Unreinheiten im Ton sind unbekannte Dinge. Herr Schulze, der umsichtige Dirigent, vermag so aus seiner Sängerschar alles herauszuholen. Das erste Lied „Zur neuen Welt" machte — als einziges — einen gewaltigen Eindruck. Kompositorisch ist dies ein ganz großer Wurf; rhythmisch außerordentlich schwierig, tonal nicht minder, aber dankbar und wirkungssicher. Ein Meer von Tönen brauste durch den Saal, in herrlicher Klangfülle und voll hinreißender Gewalt. Dies ist Tendenz, wenn gesungen wird: „Ihr Männer, nur Mut, unser Segel hält!" Das verspricht jeder Arbeiter als Ermunterung zum Ausharren im schweren, aber letzten Endes doch siegreichen Kampfe. Mit Begeisterung wurde auch „Sturmvögel", eine Revolutionsdichtung, gesetzt von Prümers, gesungen; man freute sich, dachte: etwas für die Zukunft. Aber der musikalische Schluß verlacht ebenso gekünstelt und hoffnungslos wie Bruno Schoenlanks Verse. Mit besonderer Liebe waren im „Sommermittag" von Seybold die Tonmalereien ausgearbeitet, z. B. waren die Tenöre in duftiger Leichtigkeit unübertrefflich. Im feinsten Pianissimo verklang „Die Spinnerin" von Podbertsky. Beide Künste des Gesangs machten „Die Minnesänger" von Robert Schumann zu einem Kabinettstückchen. Schade, daß der — als Zugabe nach stürmischem Beifall — gar nicht gut gesungene „Maienabend" von Uhmann diesen Eindruck etwas verwischte. Etwas mehr Vorsicht möchte man raten. Die Frage, ob und was man zugibt, ist keine unwichtige; sie will überlegt sein. Man darf nicht um der Zugabe willen zugeben. Man muß in der Zugabe etwas zu sagen haben.

Solistisch wirkte die Sopranistin Maria Janowska vom Neuen Theater Leipzig mit. Die Dame singt mit Temperament, doch klingt die Stimme in der Höhe etwas gedrückt. Dies war besonders in den komplizierten chinesischen Gesängen von Walter Braunfels zu bemerken. Die Strauß-Lieder dagegen trug die Künstlerin mit viel Poesie vor. Auf stürmischen Beifall folgte leider auch hier ein Mißgriff, indem ein sentimental wirkender Opernsteinen aus „Bohème" von Puccini abgeleiert hingeworfen wurde. Eine Geschmacklosigkeit an einem Liederabend! Dabei wirkte mit Kapellmeister Walter Senfert-Leipzig, der die Sängerin sonst sehr feinfühlig und umsichtig begleitet hatte. -n.

An die Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes!

Am kommenden Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet im „Volkspark" eine Veranstaltung statt, zu der die streikenden englischen Bergarbeiter ihren Sängerchor entsandt haben. Die Veranstaltung dient zum Besten der englischen Bergarbeiter.

Die dem Deutschen Arbeiter-Sängerchor angeschlossenen Vereine der Stadt Halle werden aufgefordert, am Sonntagvormittag 10 Uhr sich restlos an der Begrüßung des Chors der englischen Bergarbeiter zu beteiligen und dadurch zum Gelingen der Veranstaltung und zur Behebung der Not der durch die Streikfolge betroffenen englischen Arbeiterbrüder beizutragen.

Bezirksleitung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

*

Arbeiter-Sängerchor Halle. Alle aktiven Mitglieder treffen sich am Sonntagvormittag 10 Uhr im „Volkspark" zur Begrüßung der englischen Sangesbrüder (streikende Bergarbeiter). Jeder erscheinen. Der Vorstand.

Der Arbeiter-Frauen- und Mädchenchor veranstaltet am Sonntag, dem 28. November vollständig um 3/10 Uhr im „Volkspark" zur Begrüßung der englischen Sangesbrüder, welche sich in Not befinden, eine Feier veranstalten. Es ist Pflicht jeder Sangeschwester, zu erscheinen.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Die nächsten Uraufführungen des Stadttheaters: „Das leidende Lamm", Schauspiel von Emil Bernhard (11. Dezember), und „Calais", Lustspiel von Julius Berstl (23. Dezember).

Volksbühne. Als diesjährtges Weihnachtsmärchen wird für die Volksbühnenmitglieder am Mittwoch, dem 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr im Stadttheater gegeben: „Rumpelstilchen". Märchenspiel in 5 Bildern von Paul Schmidel. Musik von Georg Kisig. Karten zu 50 Pf., 1 Mk. und 1.50 Mk. in der Geschäftsstelle, Bernburgerstraße 11. Der Mitgliedern besonders der Zutritt wird Gelegenheit gegeben, Anfang Januar „Alas" nachzuholen. Der Zutritt wird bekanntgegeben. Zu dem Gastspiel „Alas" des Berliner Ensemble am Sonntag und Sonnabend, 8 Uhr, im Thalia sind für unsere Mitglieder Vorzugsplätze erzmäßigten Preisen in der Geschäftsstelle zu haben. Sonnabend: „Der Narr" für J. Mittwoch, 1. Dezember, 8 Uhr, im Thalia: „Candida" von Bernard Shaw (als 2. Kammerspiel). Die Einteilung der 4. Theatermarken hat begonnen; tags: 1. Schwarzweiße Plakate an den Anschlagsäulen.

Volkshochschule. Der Vortrag von Dr. Gustav Manz (Berlin) über „Rasse, der Mensch und sein Wert" findet am Mittwoch 1. Dezember, nicht 9 Uhr, sondern um 8 Uhr statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0006

Die halischen Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Versammlung der englischen Bergarbeiter findet am Sonntag, 28. November, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des „Volk" unter Mitwirkung des

englischen Bergarbeiterchores

stattfinden statt.

Angestellte, Beamte!

Der englische Bergarbeiter macht die Hilfeleistung der Arbeitnehmerschaft erforderlich.

Die Deutschen Arbeitersängerbund angeschlossenen Chöre haben bei Beginn der Massenveranstaltung ihre Mitwirkung bereits zugesagt. Die englischen Bergarbeiter werden nicht nur

Bericht über die englische Streikbewegung

sondern auch die Grüße der englischen Bergarbeiter überbringen und ihre Lieder vortragen.

Für die gute Sache muß die Parole aller Arbeiter, Angestellten und Beamten für Sonntag, den 28. November, sein:

Auf in Massenmeeting nach dem Volkspark!

Gewerkschaftsbund. Ortsausschuß Halle.
Freier Angestelltenbund. Ortskartell Halle.
Deutscher Beamtenbund. Ortsausschuß Halle.

Front für verstärkte Unterstützung unserer kämpfenden Brüder in England

Bezirks-Versammlung der Abteilung I Osten vom 21. November einstimmig folgende Entschließung an:

Mitgliederversammlung vom 21. November 1926 der Abteilung Osten des RVB. Halle billigt die Beschlüsse der Gaukonferenz. Im anwesenden Kameraden bedauern, daß die Gaukonferenz keine Stellung faßte, die unseren kämpfenden Brüdern in England eine Unterstützung seitens der Mitglieder des RVB. während der Dauer des Streikes zusichern. Sie richten hiermit an die Gauleitung den Antrag, sofort zu beschließen, daß alle Kameraden, die es wünschen, während der Dauer des Streikes monatlich einen Beitrag von 20 Pfennig aufbringen (einschließlich Rückgabe durch die Internationale Arbeiterhilfe den englischen Bergarbeitern überwiesen wird."

Der Antrag ist sehr großer Bedeutung. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Gauleitung Halle für die Verwirklichung Sorge tragen wird und daß sich darüber hinaus alle Gaue im Reiche diesem Antrag anschließen.

Der RVB., Abteilung Zentrum, Halle, erhielt der Landesleitung für die englischen Bergarbeiter 25 Mark; ferner vom Verband Kupfer, Zahlstelle Halle, 50 Mark.

Woher nehmen und nicht stehlen?

Vor Gericht stellte sich mit Recht ein hiesiger Gastwirt, der im Verfahren eines Verwandten stehen hatte, das inzwischen vom Gerichtsvollzieher gepfändet war.

Der Gastwirt nun das Futter alle wurde und er nicht in der Lage war, solches zu kaufen, forderte er den Gerichtsvollzieher auf, zu beschaffen, oder über das Pferd zu verfügen. Der Gerichtsvollzieher tat weder das eine noch das andere, so daß der Wirt das Pferd hatte verhungern lassen müssen. Er war aber gezwungen, sich selbst zu helfen, indem er das Pferd im Einverständnis mit seinem Verwandten verkaufte.

Wegen dieses Grunde hatte er sich jetzt wegen Pfandbruchs zu verantworten. Das Gericht sagte dem Angeklagten auch nicht, wie er helfen sollen und stand scheinbar auf dem Standpunkt, daß er das Tier lieber hätte verhungern lassen sollen, als es zu verkaufen. Das Urteil lautete auf 25 Mark Geldstrafe.

Das 11. Gebot

Die in der Bibel enthaltenen Gebote sind in der Tat nicht geschrieben um die Privilegien der besitzenden Klasse zu sichern und erhalten. Früher waren die Menschen viel zahmer, weil die politischen und kirchlichen Machthabern ein Leichtes, sie Sachchen mit den zehn Geboten in Schach zu halten, indem sie ihnen hat recht, wenn sie behauptet, daß die heutige Welt verderbt" und gottlos sei. Keiner will mehr so recht an die Weltordnung glauben. Man läßt sich nicht mehr so leicht ausbeuten, und man ist dem allmächtigen Gott gegenüber offenbar sogar ungehorsam.

Unter diesen Umständen war es für die Ruhe- und Ordnungsfreunde dringend, eine große Anzahl weiterer Gebote zu erlassen. Es scheint deshalb scheinbar: „Du sollst nicht Widerstand leisten" ist und bedeutet so viel, daß man sich lieber einmal mit Knüppel den Schädel auseinandersschlagen lassen soll, als Widerstand leisten.

Dieses Verbot hatten die Eheleute Z. verstoßen und sie wurden jetzt vom „irdischen Richter" bestraft. In einer Wohnung der Ostendorfer Straße war eines Tages eine Polizeiuniformierten, die eine Zuschauermenge von zirka 200 Personen angesammelt haben soll. Um die Ruhestörer auseinander zu bringen wurde ein Ueberfallkommando in Tätigkeit gesetzt. Bei der Klärung des Vorfalles soll sich nun auch die Notwendigkeit ergeben haben, den Ehemann Z. vorläufig festzunehmen, obwohl feststeht, daß er selbst mit der Schlägerei nichts zu tun hatte. Z. soll seiner Festnahme nun Widerstand geleistet haben und die Beamten geben an, sie hätten nicht anders getonnt, als den Z. wie einen bissigen Köter an die Kette zu nehmen. Man denke nur: Solch eine große Sünde!

Die Bestrafung folgte der Tat aber auf dem Fuße, denn die Beamten haben doch Instruktionen, dafür aber etwas weniger Gefühl. Die Knebelketten wurden so fest angezogen, bis der Arrestand erklärte, sich ruhig verhalten zu wollen. Die Strafe muß also ziemlich schmerzhaft gewesen sein.

Aber die eigentliche Strafe folgte erst jetzt durch das Amtsgericht, das den Ehemann zu einer Geldstrafe von 40 und seine Frau zu einer solchen von 10 Mark verurteilte. Was mag nun dem sündigen Ehepaar wohl im Jenseits, am Tage des jüngsten Gerichts noch für eine weitere Strafe für diese Missetat blühen? Aber

reuigen Sündern wird Milde zuteil.

So brachte es wenigstens das Gericht in einer anderen Verhandlung zum Ausdruck. Vater und Sohn sollen in der Nähe von Wettin zirka 35 Pfund Tomaten gemaust haben, die angeblich einem Freiherrn von der Warg gehörten. Keiner hat sie bei der Tat gesehen. Sie wurden lediglich von einem Landjäger gestellt und gaben an, die Tomaten von einem Unbekannten käuflich erworben zu haben. Der Landjäger glaubte es nicht, und das Gericht erst recht nicht.

Weil nun der angeklagte Sohn ein etwas eigentliches Benehmen an den Tag legte, verlrat der Amtsanwalt die Auffassung, daß man ihn ganz besonders hart bestrafen müsse, „nur die Reue kann Milde erwirken". Der Angeklagte gab aber an, daß er nichts zu bereuen habe, da er sich überhaupt keiner Schuld bewußt sei.

Programm

zur Werbeveranstaltung der Roten Jungfront am Freitag, dem 26. November, im „Volkspark"

1. „Internationale" (Kapelle)
2. Begrüßungsansprache
3. Musikstück (Spielmannszug Halle)
4. Rezitation
5. Massengesang: „Wir sind die erste Reihe"
6. Ansprache des Genossen G. Schumann

Fünf Minuten Pause

7. Drei lebende Bilder:
   a) Kleine Ursachen —
   b) Große Wirkungen
   c) Krieg dem Kriege — Jungfront heraus!
8. Schlußgesang: „Rote Soldaten".

Der Vater erhielt eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und der Sohn 2 Wochen Gefängnis, die ihm evtl. für eine Zeit ausgesetzt werden. Außerdem erhielten beide noch eine Geldstrafe von 15 Mk., weil sie den Landjäger einen falschen Namen angegeben haben sollen.

Kreistagung der Arbeitsinvaliden

Uns wird geschrieben:

Im Gewerkschaftshause tagten am Sonntag die Kreisdelegierten des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen für den Saalkreis. Die Tagung war zahlreich besucht. Aus dem Geschäftsbericht des Kreisleiters Schoenlant war zu entnehmen, daß die Ortsgruppen des Verbandes zugenommen und sich ausgebaut haben. Er regte an, daß die von der Ortsgruppe Halle beschlossene Demonstration, deren Stichtag durch den Hauptvorstand festgelegt wird, von den Ortsgruppen des Saalkreises beschickt werden sollen.

Aus dem Bericht des Gauleiters Schneider (Magdeburg) über die sozialpolitische Lage sei besonders erwähnt, daß die soziale Fürsorge der Landkreise sehr darnieder liege. Sie bleibe sogar unter den vom preußischen Wohlfahrtsministerium festgesetzten Sätze von monatlich 30 Mk. für eine alleinstehende Person. Im Saalkreise werden oft nur 26 Mk. gezahlt. Nur wenn die Sozialrentner des Saalkreises sich tatkräftig organisieren, könne ein Druck auf das Wohlfahrtsamt ausgeübt werden.

In der Aussprache wurde bittere Klage über das unsoziale Verhalten mancher Gemeindevorsteher geführt. Die Halle zunächst liegenden Ortsgruppen werden geschlossen an der kommenden Demonstration teilnehmen. Für die Januargaukonferenz wurden die Kollegen Lauer (Löbejün) und Senft (Könnern) als Delegierte gewählt.

Allen Interessenten zur Kenntnis, daß Anfragen an die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Halle, Martinschule, Zimmer 5, Charlottenstraße 15, zu richten sind.

Ammendorf

Roter Frauen- und Mädchen-Bund. Sonnabend, 27. November, findet im „Burgschlößchen" abends 8 Uhr, ein Werbeabend statt, unter Mitwirkung der RFB.-Kapelle, mit Gesang, Theater, Rezitationen und Sprechchor. Die gesamte Arbeiterschaft wird hierdurch eingeladen.

Ammendorf

Gemeindevertreter-Sitzung vom 19. November 1926. Der Gemeindevorsteher gibt die Genehmigung des Haushaltplans vom Regierungspräsidenten bekannt. Der Ordnungsblock hatte sich bekanntlich beschwerdeführend an die vorgesetzte Behörde gewandt, wie immer, ist aber wieder abgeblitzt. Die Fürsorgesätze sind von 80 auf 70 Prozent herabgemindert, wodurch die Gemeinde eine Mehrbelastung erfährt. Nach Bekanntgabe verschiedener Personaländerungen in mehreren Kommissionen kommt man zum Antrag der SPD.-Fraktion: **„Wahl eines Delegierten zum Kongreß der Werktätigen"**, welcher vom Genossen Pilger begründet wird. SPD. und Bürgerblock hüllen sich in tiefes Schweigen. Peinlich berührt es die SPD.-Vertreter, daß so ein Antrag eingereicht ist. Unsere Vertreter jedoch zwingen sie, sich dazu zu äußern. Sie versprechen sich nichts vom Kongreß der Werktätigen, nur die Parlamente könnten helfen. Nichts ist dem Vorsitzenden der Kriegsopfer, Herrn Werchan, bekannt von der Not und den Forderungen seiner Organisation. Nicht sieht der Arbeitsnachweisleiter Wolff tagtäglich die Not und die Ungerechtigkeiten, welche man an den Erwerbslosen vornimmt. Nicht einmal die Wohnungskommissions-Mitglieder Hölig und Brod, denen es an praktischen Erfahrungen gewiß nicht fehlt, getrauen sich über die falschen Befehle ihrer Führer hinwegzusetzen und lehnen den Antrag Arm in Arm mit dem Ordnungsblock ab. Bewußt haben die SPD.-Vertreter als Arbeiter einen Fehler begangen. Bewußt haben sie das Grinsen verschiedener Ordnungshelden, wie des Lehrers Weiland und des im Fettopf lebenden Mensch unterstützt. Kongresse der Industriellen, der Truste und Konzerne, die sind notwendig. Das werktätige Volk hat ruhig zu sein, hat keine Forderungen zu erheben, das ist die Ansicht der bürgerlichen Vertreter. Die Vertreter der Lehrerschaft wissen nicht, daß nur die Ammendorfer Arbeiterschaft es gewesen ist, welche gegen Verschlechterungen der Lehrerschaft war, wie Lehrerabbau usw. Denken und Fühlen mit den Werktätigen, dazu reicht das Hirn der satten Bourgeoisie nicht aus.

Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung war noch der Antrag der Spar- und Baugenossenschaft Eigenheim an der Brotkhanschenke auf Eingemeindung des im Gutsbezirk belegenen Siedlungsgeländes, welcher einstimmige Annahme fand. Nachdem fand eine geschlossene Sitzung statt.

Seeben

Jugendliche, kommt zur Versammlung am Sonnabend, dem 27. November, im Lokal Glaser. Thema: „Warum muß sich ein Arbeiter organisieren?" Referent: Gen. Fritz, Halle.

Mötzlich

Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung endete, wie voraus zu sehen war, mit Obstruktion unserer Genossen. Der Gemeindevorsteher hatte, um die Linke vollständig an die Wand drücken zu können, allerhand leeres Stroh zusammengetragen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl eines Schriftführers. 2. Ankauf einer gebrauchten Feuerspritze. 3. Verschiedenes. Unsere Genossen hatten natürlich nicht die Absicht, das Amt des Schriftführers zu opfern, wie es geplant war, zumal der Gemeindevorsteher das Protokoll in jeder Hinsicht zu seinem Gunsten erst am anderen Tage schrieb. Nachdem der Gemeindevorsteher die Sitzung in dem oben erwähnten Sinne weiterführen wollte, legten unsere Genossen eine Erklärung vor und verließen das Sitzungszimmer. Der Gemeindevorsteher wollte die Sitzung weiterführen, mußte sich jedoch von unserem Genossen S. belehren lassen, daß er nicht einmal richtig lesen kann, jemand mußte er den § 106 der Landgemeinde richtig verstehen. Trotzdem führte der Vorsteher die Sitzung fort und erklärte dann später: „Es ist besser, wenn wir die Sitzung schließen." Er gab somit zu, daß er dem Amt als Gemeindevorsteher nicht gewachsen ist. Die Angst, die er vor der Arbeiterschaft hat, bewies sein Ausspruch nach der Sitzung: Die wollen mich als Gemeindevorsteher abjagen, da will ich mir für meine aufopfernde Plage noch eine Gehaltserhöhung bewilligen lassen. Des weiteren ist er am Montag in aller Frühe (wir glauben, daß er am Sonntag nicht betrunken war) zum Landratsamt gelaufen und hat sich dort Informationen geholt. Wir wissen, daß der Landrat seinen treuen Soldner in jeder Hinsicht unterstützt. Wir werden aber trotzdem uns nicht beirren lassen, zu sagen, was notwendig ist. Da die Gemeindevertreter im Interesse der Gemeinde und ihrer Wähler zu arbeiten haben, ist damit zu rechnen, daß dieser Unternehmerbildling in Zukunft das Sitzungszimmer mit Polizei belegen läßt. Das wird uns nicht beirren, das zu sagen, was notwendig ist. Aus diesem Grunde rufen wir die gesamte Arbeiterschaft von Mötzlich auf, am Freitag, dem 26. November, in der Gemeindevertreter-Sitzung, welche sich mit derselben Tagesordnung zu befassen hat, zu erscheinen. Die Sitzung beginnt 8/8 Uhr im Wagesches Lokal und jedermann hat Zutritt. Deshalb nochmals, erscheint alle.

Wettin

An die Jugend! Heute, Donnerstag, den 25. November, findet im „Kleinen Schweizerling" eine öffentliche Jugendversammlung mit dem Thema: „Die Lage der Arbeiterjugend" statt. Referent: ein Genosse von Halle. Jugendliche, erscheint zahlreich!

„Klassenkampf"-Leser, beachtet die Schaufensterauslagen unserer Buchhandlungen in Halle und im Bezirk. Alle Literatur, Schreibwaren, Schulartikel erhält man hier zu Vorzugspreisen.

Die weiße Feme

Ein Zeitroman aus Deutschlands Gegenwart

Von Traugott Lehmann

Die Frau betrachtete mitleidig den Fremden; er sah erschöpft aus, konnte sich anscheinend kaum auf den Füßen halten, sah flehend glänzenden Augen bittend scheu und erschrocken; es war ein Genosse, der von der Polizei verfolgt und gehetzt. „Nehmt Mutter Kramer, man muß ihn ein wenig pflegen. Komm, Genosse", sagte sie freundlich. „Legen Sie sich ins Bett. Ich werde Ihnen einen Kaffee kochen und etwas zu essen. Sie müssen sich ausruhen und ordentlich essen."

Genosse hatte sie verwirrt an; die warme Güte, die aus Stimme klang, tat ihm wohl, zugleich aber fühlte er in seinem Scham aufsteigen. Durfte er, konnte er diese freundliche Frau betrügen? Sie hielt ihn für einen Genossen, vielleicht gar einen Mitkämpfer, — wenn sie wüßte!

Die beiden Burschen, die in dunkler Nacht in seine Zelle gestiegen waren, ihn zu befreien, hatten ihm strengstens einen falschen Namen nicht zu verraten, kein Wort über seine Tat zu sprechen. Ihnen schuldete er vor allem Dank; er mußte ihn erfüllen.

Er saß im Bett der alten Frau lag, dachte er schaudernd an die Nacht zurück. An den Augenblick, da ihn ein Geräusch vom Fenster her aus unruhigem Schlaf schreckte, Schwarzgrau, die ihn bei dem Gedanken befiel: „Jetzt kommen sie. Jetzt ist es aus mit mir."

Er hörte in der Finsternis leise, schleichende Schritte, die sich näherten. Eine Blendlaterne blinkte auf. Vor ihm standen Unbekannte. Der eine fragte flüsternd: „Sind Sie Genosse?"

„Ja."

„Kommen, um Sie zu retten; stehen Sie auf."

Einen Augenblick gezögert; sollte er sich diesen Unbekannten anvertrauen? Waren es Feinde oder Abgesandte der verbotenen Partei? Ja, er würde es wagen, blieb er hier, so war er verloren.

Das schwindelerregende Klettern, den Blitzableiter entlang; das gefährliche Laufen im Dunkeln, bis sie, etwa fünf Minuten entfernt, drei Automobile trafen. Der eine Unbekannte an die Lenker der zwei Autos heran.

„Fahrt zur Anstalt, der eine von Euch schlägt dann die Richtung Osten, der andere die nach Westen ein. Verstanden?"

Inzwischen hatte sich der zweite Unbekannte ans Steuer des dritten leeren Autos gesetzt. Der andere hatte Dresde in den Wagen geschoben.

Und nun war er hier.

Er fühlte sich viel zu müde, um an die Zukunft zu denken. Wie herrlich war es doch, sich dem Schlaf hingeben zu dürfen, ohne fürchten zu müssen, aufschreckend, die Mörder vor seinem Bett stehen zu sehen! Könnte er doch immer hier bleiben, bei dieser gütigen alten Frau, dieser — Genossin.

Er lächelte schläfrig. Wenn ihm einmal jemand gesagt hätte, daß er Dankbarkeit und Zuneigung für eine der verfluchten Kommunistinnen empfinden würde! Was alles hatte er über die gemeine Gesinnung, die Roheit und Grausamkeit dieser Menschen gehört! Er glaubte von Sandens harte Stimme zu vernehmen: „Wenn wir wieder zur Macht gelangen, so werden wir kein Erbarmen kennen. Diese frechen Proleten mit ihren unverschämten Forderungen, dieser Abschaum der Menschheit, werden, einerlei, ob sie nun Kommunisten oder Sozialdemokraten sind, die Knute fühlen. Achtstundentag! Soziale Fürsorge! Arbeitslosenunterstützung! Lächerlich. Wozu sollen wir ihre Kräfte schonen? Ihre Weiber werfen wie die Kaninchen; es gibt Nachwuchs genug. Außerdem sinkt der Kleinbürger unvermeidlich auf das Niveau des Proletariats hinab, dafür sorgen wir schon; seine Kinder ersetzen uns das Proletariat. Und wenn man bedenkt, wie einfach alles wäre, wie leicht uns die Uebernahme der Macht fiele, wären nicht diese verfluchten Kommunisten da, die den Arbeiter immer wieder aufpeitschen! Aber wir werden schon mit ihnen fertig werden, so wie Ungarn mit ihnen fertig wurde, wie Italien, Rumänien, Bulgarien mit ihnen fertig werden. Und dann werden, wie unser Kaiser und Herr sagte, die Köpfe fliegen. Und ist erst in Deutschland alles wieder in Ordnung, dann geht es gegen den Verbrecherstaat, gegen Sowjet-Rußland; wenn es nicht anders möglich ist, mit Frankreich und England zusammen. Dann sollen die blutdürstigen Bestien im Osten erst erfahren, was Terror ist."

„Die blutdürstigen Bestien", Georg Dresde wußte nun schon seit langem, auf welcher Seite sich die blutdürstigen Bestien befanden. Aber heute, in dieser ärmlichen, stillen Stube, angesichts dieser gütigen alten Proletarierin, die für den Unbekannten sorgte, als wäre er ihr Sohn, fragte er sich zum erstenmal: „Weshalb sollten sich und meinesgleichen von Sanden und den Seinen zur Macht verhelfen? Wird es uns etwa besser gehen, wenn diese Leute am Ruder sind? Sie haben uns eingefangen mit schönen Worten von der Not des Vaterlandes, aber unter dem „Vaterland" verstanden sie nur ihr geldgieriges machtlüsternes Ich. Nein, ihre Herrschaft wäre ein Unglück für alle. Was aber bedeutet die Herrschaft des Proletariats, die in Rußland besteht?" Er wußte es nicht, wußte nur, was die Völkischen darüber berichteten. Diese aber hatten ihn so oft belogen; wie, wenn sie auch hier nicht die Wahrheit gesagt hatten? Eigentlich war der Gedanke, daß die, die die Arbeit der Welt verrichteten, auch herrschen, gar nicht so widersinnig. Aus den Kindertagen klang an Georg Dresdes Ohr die Stimme der verstorbenen Mutter: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen, das ist Gottes Wort." Gottes Wort, das zur Losung jener geworden war, die von der halben Welt als Verbrecher verfolgt wurden. Seltsam. Eigentlich müßte man doch auch einmal die Argumente der andern hören, müßte man ... Bleierne Müdigkeit lähmte Georg Dresdes Gedankengang; die Augen fielen ihm zu.

II.

Georg Dresdes Wunsch, „die Argumente der anderen zu hören", ging in Erfüllung, denn weder an diesem noch an den folgenden acht Tagen ließen sich seine Retter blicken. Er fand daher genügend Zeit, mit der alten Frau zu plaudern. Und nun enthüllte sich ihm eine neue Welt.

Marie Kramer, die den unbekannten Gast noch immer für einen Genossen hielt, sprach offen über kommunistische Ideen, hielt es für selbstverständlich, daß der Fremde mit ihnen übereinstimmte. Einfach, ohne Wücherweisheit, zeigte ihm die alte Frau an Beispielen aus dem Leben wirtschaftliche Zusammenhänge, von denen er nichts geahnt hatte. Bewies ihm klar und eindeutig, daß einzig und allein ein wirtschaftlicher Umsturz das Land vor dem völligen Ruin zu retten vermöge. Sie erzählte von Genossen, die freudig ihr ganzes Leben in den Dienst der guten Sache gestellt hatten, Tag und Nacht schufteten, um dem Proletariat zu helfen, von Menschen, die von der Klassenjustiz ins Zuchthaus geworfen wurden, von der gleichen Justiz, die einen Arco verhältschelte, einen Vogel und Roßbach fliehen ließ, und auch von jenen, die ihre Treue dem Proletariat gegenüber mit dem Leben bezahlt hatten.

Georg Dresde lauschte ihr staunend; diese alte Frau log nicht, machte keine schönen Worte; alles, was aus ihrem Munde kam, trug den Stempel lauterster Wahrheit. Und er begann insgeheim Vergleiche anzustellen.

Die Genossin Kramer machte sich keine besonderen Sorgen um das Ausbleiben Artur Hofners und Karl Hammers. „Wahrscheinlich sind sie bei der Demonstration verhaftet worden", meinte sie. „Sie können ruhig hier bleiben, bis einer der beiden Sie holen kommt. Mich stören Sie nicht."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0007

Leder **7.50**

Eleganter Pelzschuh Block-Absatz die große Mode

Lack **9.50**

4518

SCHUHWARENHAUS Wiebach

NUR KLEINE ULRICHSTRASSE NR. 11–12.

Möbel

ohne **1 Pfg.** Anzahlung

Bettstellen 4485
Matratzen
Kleiderschränke
Küchenbüfetts
Flur-Garderoben
Kinderwagen
Chaiselongues
Plüschsofas
Kartenbänke
Trumeau-Spiegel
Ausziehtische
Tische Stühle usw.

Herren- und Damen-Garderobe

in großer Auswahl

Kleine Anzahlung
Gering Abzahlung

Hermann Liebau

Halle a. S.
Merseburger Straße 22

Spielwaren

in großer Auswahl!

Albin Hentze

Schmeerstraße 24 4517

Während des Weihnachtsverkaufes für alle Waren

10 Prozent

Günstige Kaufgelegenheit

K. Albert Hesse, Weißenfels

Kleiderstoffe :: Aussteuerartikel

NIMM NUR FEINKOSTMARGARINE Blauband statt Butter

½ Pfd. 50 Pf.

Empfehle:

Hasen diese Woche billiger

in blutfrischer, sauberer, appetitlicher Qualität, auf Wunsch breitfertig

Ferner:

Feinste wilde Kaninchen, zarten Hirschkeulen, auch ohne Knochen, **Reh-Rücken, -keulen und -blätter, blütenweiße Hafer-Mastgänse, Enten, Fasanen**

sowie alles andere Wild u. Geflügel in nur wohlbekannter Güte und Qualität 4515

E. Riemer nur Wöhlitzer Straße 101 und Wochenmarkt Tel. 23484

Feinste Sprotten 1-Pfd.-Kiste **60 ₰**

Feinste Fettbücklinge 1 Pfd. nur **50 ₰**

Täglich frische 4514

∴ Seefische ∴

Bratheringe 2 Pfund-Dose **75 ₰**

Karl Pfeiffer

Neumarktschlachte

Geiststraße 33 — Telephon 26658

AUF TEILZAHLUNG!

Bei Barzahlung 10% Rabatt

Bett
Stahldrahtmatratze
Auflagematratze
Eisenbetten . . . von 40,00 Mk. an
Chaiselongues . von 35,00 Mk. an
Schränke . . . von 65,00 Mk. an

zusammen **50 Mark**

sowie komplette Küchen- und Schlafzimmereinrichtungen, Sofas, Stühle, Federbetten usw.

kaufen Sie, wo billig, in nur guter Qualität ohne jeden Zwischenhandel bei **10 Mk. Anzahlung** und wöchentlich **5 Mk. Abzahlung** in der

Möbel-Fabrikniederlage

i. V. E. Gräf, Weißenfels

Fischgasse 21 oder Promenade 14

Merseburg: Jetzt Neumarkt 22

Adolf Bethke

Fahrräder

Haus- u. Küchengeräte

Klein-Wittenberg

---

3 Tafeln Vollmilch-Schokolade

(à 100 Gramm)

Erstkl. Fabrikate!

zusammen nur

1 Mark

Merkel

Roßmarkt 7

A. Glühl, 20 „Rob., E. Preiß, Riemerstr. 22p.

Edison-Lichtspiele

Neuscherbergs-Dürrenberg

Jeden Freitag u. Sonnabend im Gasthof zur Sonne empfehlen wir unsere neuesten

Filme.

Paul Sonntag.

Steter Eingang frischer Räucher waren, sowie Schottenheringe und Bratheringe (St. 20.) direkter Bezug 232

Hermann Schmidt, Teuchern,

Pegauer Straße 8 (Rein Laden)

Kleine Anzeigen haben den aus den besten Erfolg

Spielwaren aller Art

Puppenwagen, Gespanne

in großer Auswahl

R. Backhaus, Wittenberg

Schloßstr. 9 4491 Schloßstr. 9

Kleiderstoffe :: Baumwollwaren

in größter Auswahl, zu billigsten Preisen

Besichtigen Sie heute mal diese Inserat!

L. Butterbrodt, Wittenberg, Markt 11

Auf Teilzahlung

1/4 Anzahlung Ratenzahlung nach Wunsch

Herren-Mäntel
Herren-Paletots
Herren-Rock-Paletots
Herren-Anzüge
MK. 125-115-98-79-62

Sportanzüge mit kurzer und langer Hose
Moderne Herrenhosen
Arbeits-Hosen
Lodenjoppen
Windjacken, gefütterte
Strickjacken

Alte Kunden, die für Konto bezahlen wollen, halten Ware ohne Anzahlung

Carl Klingle

Halle, Leipziger Str. 11, I. Etage

Eingang Sandberg

Für Merseburg und Umg. Hugo Dies, Merseburg, Annenstraße 14

Auf Teilzahlung bei kleiner Anzahlung erhalten Sie:

Herren-Anzüge
Herren-Paletots
Herren - Regenmäntel
Herren-Lodenjoppen
Damen-Kleider
Damen-Mäntel
Leib- und Bettwäsche
Damen u. Herr.-Schuh

L. Kraushar Zeitz

Wendischerberg 1 b

Konf. nur bei u. i. festen Interessenten

Isolierflaschen Frühstückstaschen

empfiehlt

M. Winkler

Glauchaerstraße 27

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung. Lesegebühr Monat 10 Pf.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr

Büchervorzeichnisse in haben in der Volksbuchhandlung, Halle 42/44

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 29150

Dienstag, Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, im „Lindenhof" wichtige Mitgliederversammlung.

Bekanntmachungen

Am 1. Dezember 1926 findet eine Viehzählung statt (Pferde — ohne Militärpferde —, Maultiere und Maulesel, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Hebezeuch und Bienenvölker). Die näheren Vorschriften liegen im Statistischen Amt, Kaiserplatz 12, zur Einsicht aus und sind außerdem am Schwarzen Brett, Marktplatz 24, Erdgeschoß, ausgehängt.

Halle, 24. November 1926. Statistisches Amt der Stadt Halle.

Das Betriebsunternehmer-Verzeichnis der landwirtschaftlichen Betriebe (für Ackerbesitzer und Pächter) ist, soweit uns die Angaben über die Besitz- oder Pachtveränderungen gemacht worden sind, berichtigt und liegt vom 25. November bis einschließlich 2. Dezember d. J. im Stadtsteueramt, Herrenstraße 10, Zimmer 1, öffentlich aus. Einwendungen gegen die Eintragungen können innerhalb eines Monats nach Ablauf der Auslegefrist schriftlich bei uns angebracht werden. Wer also seine Ackergrundstücke nicht bewirtschaftet, hat diese im Stadtsteueramt abzumelden.

Nach Ablauf dieser Frist können Abmeldungen nicht mehr berücksichtigt werden.

Eisleben, den 20. November 1926. Der Stadt-Ausschuß.

Betr. Steuerkarten für das Jahr 1927

Die Steuerkarten für das Jahr 1927 sind fertiggestellt worden. Dieselben sollen in diesem Jahr von den Arbeitnehmern selbst in Empfang genommen werden, und zwar vom Dienstag, 23. November, an im Gemeindeamt, Zimmer 1. Die Abholung soll bis spätestens 1. Dezember d. J. bewirkt sein.

Diejenigen Steuerzahler, die wegen des Unterhalts mittellosser Angehöriger (Eltern, Schwiegereltern sowie Anverwandte) und wegen erhöhter Werbungskosten eine weitere Steuerermäßigung in Anspruch nehmen wollen, müssen ihre Steuerkarte bis zum 31. Dezember d. J. beim Finanzamt Wittenberg zwecks Eintragung der Ermäßigung unter Beifügung der Unterlagen (Bescheinigung der Gemeindebehörde über den tatsächlich bewirkten Unterhalt usw.) vorlegen. Die Unterhaltsbescheinigungen werden im Gemeindeamt, Zimmer 7, ausgestellt.

Wir weisen ferner noch darauf hin, daß alle Arbeitgeber mit weniger als drei Arbeitnehmern an Stelle des Lohnermittlungsverfahrens die Steuermarken verwenden können. Die Siegen zum Einkleben derselben sind im Gemeindeamt, Zimmer 1, erhältlich und müssen bis zum 15. Dezember d. J. in Empfang genommen werden. *4472

Pließerig, 20. November 1926. Der Gemeindevorsteher.

Sohlenleder-Ausschnitte

Gummi-Absätze

empfiehlt billigst

J. M. Mollnau,

Weißenfels,

Klosterstraße 35

Lederhandlung früher Rich. Hackert

Größtes Spezialgeschäft für

Manufaktur-, Modewaren

Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Otto Pfeifer, Wolfen

Fernruf 2718 :—: Billige Preise!

Stets das Neueste! *4482

Zwintschöna

Gasthaus A. Bandel

(Friedrichsbad)

Sonnabend, den 27. November
Sonntag, den 28. November

∴ Schlachtfest

Um freundlichen Zuspruch bitte

Fr. B. *4513

Für die überaus vielen Beweise der Teilnahme beim Heimgange meines Entschlafenen

August Kätzing

danken wir allen herzlich. Besonders Dank Herrn Borgmann für die tröstenden Worte am Grabe.

Halle a. d. S., z. Z. Kaiserstraße 12

Minna Kätzing und Kinder

Am Dienstag, nachmittags 5 Uhr entriß uns der Tod unser

Emmy

im blühenden Alter von 13 Jahren.

Emmy — Du bist tot, ich weiß es
Nicht drücke Dich mein Herz

Der Tod entriß Dich uns, Du bist nicht mehr
Wir alle, alle vergessen Dich nie

Familie Bazzi Schäfer
Albert Gittel als Bräutigam

Beerdigung Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, Friedhof Dieskau

Leder

zu bekannt billigen Preisen 226

Sommer & Kurzhalz

Albrechtstr. 46, Ecke Dreistraße

Schlosser

Jacken, Hosen

Prima 2.55

Pilot 4.75

Schwertschlegerstr. 11, I

Weiche mit Henko ein!

Henko lockert Schmutz und Flecke und erleichtert das Waschen. Henko schont die Wäsche und spart Seife. (Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda überall zu haben.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Proletarische Solidarität

(Arbeiterkorrespondenz)

Montag, dem 23. November, ereignete sich auf dem **Bau der Sächsischen Stickstoffwerke**, welcher von der Beton- und Montierfirma ausgeführt wird, folgender Vorfall: Der Zimmerpolier [illegible], welcher erst kurze Zeit auf dem Bau tätig ist, wollte im Einverständnis seiner jungen Würde zwei alte Kollegen (Zimmerer) entlassen. Angeblich sollten diese Kollegen betrunken gewesen sein. Da es nun jedem Menschen, der noch seine fünf Sinne beisammen hat, nicht schwer fällt, festzustellen, ob ein Mensch betrunken ist oder nicht, da es ferner bei den strengen Kontrollmaßnahmen seitens der Werksleitung der Stickstoffwerke ganz ausgeschlossen ist, einen Tropfen Alkohol durch die hermetische Postenkette hindurchzuschmuggeln, so **stellte die Belegschaft fest, daß die Behauptung nicht zutreffen.** Da der Polier auf Entlassung bestand, **erklärten die Kollegen der Vormittagsschicht einstimmig die Arbeit** bis zur Wiedereinstellung zu erzwingen. Die Bauleitung [illegible] sich dem nicht fügen — wahrscheinlich wegen des Akkordes — und so **nahm die Nachmittagsschicht ebenfalls ein- die Arbeit nicht auf.** Bis zur Klärung des Falles bleibt [illegible] über den Ausgang des Falles weiter berichten. Es [illegible] Solidarität!

Abbau der Betriebsräte?

Unternehmer verfallen auf immer neue Methoden, [illegible] ihren verhaßten Betriebsräte gänzlich auszurotten. Neuerdings eine Firma K. Zschendorf, G. m. b. H., Färberei und [illegible], in Reichenbach i. V., einen Verpflichtungsschein ausgegeben, der jedem neu eingestellten Arbeiter zur Unterschrift vorlegt. In diesem Schein heißt es:

Ferner habe ich mich durch meine Unterschrift damit einverstanden erklärt, daß, falls ich durch eine Neuwahl des Betriebsrates die zurzeit beschäftigte Belegschaft der Firma als Betriebsrat oder als Betriebsratsmitglied gewählt werden sollte, sofortiges entlassen werden kann und die Fa. K. Zschendorf, G. m. b. H., nicht schadenersatzpflichtig gemacht werden kann.

Zschendorf, G. m. b. H., Färberei
i. Auftrag: Reichenbach i. V.
gez. Knüpfer.

Unterschrift des Arbeiters:

[illegible] dem Betriebsrätegesetz dürfen Betriebsräte während ihrer Amtszeit nicht entlassen werden. Die Firma [illegible] Erreichung dieser Bestimmung zu umgehen, und sie hat [illegible] Hoffnung, daß ihnen die bürgerlichen Gerichte [illegible] Beistand leisten werden.

[illegible] Arbeiterschaft dulden, daß auch hierdurch noch keine [illegible] der Gewerkschaften erfolgt?

Es geht doch vorwärts

(Landarbeiterkorrespondenz)

[illegible] (siehe „Klassenkampf" vom 16. und 23. Nov.) [illegible] berichtet, daß die entlassenen Landarbeiter wieder [illegible] sind und daß deutlich eine Besserung der dortigen [illegible] zu verspüren ist. Nur so weiter, Herr Preßel! [illegible] noch niemand Veranlassung haben, sich über Sie speziell [illegible]. Wenn halten wir uns nur im Rahmen des allgemeinen [illegible] der Landarbeiter und überhaupt aller Werktätigen im Kampfe um ihre Besserung.

[illegible] landwirtschaftlichen Arbeitern sei aus eigener Erfahrung [illegible] gesagt: **Organisiert Euch im Landarbeiterverband.** [illegible] der erste Schritt, um aus dem Elend herauszukommen. [illegible] sind wir niemals eine ernsthafte Macht.

„Fürsorge"-Betriebe

[illegible] schreiben:

[illegible] der Magistrat Halle alle Baustellen, wo Notstandsarbeiter beschäftigt sind. Von einer Fürsorge können die Bedürftigen vielleicht wenig merken. Ein Musterbetrieb ist [illegible] Berliner Weg, Neubau der Straßenbahn. Als Aufseher [illegible] Aufseher ist ein gewisser Klaus beschäftigt. Alte, in [illegible] erprobte Arbeiter bezeichnet er mit „Rotznasen" [illegible]. Beschäftigt werden 60 Mann, in der Baubude [illegible] einmal 20 Plätze. Trinkwasser ist nicht vorhanden. [illegible] betragen 47 bis 48 Pf. Während die Arbeiter [illegible] Bezahlung bezahlt erhielten, hat man dies den [illegible] verweigert. Wenn aber die Kollegen denselben [illegible] auf der Siebendegen-Brücke (72 Pf.) [illegible] heißt es: „Ihr werdet nach dem Tarif der [illegible] Gemeindearbeiter entlohnt." Auch ist ein strenges [illegible] ergangen, trotzdem die Arbeiter im Freien sind, [illegible] der einstündigen Mittagspause wie auch der Besuch [illegible] wird von dem Aufseher Klaus mit der Uhr in der [illegible] kontrolliert.

[illegible] Arbeiter! Wir fordern Euch auf, Euch zusammenzuschließen [illegible] besonders der freien Gewerkschaft beizutreten, damit [illegible] Behandlung ein Ende gemacht werden kann.

Leuna-Korrespondenz

Industriebau A.-G. (Zbaq)

[illegible] führt in Leuna eine der größten Bauten (Silos) aus [illegible], die es notwendig machen, diese Firmen öffentlich [illegible]. Gebaut werden 35 Silos, jeder von einem [illegible] Meter und zirka 55 Meter Höhe. Das Gerüst [illegible] alle einer besonderen Sorgfalt. Die Bauleitung scheint [illegible] nicht zu wissen.

[illegible] sollte das Gerüst mit Rödeldraht gebunden werden. [illegible] es an doppelten Brustwehren. Den Leuten beim [illegible] eine sehr schwere Arbeit ist, wird **die tarifliche Höhenzulage.** Die Gerüste in den einzelnen Silos spotten [illegible]. Zuweilen stehen im unteren Gerüst Säulen [illegible] Durchmesser, auf die dann noch acht Meter [illegible]. Auch ist nur das obere Gerüst abgedeckt, [illegible] nach unten sind ohne Bretter.

[illegible] sollen ständig **einige Beamte der Berufsgenossenschaft.** Diese Herren gehen natürlich nur über das obere [illegible] gut abgedeckt ist, die untern Gerüste sind ja nicht [illegible]. Auch müssen Leute in den Silos unten arbeiten, [illegible] etwas auf den Kopf fallen kann. Wenn [illegible] ist, so haben daran die Berufsgenossenschaft [illegible] keinen Anteil.

[illegible] der Bauleitung steht der Ingenieur König. Er [illegible] als kleiner König, wenn er so auf dem höchsten Gerüst [illegible] starken Belegschaft zuschaut. Bei dem anscheinend [illegible] (nach amerikanischem Muster) sind [illegible] verpulvert worden. Diese Gelder sollen [illegible] raffiniertes Antreibesystem wettgemacht werden.

Dem Bauführer Blütenstaub sieht man es schon von weitem an, daß er Ausdrücke gebraucht, die man nicht gern wiederholt. Nach ihm kommt **ein ganzes Heer von Antreibern,** unter zwanzig sind es bestimmt nicht. Alle denken nur, wie sie die Arbeiterschaft immer mehr antreiben können. Die Zimmerer sind aus allen Gegenden Deutschlands zusammengetrommelt, und diejenigen aus Sangerhausen und vom Eichsfeld zeichnen sich als besondere **Ueberstundenschieber aus.**

80 bis 90 Stunden pro Woche

sind keine Seltenheiten. Sie sind natürlich die Lieblinge der Bauleitung, doch auch die Arbeiterschaft wird sich die Leute merken! Früh und abends wird verlesen, wo jeder eine Stundenkarte bekommt, doch werden dafür **von der Mittagspause fünf Minuten abgezogen.**

Kollegen, diese Zustände dürfen nicht mehr länger geduldet werden! Macht Front gegen Eure Ausbeuter! **Verweigert die Ueberstunden** und verlangt die richtige Mittagspause und eine menschenwürdige Behandlung.

Unhaltbare Zustände in Bitterfeld

(Arbeiterkorrespondenz)

Um den arbeitslosen und betriebstätigen Kollegen einmal ein Beispiel zum Nachdenken zu geben, möchte ich die Zustände im Bitterfelder J. G.-Betrieb (Werk I) kurz schildern:

Man muß wirklich sagen, daß **ein Stück Vieh sich nicht weiter erniedrigen und knechten lassen kann, wie manche Menschen hier,** die sich noch Arbeitskollegen nennen wollen. Was hier vor sich geht, spottet jeder Beschreibung. Es werden **Ueberstunden über Ueberstunden geschoben,** nicht nur 10 und 12 Stunden, sondern **18 bis 20, ja sogar 24 Stunden in einem Gange,** bis der Betriebsrat des Morgens die Leute vom Kessel herunterholt und sie nach Hause jagt. Doch hat der Betriebsrat allein gar nicht die Macht, hier aufzuräumen. Früher, als die Meister keine Ueberstunden bezahlt erhielten, waren sie die ersten, die nach Beendigung der Arbeitszeit das Werk verließen. Jetzt haben sie im Monat mehr Ueberstundengelder als Gehalt, manchmal **700 bis 800 Mark im Monat.** Damit läßt sich natürlich leben — auf Kosten der Proletarier.

Die Menschen sehen aus wie die Leichen. An ihr ferneres Leben scheinen sie gar nicht zu denken. Da sind zum Beispiel zwei Leute aus Holzweißig und Sandersdorf, die am letzten Tag und Nacht dableiben und auch noch so viel Schmiergelder in der Woche **neben ihrem Lohn und dem Akkordzuschlag bekommen.**

Jetzt ist unsere dringendste **Aufgabe,** diese Zustände abzuschaffen. Alle klassenbewußten Proletarier müssen so schnell wie möglich Ordnung schaffen und die Gewerkschaft muß unbedingt eingreifen. Wir werden von jetzt an alle Mißstände veröffentlichen und **jeden namhaft machen,** der nicht zur Einsicht kommen will.

Noch einmal Filmfabrik Wolfen

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Rationalisierungsmaschine arbeitet hier mit Volldampf. Auf der einen Seite **Ueberstunden** bis zum Weißbluten (Filmprüfung, Werkstatt) und Einführung der **Sonntagsschichten** (Gießerei, Spinnerei); auf der anderen Seite — **Massenentlassungen.** So sollen in der Gießerei 40 Leute zur Entlassung kommen. In der Werkstatt ist schon abgebaut worden, jetzt kommen auch **die Angestellten** dran. So sind im Laufe der Woche **acht Meister der Werkstatt gekündigt** worden. Auch einigen Chemikern hat man gekündigt. Allem Anschein nach soll es hierbei noch nicht bleiben.

Ein neuer Direktor ist eingetroffen, Herr Rollendorf aus Berlin, der den Laden schmeißen soll. Von dem alten Papa Präßß hört und sieht man nichts mehr. Darüber ist aber „der Neue" um so mehr auf dem Posten, sogar nachts inspiziert er die Betriebe. Ein Hetzen und Jagen hat bei den größten und kleinsten Vorgesetzten eingesetzt, alles rennt, rettet, flüchtet sich: „Herr Rollendorf kommt!" Jeder will sich einkratzen und die Arbeiter sind die Leidtragenden. Wer sich nicht fügt, der fliegt.

Ob den Stahlhelmhauptlingen immer noch der Kamm schwillt, die den Laden mit der Werksgemeinschaft aufgezogen haben? Ob Herr Brix, der Macher des Ganzen, immer noch jeden Morgen in seinem Bureau auf dem Rücken liegt und Menschendiecken übt, damit sein Speckgenick nicht noch dicker wird?

Kollegen und Kolleginnen! Uns kann nur eins aus dem Elend retten: Zusammenschluß in den Gewerkschaften und in Geschlossenheit allen großen und kleinen Ausbeutern entgegentreten.

Krankenfürsorge für ausgesteuerte Erwerbslose

Die Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen wächst von Tag zu Tag und damit wird auch die Frage akuter, welche Krankenfürsorge den ausgesteuerten Erwerbslosen zuteil werden soll, da sie durch die Aussteuerung aus den Krankenkassen, denen sie bisher angehört hatten, ausscheiden. Solange die Erwerbslosenunterstützung bezogen wird, verschiebt bekanntlich die Gemeinden die unterstützten Erwerbslosen bei den zuständigen Ortskrankenkassen. Durch diese Versicherung erhalten die Erwerbslosen die sämtlichen Rechte und Pflichten, die durch die Mitgliedschaft entstehen. In dem Augenblick aber, wo keine Erwerbslosenunterstützung mehr gezahlt wird, erlischt automatisch die Mitgliedschaft, da bis jetzt für diese Fälle noch keine besondere Regelung vorgesehen ist.

Für die ausgesteuerten Erwerbslosen, die auch der Krankenfürsorge vielleicht im größeren Maße bedürftig sind, als die erwerbstätigen Versicherten der Krankenkassen, ist diese Frage von brennender Wichtigkeit

Da auf Grund der jetzigen gesetzlichen Vorschriften eine Versicherung für sie bei den Krankenkassen nicht möglich ist, es sei denn, sie versichern sich selbst weiter, was aber bei ihrer wirtschaftlichen Lage vollkommen unmöglich sein wird, so ist erforderlich, daß die zuständigen Stellen sich auch mit dieser Frage beschäftigen, um eine noch größere Not der schon bedrängten ausgesteuerten Erwerbslosen zu verhindern. Die einzige Lösung dieser Frage dürfte die Verlängerung der Unterstützungsdauer sein, da dann auch automatisch die frühere Versicherung bei den Krankenkassen wieder aufleben kann.

(Aus der deutschen Krankenkassen-Korrespondenz.)

94 mitteldeutsche Delegierte

hat die Landeskonferenz am 21. November zum

Reichskongreß der Werktätigen

nach Berlin gewählt. Nehmt in allen Betrieben Stellung! Organisiert die Berichterstattung!

Weder Ueberstundenerlaß des Arbeitsministers noch Notgesetz des ADGB.

Kampf für Achtstundentag ist die Parole!

Unter dem 9. November 1926 hat der Reichsarbeitsminister folgenden **Erlaß gegen Ueberstundenarbeit** herausgegeben:

„In meinem Rundschreiben vom 24. August 1926 — IV 10716/26 — habe ich darauf hingewiesen, daß die Minderung der Erwerbslosigkeit, die mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung erstrebt wird, nicht erreicht werden kann, wenn die vermehrte Arbeitsgelegenheit durch Ueberstunden der vorhandenen Belegschaft aufgelogen wird. Ich habe daher gebeten, einer ungesunden Zunahme der Ueberstunden entgegenzuwirken.

Eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes wird jedoch nur erreicht werden, **wenn auch jede andere Arbeitsgelegenheit außerhalb des Arbeitsbeschaffungsprogramms zugunsten der Erwerbslosen ausgenutzt und Ueberstundenarbeit allgemein nur in dem unbedingt notwendigen Maße ausgeführt wird.** Sicherlich ist die Ueberarbeit nicht ganz vermeidbar, und zur Bewältigung eines ganz vorübergehenden Arbeitsbedarfs wird dem Arbeitgeber die Einstellung neuer Arbeitskräfte nicht zugemutet werden können. Allein in zahlreichen Fällen hat die zu erledigende Mehrarbeit einen so großen Umfang und ist voraussichtlich von so großer Dauer, daß es nicht gerechtfertigt wäre, sie als Ueberstundenarbeit ausführen zu lassen. Auch in Fällen, in denen es sich um einen zwar vorübergehenden, aber zu bestimmten Tagen vorauszusehenden Mehrarbeitsbedarf handelt, wird zu prüfen sein, ob ihm nicht durch Einstellung von Aushilfskräften für diese Tage oder durch Beschäftigung einer vermehrten Arbeitnehmerzahl derart, daß ihrer Mehrarbeit zu bestimmten Zeiten eine Minderarbeit zu anderen Zeiten entspricht, begegnet werden kann.

Ich bitte daher ergebenst, die Gewerbe- und Bergaufsichtsbeamten anzuweisen, bei der Bewilligung von Arbeitszeitverlängerungen mit äußerster Vorsicht vorzugehen und bei der Prüfung, ob solche „aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen geboten" sind (§ 6 der Arbeitszeitverordnung), die gegenwärtige ungünstige Lage des Arbeitsmarktes mit zu berücksichtigen. . . . Ueberstundenarbeit muß vor allem bei Regiearbeiten, aber auch bei allen Vergebungen öffentlicher Stellen ausgeschlossen werden, soweit nicht technische oder organisatorische Gründe ausnahmsweise entgegenstehen. Neue Arbeitskräfte dürfen **nur durch Vermittlung der Arbeitsnachweise** beschafft werden. Hierbei wird es sich ermöglichen lassen, insbesondere auch ältere Arbeitskräfte einzustellen . . ."

Dieser Erlaß wird selbst von der SPD.-Presse („Volksbote" vom 22. November 26) als „ungenügend" bezeichnet, der u. a. schreibt: **„Nach den bisherigen Erfahrungen wird niemand erwarten, daß durch diesen Erlaß der Ueberstundenunfug ernsthaft eingedämmt werden kann."** Was aber schlägt der „Volksbote" statt dessen vor? — Das Notgesetz des ADGB., welches genau so wenig praktischen Erfolg haben kann, wie der Ueberstunden-Erlaß des Arbeitsministers, weil die Garantien für Einhaltung der im Interesse der Betriebstätigen und Erwerbslosen liegenden **Durchführung des Achtstundentages nur im außerparlamentarischen Kampf auf möglichst breiter Basis** liegen, und — weil das Notgesetz des ADGB. überhaupt kein Achtstundentag-Gesetz ist!

Betrachten wir nur einige Paragraphen:

„§ 4. Die für den Gesamtbetrieb zulässige Dauer der Arbeitszeit kann durch Tarifvertrag für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer um höchstens eine Stunde, für männliche Arbeitnehmer über 16 Jahre um höchstens zwei Stunden täglich in folgenden Fällen überschritten werden:

1. Bei Arbeiten zur Bewachung der Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist;

2. bei Arbeiten, bei denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebes arbeitstechnisch abhängt;

3. bei Arbeiten zum Be- und Entladen von Schiffen in Städten und zum Be- und Entladen sowie zum Verschieben von Eisenbahnwagen, soweit die Mehrarbeit zur Vermeidung oder Beseitigung von Verkehrsstockungen oder zur Innehaltung der gesetzten Ladefristen notwendig ist;

4. soweit der Tarifvertrag die Einzelheiten nicht regelt, sind sie mit der Betriebsvertretung zu vereinbaren. Kommt eine Einigung nicht zustande oder besteht keine Betriebsvertretung, so ist der **gesetzliche Schlichtungsausschuß anzurufen, welcher bindend im Rahmen der Bestimmungen des Tarifvertrages die notwendige Ueberarbeit bestimmt.**

Die Arbeitszeit darf auch bei Anwendung der in den vorangehenden Paragraphen zulässigen Ausnahmen einschließlich der Arbeitsbereitschaft **zehn Stunden täglich nicht überschreiten.**

Weibliche Arbeitnehmer sind auf deren Wunsch (!) während der Schwangerschaft und der Stillzeit von einer die Grenze des Achtstundentages überschreitenden Arbeit zu befreien.

Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erlässt der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer."

Dieser ADGB.-Entwurf **sanktioniert also den 10-Stundentag** und ist wahrlich ein neuer Beweis dafür, um welchen Verrat an der Arbeiterschaft die Reformisten den **Eintritt in die Große Koalition** zu erkaufen entschlossen sind!

Bei uns in **Mitteldeutschland** steht in fast allen Industrien die Frage des Kampfes **gegen die Ueberstundenschieberei und für den Achtstundentag** durch Arbeitszeitabkommen-Kündigungen und neue Unternehmervorstöße auf der Tagesordnung. **Erwerbslose, Betriebstätige, Gewerkschaftler!** Bei Euch liegt die Entscheidung, ob es vorwärts oder rückwärts gehen soll mit der Arbeiterbewegung. Der **Landeskongreß der Werktätigen** war ein guter Schritt vorwärts. Sorgt für weitere!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0009

Aus der Provinz

Ein deutscher Buchdrucker

schreibt aus der Sowjetunion

(Uebermittelt vom „Proletarier Esperanto-Presidienji")

Das hätte ich mir wirklich nicht träumen lassen, daß ich hier in der Sowjetunion bleiben würde. — Nach der Schlußsitzung des 6. Weltkongresses des proletarischen Esperanto-Weltbundes „Sennacieca Asocio Tutmonda" (SAT.) im „Dworez Truda" (Palast der Arbeit) in Leningrad am 10. August 1926 sind wir zuerst in einer größeren Gruppe — Genossen aus Deutschland, England, Schweden, Ungarn und anderen Ländern — nach Moskau gefahren. Die nicht sofort wieder ins „teure Vaterland" zurück mußten, haben sich von dort aus über das ganze große Gebiet der Sowjetunion verstreut. So traf ich gegen Ende August mit dem Wolga-Dampfer „Komsomolez", von Nischnij-Nowgorod kommend, in Saratow ein und fand hier in Pokrowsk (Hauptstadt der „Autonomen Sozialistischen Räterepublik der Wolgadeutschen") ganz wieder Erwarten „Kunji".

Nach der Revolution hat man die im Gebiete der Wolga-Republik verstreuten kleinen Buden (Druckereien) „eingesammelt" und daraus eine große Druckerei „Deutscher Staatsverlag" — Kempofsbat — zusammengestellt. Als die Genossen erfuhren, daß ich in Deutschland keine Arbeit habe, wurde mir sofort „Kunst" angeboten. Erst hatte ich noch keine richtige Lust — die Sonne schien noch so schön — und schon arbeiten — — —

Doch nachdem ich alles in Betracht gezogen hatte, besonders, da es im „teuren teutschen Vaterland" doch — — — ist, entschloß ich mich, zu bleiben. Am 1. September stand ich bereits am Setzkasten.

Für den ersten halben Monat habe ich heute meinen Lohn erhalten: 53,75 Rubel (ca. 110 Rt.). Doch weil ich schon 20 Rubel „Schuß" hatte, bekam ich nur noch 33,75 Rubel — immer noch genug. Für volle Kost zahle ich pro Monat 30 Rubel, für Logis 10 Rubel. Ich wohne bei einem esperantistischen Freund und fühle mich so ganz wohl.

Die Arbeitsbedingungen sind für uns etwas sonderbar. Man muß pro Tag eine „Norm" (8000 Buchstaben) setzen. Für eine Norm pro Tag beträgt der Monatsverdienst 34 Rubel. Zwecks einfacherer Rechnung sind zwischen unserer Administration und uns Einheitspreise pro Seite festgesetzt. Zum Beispiel für eine Seite: 5 × 8 Kontordanz 0,85 Rubel; 6 × 11 Kontordanz 1,25 Rubel; 7 × 12 Kontordanz 1,60 Rubel. Diese Preise sind nach kompressen (undurchschossenen) Korpustext plus Aufschlägen für Haus- und Autoren-Korrektur und Maschinenrevision berechnet. Auch sind mit eingerechnet Prozente für gemischten Satz (Titelseiten, mathematische Zeichen u. ä.). Für eine Seite der genannten Größe wird nun der festgesetzte Preis bezahlt, ohne Rücksicht darauf, ob Petit, Korpus, Cicero oder anderer Satz, ob Tabellen, Klischees, oder ob die Seite ganz leer ist. Zum Beispiel habe ich im verflossenem halben Monat eine Broschüre gesetzt. Format 6 × 11 Kontordanz, Korpus durchschossen, Kolumnensiffer der letzten Seite 43, also 43 × 1,25 Rubel — 53,75 Rubel.

Ich stehe in der Abteilung für deutsche Broschüren. Wir sind 9 Kollegen, außer einem ungarischen Genossen (Pol-Emigrant) sind alle Wolgadeutsche. Während des ersten halben Monats habe ich für mich allein gearbeitet; jetzt bin ich im „Kollektiv". In diesem „Kollektiv" wird folgendermaßen gearbeitet: Alle von uns geleistete Arbeit wird zusammengerechnet und die Gesamtsumme zu gleichen Teilen unter den Kollektivmitgliedern verteilt. So ist es ausgeschlossen, daß einer „Speck" hat und ein anderer, der vielleicht gerade Tabellen bekommt, kaum sein Minimum (Norm) erreicht. Der Durchschnittsverdienst bei dieser Arbeitsweise ist monatlich 100 Rubel — bei sechsstündiger Arbeitszeit! Da die festgesetzte Höchstleistung zwei Normen sind (also nur 108 Rubel verdient werden dürfen) und dieselben bei dieser kollektiven Arbeitsweise in 6 Stunden geleistet werden können — „Speck" gibt es genug — arbeitet unsere Abteilung nur von 8 bis 2 Uhr. Ist ist sehr angenehm. In unserem „lieben Vaterland" dürfen wir uns das nicht erlauben. Da würde man nichts eiligeres zu tun haben, als die Norm zu erhöhen bzw. den Akkordlohn zu reduzieren.

Es wird also nur die geleistete Arbeit bezahlt; deswegen ist eine Kontrolle überflüssig. Hier sind die produktiv Arbeitenden die Herren und deshalb brauchen wir auch keine Aufsicht, außer unserer eigenen. Es kann nicht passieren, wie in Deutschland, daß ein „Vor", dessen Aufgabe nur darin besteht, die Hände auf dem Rücken durch die Bude zu spazieren, einem zuspätkommenden Kollegen Vorhaltungen darüber macht. Lediglich den Kollektivkollegen gegenüber ist man verpflichtet, Rechenschaft abzulegen und Versäumnis nachzuholen.

Peter Klopfleisch.

Das Krisenfürsorgegesetz

Die Wittenberger Erwerbslosen für Ausbau der Erwerbslosenfürsorge

Am 16. November fand im Gewerkschaftshaus in Wittenberg eine gutbesuchte Erwerbslosenversammlung statt, in der Kollege Behnke ein Referat hielt über die wirtschaftliche Lage. Er ging besonders ein auf das Krisenfürsorgegesetz und trat den Illusionen entgegen, die die SPD. und reformistischen Gewerkschaftsführer den Erwerbslosen immer wieder einzuimpfen versuchen. Nach Schilderung der Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung, schloß Kollege B. mit anfeuernden Worten und der Mahnung, nicht nachzulassen im Kampf um unsere Rechte. Starker Beifall folgte den lehrreichen Ausführungen.

Kollege Schuster gab dann einige Beispiele aus seiner Tätigkeit als stellvertretender Deszernent für die Erwerbslosenfürsorge bekannt. Er wandte sich scharf **gegen das aufsuchende Denunziantenwesen**, das eines ehrlichen Arbeiters unwürdig sei. Es sei das Recht eines jeden Erwerbslosen, durch Nebenarbeit etwas zu verdienen; niemand könne ihm deswegen die Unterstützung kürzen.

Kollege Pottschulte unterstrich diese Ausführungen und schnitt auch die **Frage des Mitwirkungsrechtes bei der Wohlfahrtspflege und Arbeitsverteilung durch den Erwerbslosenausschuß** an. Kollege Behnke betonte, daß die kommunistische Fraktion bereits Schritte in dieser Beziehung unternommen hatte. Kollege Proschewitz erblickte hierin eine Gefahr, so wünschenswert auch die Mitwirkung an sich sei. Nach Hinweis auf die Landeskonferenz der Werktätigen in Halle und Erledigung einiger Anfragen und Beschwerden sowie der Aufforderung, zahlreich zu der am Abend stattfindenden Stadtverordnetenversammlung zu erscheinen, wurde die Versammlung geschlossen.

Verstärkter Bau von Landarbeiterwohnungen? Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur verstärkten Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen zugeleitet mit der Bitte, die gutachtliche Aeußerung des Staatsrates mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Vorlage möglichst bald herbeiführen zu wollen. In dem Gesetzentwurf wird ein Betrag von **zehn Millionen Mark zur verstärkten Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen** aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge angefordert. Wie der Amtliche Preußische Presdienst der Begründung entnimmt, entspricht der Gesetzentwurf dem Beschlusse des Landtags vom 8. Juli d. J. Das Ziel der Maßnahme ist die Ablösung ausländischer Landarbeiter und deren Ersatz durch deutsche Arbeitskräfte. Als Bauprogramm für die nächsten Rechnungsjahre **sind 12 500 Wohnungen jährlich vorgesehen. Bei Gewährung eines** Tilgungsdarlehens von rund 6000 Mk. je Wohnung bedeutet das Bauprogramm für das Reich und Land eine finanzielle Belastung von 75 Millionen Mark jährlich, wovon auf Preußen die Hälfte mit 37 500 000 Mark entfällt. Da im laufenden Rechnungsjahre der vorgeschrittenen Jahreszeit wegen nur ein Bruchteil des Jahresbauprogramms durchgeführt werden kann, ist für diesen Zeitraum die Bereitstellung eines Betrags von 10 Millionen Mark ausreichend.

Die Einheitsfront der Schieber

Die Verhandlungen der Elag mit Wanß & Freytag — Alles in Ordnung

Von Lebrecht Geduldig

(Fortsetzung aus den Nummern 253, 258, 259, 272, 275)

An der „Einigungsverhandlung" nahmen teil seitens der Elag Direktor Schneider, Direktor Hille und Direktor Risso, seitens der Fa. Wanß & Freytag Direktor Dr. Weidert (Berlin), Direktor Karl Aug. Einbeck (Halle) und Prokurist R. Brandstetter (Halle). Der „Verwalter öffentlicher Gelder", Hille, hatte mir gesagt, die Elag-Verwaltung würde mich mit den Wanß & Freytag-Leuten konfrontieren, falls diese sich auf die Hinterbeine stellten. Deshalb hielt ich mich sofort „greifbar", wurde aber, da ich mich etwas verspätete, von einer Sekretärin, die über den Zweck nicht informiert schien, neben die Tür des Sitzungszimmers gesetzt. Die Doppeltür hatte eine vorsügliche Akustik und ich hörte ungewollt zu meinem größten Erstaunen, daß

nicht über die Schiebung und die diversen Betrügereien, sondern über meine Unschädlichmachung verhandelt wurde.

Nach einer halben Stunde ließ ich mir ein anderes Zimmer anweisen, denn es war bei dieser Schlage nicht nötig, daß die „ehrlichen Makler" mich als stillen Teilhaber ihrer Komödie fanden. Die Verhandlung zog sich furchtbar in die Länge, zuletzt verschwand auch die Putzfrau, und ich befand mich allein in den weiten Räumen. Aus Langeweile zählte ich die Garderobe der Verhandlungsteilnehmer und war wieder erstaunt, sieben statt sechs festzustellen. Hille hatte mir einige Wochen vor der Verhandlung entrüstet mitgeteilt, Direktor Einbeck habe ihm nahegelegt, zu der Schlußverhandlung das Aufsichtsratsmitglied, Landesbaurat Zier, das die Interessen der öffentlichen Hand wahrzunehmen hat, hinzuzuziehen. Er (Hille) habe sich diese Unverschämtheit telephonisch ganz energisch verbeten. Die Sache sei so, daß Landesbaurat Zier sich eine Villa bauen wolle und Wanß & Freytag sich warm um den Auftrag bemorben hätten. Als er Landesbaurat Zier aber anläßlich der Benutzung seines Dienstzimmers mitgeteilt habe, bei der Fa. Wanß & Freytag seien Unregelmäßigkeiten vorgekommen, da habe Landesbaurat Zier sofort die Auftragserteilung an Wanß & Freytag abgelehnt. Wie ich später aus glaubwürdiger Quelle erfuhr, soll Landesbaurat Zier trotzdem an der Verhandlung teilgenommen haben.

Da Landesbaurat Zier

Dezernent des Elektrizitätswesens

der Provinzialverwaltung ist, hat er selbst nach meiner unmaßgeblichen Meinung das größte Interesse daran, jeden Zweifel über seine Beteiligung an den Verschuchungsmanövern der Elag-Verwaltung aus der Welt zu schaffen, bevor das Landgericht in Naumburg sich mit der Sache beschäftigt, **denn lediglich mit den Interessen**

Der 24. Dezember

ist meist der **einzigste Tag** im Jahr, an dem die politischen Gefangenen ein Paket empfangen dürfen.

Sammelt für die Pakete Geld, Lebensmittel und Rauchwaren!

Ein Weihnachtspaket jedem politischen Gefangenen!

---

der „öffentlichen Hand" — Republik Preußen, Republik Sachsen-Anhalt, Provinz Sachsen — **wurde Schindluder gespielt.** Die einzige privatwirtschaftliche Aktionär der Elag, die Continentale Gas-Gesellschaft Dessau, ist praktisch in der Lage, sich durch das Zustandekommen mit der Elag für derartige Raterschläge schadlos zu halten. **Die öffentliche Hand aber setzt sich aus der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten, deren Einkommen von der Steuer restlos erfaßt wird, und der kleinen Gewerbetreibenden und Händler zusammen, die über keinerlei Rückversicherung gegen den ungeheuren Steuerdruck verfügen.**

Die jener verdienten Steuergroschen sind doch letzten Endes nicht dazu da, um in einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen durch eine skrupellose Verwaltung zugunsten einiger Schieber verpulvert zu werden.

Das größte Interesse an einer restlosen Aufklärung müßten aber die Vertrauensleute des „souveränen" Volkes zeigen, die als Mitglieder des Aufsichtsrats der Elag die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, die Interessen der Steuerzahler rücksichtslos wahrzunehmen. Bis heute hat weder Landeshauptmann Hübner, noch Oberbürgermeister Rive, noch Oberbürgermeister Beims mit einem Wörtchen öffentlich Stellung zu diesem ungeheuerlichen Skandal genommen. Als ich den Landeshauptmann ein volles Jahr nach erfolgter Aufdeckung aufsuchte, war meine erste Frage, ob er über die Angelegenheit informiert sei. Der Landeshauptmann verneinte uneingeschränkt und machte mit den Vorschlag, Landesbaurat Zier als Dezernenten des Elektrizitätswesens zu unserer Unterhaltung zuzuziehen, was ich meinerseits glatt ablehnte, weil ich aus der Verneinung des Landeshauptmanns klar erfah, daß Landesbaurat Zier es unterlassen hatte, seinen Vorgesetzten zu informieren, trotzdem ihm die Angelegenheit bekannt war.

Zurück zur Vertuschungsverhandlung.

Nach zirka dreistündiger Verhandlungsdauer erschien der „Verwalter öffentlicher Gelder", Bernhard M. Hille, und teilte mir aufgeregt und unsicher mit, es habe sich herausgestellt, daß nicht die Elag, sondern Wanß & Freytag die Geschädigten seien. Als ich ihm zu verstehen gab, er möchte mich nicht „verappeln", sagte er einschränkend hinzu, eine Ersatzpflicht der Fa. Wanß & Freytag liege sich juristisch nicht festlegen. Auf jeden Fall hätten Wanß & Freytag ein großes Interesse daran, die Sache restlos aufzuklären und möchten sich mit mir darüber unterhalten, ob ich dazu bereit sei. Ich sagte zu, Herr Hille schoß in das Sitzungszimmer zurück und ich konnte ihm noch nachrufen: „Aber nur, wenn es sich um eine gerade Sache handelt," was er als Selbstverständlichkeit zusicherte. Darauf wurde die Vertuschungssitzung geschlossen, sämtliche Teilnehmer verschwanden geheimnisvoll, bis auf die Elag-Direktoren Hille und Risso, die versuchten, mir, um meine Position zu erschüttern, einige Freiheiten aufs Butterbrot zu schmieren: meine Tätigkeit für die Elag sei hiermit beendet, die weitere Untersuchung würden Wanß & Freytag gemeinsam mit mir veranlassen; übrigens hätten Wanß & Freytag behauptet, meinerseits sei geäußert worden, ich würde die ganze Sache niederschlagen, wenn ich 10 Prozent erhielte, ferner hätte ich auf großem Fuße gelebt. Ich legte dem „Verwalter öffentlicher Gelder" nahe, daß Wanß & Freytag noch ganz andere unverantwortliche Dinge in die Welt gesetzt hätten, ich hätte mich sodann drei Stunden lang gelangweilt, ohne daß er mich den Herren wegen dieser oder anderer Behauptungen gegenübergestellt hätte. Hätte die Elag übrigens jetzt, da sie als Geschädigte nicht (?) in Betracht komme, sicher kein Interesse mehr an der Sache? Dieser Anwurf zog sofort: Hille und Risso wehrten mit Händen und Füßen ab und erklärten, sie hätten selbstverständlich an einer restlosen Klärung des größte Interesse und ich möchte sie doch ja auf dem laufenden halten. Hille fügte noch hinzu, er habe bei Wanß & Freytag keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich meiner Sache sicher sei und gegebenenfalls voll dafür eintreten würde. Einbeck sei in der Sitzung sehr schlecht abgeschnitten und habe sich von dem Berliner Direktor Dr. Weidert allerlei Schmeicheleien sagen lassen müssen. Einbeck sei dann vor Ende der Sitzung ziemlich „bedebbert" abgezogen. Es sei ein schwerer Kampf (lies bitte: Krampf) gewesen und er habe jetzt mächtig Hunger. Der Hinweis auf seinen mächtigen Hunger war bei Hille ständig das Signal zum Abbruch der Unterhaltung.

Da ich keine Fettbemme bei mir hatte, verabschiedeten wir uns, in Erwartung, welche weitere Gestaltung Wanß & Freytag Angelegenheit geben würden. Einige Tage später lud Dr. Weidert mich zu einer

Unterhaltung mit dem Berliner Direktor von Wanß & Freytag Dr. Weidert, in das Hotel „Hohenzollern".

Statt des Akademikers erschien aber der Pfälzer Johannes Krapp (Berliner Direktion) und Brandstetter selbst. Wir begrüßten trocken und ich rauchte meine eigenen Zigaretten. Krapp eröffnete den Palaver, indem er in seinem echt Pfälzer Dialekt mit der Tür ins Haus fiel.

„Was verlange Sie denn für die Sache?"

Worauf ich ihn in aller Ruhe bat, mich einmal genauer anzusehen. Auf seinen erstaunten Blick fragte ich ihn, ob er mich für einen Erpresser á la M. hielt. Worauf er meinte: „Davon war gar kei Red net, aber Sie wolle doch net sage, daß Sie net nur aus ideelle Gründe gemacht habe." Ich bat Sie, meine Motive keine Kopfschmerzen zu machen, sondern mir zu sagen, zu welchem Zwecke die Fa. Wanß & Freytag, die durch meine Tätigkeit für die Elag nur geschädigt sein, mich herantrete. Für meine Behauptungen trete ich voll und ganz in meiner Person ein, alle anderen Erzählungen seien für mich Flockerzi habe geschoben, Weier habe erpreßt und Einbeck Prokurist Seyer (jetzt bei Carl Lingeseben) hätten [illegible] wußt. Als Johannes Krapp sah, daß ich nicht, wie ein Taschendiebskomplice „platt" zu machen war, legte er eine Walze auf. Wanß & Freytag sei mir zu großem Dank verpflichtet, weil ich das System einmal aufgezeigt hätte.

Flockerzi sei ein tüchtiger Mensch, er sei einem Erpresser in die Hände gefallen,

habe sich, um diesen abzumimmeln, von der Firma ein Darlehen geben lassen, und dann habe er in seiner Bedrängnis um das Darlehn zurückzahlen zu können, die Unterschlagung gemacht. Ich machte Krapp darauf aufmerksam, daß die Unterschlagung der Grund zur Erpressung der Firma gewesen sei. Der Seiger habe die Sache geregelt und Flockerzi lediglich „ehrlichen Makler" benutzt. Worauf Brandstetter ganz [illegible] gänger Seiger habe ihm einen schönen Schlamassel [illegible] Krapp wollte mit Gewalt wissen, was ich von der Elag [illegible] reip. versprochen bekommen hätte. Ich verweigerte die Antwort und wies darauf hin, daß ich keinerlei Forderungen an [illegible] gestellt hätte, übrigens müßte die Fa. Wanß & Freytag [illegible] sen, wie sie ihre Dankbarkeit ausdrücke, Zahlen würde [illegible] nehmen, sondern kritiklos nehmen, was mir freiwillig [illegible] würde. Krapp bohrte immer wieder, mich zur Stellung einer Summe zu bringen, er wollte wissen, was ich früher verdient [illegible] ich stellte ihm anheim, das aus den Blindgangerbüchern zu stellen.

Darauf bot mir Krapp 1500 Mark von Wanß & Freytag,

die ich kritiklos annahm. Der „Form halber" sollte [illegible] eine Quittung formulieren, ich übernahm aber selbst [illegible] mulierung. Die Herren baten mich allerdings, die Sache [illegible] zu behandeln und nicht unter den Angestellten zu nachrichten. Einer Unterredung mit dem „Verwalter öffentlicher Gelder", Direktor Hille, legte ich diesem das Ergebnis der [illegible] bereits durch Wanß & Freytag informiert, meinte 1500 [illegible] ja etwas schädig, immerhin sei ich jetzt ein kleiner [illegible] gestattete mir, ihn als Referenz aufzugeben, wer [illegible] Flockerzi von Wanß & Freytag weiter beschäftigt wird [illegible] hatte ihn nach — — — Tillit versetzt. Hille [illegible] schied, ich **möchte keine Schiebungen mehr aufdecken**, das [illegible] den Charakter. Damals konnte ich das nicht ganz verstehen [illegible] Gaunern, die ich entlarvte, war ich gewohnt, daß sie mir [illegible] „Charakter", „Ehre und Gewissen" und „fleckenloser weißer [illegible] operierten, sobald es ihnen an den Kragen ging. Wie ich [illegible] walter öffentlicher Gelder", dem ich half, diese zu retten, [illegible] solchen Rücksichten kam, war mir damals schleierhaft. [illegible] berlebe eingesehen, daß das Klima in der Nähe der Naumburger Staatsanwaltschaft seinem „Charakter" unzuträglich ist, [illegible] deshalb von seinem Freunde, Geheimrat Hoe, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Elag, einen

Direktorposten bei den Junkers Flugzeugwerken

in — — — Konstantinopel besorgen lassen. Bevor [illegible] zur Elag kam, wurde er von einem süddeutschen, mit [illegible] Unternehmen wegen Unregelmäßigkeiten entlassen, und [illegible] sem Falle war es der Generaldirektor der Conti-Gas [illegible] Hille bei der Elag unterbrachte, trotzdem ihm der Ent[illegible] zung bekannt war. Nicht alle Zonaleure fremder Schieber [illegible] so selbstlose, treue Freunde. Ohne Zweifel wird Herr [illegible] Niveau des türkischen Geschäftsgebarens ganz bedeutend [illegible] und gleichzeitig „das Ansehen des Deutschtums im Ausland [illegible] dern." Hille findet

in Konstantinopel auch seine geliebte Fa. Wanß & Freytag

wieder, denn diese ist nicht nur von der Stadt Halle mit [illegible] bauten und mit dem Umbau der Cröllwitzer Brücke [illegible] worden, sondern hat in Konstantinopel die ganze Kanalisation [illegible] per — — — legen. Allerdings gehört der Oberbürgermeister [illegible] Konstantinopel nicht dem Aufsichtsrat der Elag an, [illegible] Oberbürgermeister von Halle, Herr Rive. Die [illegible] träge an die Fa. Wanß & Freytag sind vergeben worden [illegible] dem Herrn Rive die während der Bautätigkeit für [illegible] vorgekommenen Schiebungen nicht unbekannt [illegible] waren. Wenn Herr Oberbürgermeister Rive hierzu eine [illegible] lung nehmen will, so bin ich überzeugt, daß die Redaktion [illegible] „Klassenkampf" ihm bereitwilligst eine Spalte zur Verfügung stellen wird.

(Fortsetzung folgt.)

Merseburg-Querfurt

Wirtschaftsbeihilfe für Arbeiter und Angestellte

Der Magistrat in Merseburg schwimmt im Gelde — Für die Arbeiter und Angestellten hat er aber nichts übrig

Wie in der Reichspolitik, verschärfen sich auch in der Politik Magistrats der Stadt Merseburg fortwährend die Widersprüche. Ausbeutung der Massen der armen Konsumenten. Die Stadtverordnetenversammlung hat das erneut bewiesen. Der Magistrat auf Antrag des Magistrats beschlossen werden über

die Erlassung der Gewerbesteuer für das letzte Vierteljahr

da bei dieser Steuer zirka 100 000 Mk. mehr eingekommen [illegible] veranschlagt war. Angesichts des Geldüberflusses beim Magistrat hatten aber die städtischen Arbeiter und Angestellten [illegible] Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

„Die am 15. November 1926 tagende, besonders gut besuchte Mitgliederversammlung der gelernten städtischen Arbeiter und Angestellten bittet die Stadtverordnetenversammlung, bei Beratung der Vorlage des Magistrates zu beschließen, der Gewährung an die diesigen Gewerbetreibenden, einen Antrag zu stellen, [illegible] doch vor allen Dingen den städtischen Arbeitern und Angestellten [illegible] die hohen Gewinne der Werke erarbeitet haben) eine Wirtschaftsbeihilfe [illegible] Verheiratete 100 Mk und für Ledige 75 Mk. — gewähren [illegible]

In diesem Jahre ist infolgen eine Wirtschaftsbeihilfe unmöglich, da bei den letzten Lohnverhandlungen der Staats- und Gemeindearbeiter [illegible] Arbeitgeberverband einer Lohnerhöhung nicht beitreten konnte, [illegible] forsch hätte, den Arbeitnehmern eine Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0010

Kommunistischen Fraktion übernahm und vertrat diesen Antrag Stadtverordnetenversammlung. Nachdem der Oberbürgermeister Hertzog nach Monier der mederträchtigsten Ausbeuter der Arbeiten und Angestellten auch nur einen Pfennig bewilligen zu lassen, trotzdem der Magistrat im Geldüberfluß schwamm, kam es zu scharfen Angriffen seitens der kommunistischen Genosse Koenen wies ihm nach, daß der Magistrat die städtischen Arbeiter rücksichtslos ausbeutet, sondern die übrige Arbeiterschaft als Gemeindemitglieder zweiter Bedeutung behandelt würden. Arbeitslose würden

mit wöchentlich 6 Mark vom Wohlfahrtsamt

abgefunden. Die Erwerbslosenunterstützung wurde hier nur 26 Wochen gegenüber 39 und 52 Wochen in anderen Gegenden. Invaliden, Witwen und Waisen sind gezwungen, das erbärmliche Leben zu führen, da der Magistrat die Herabsetzung der Unterstützungen mit veranlaßt hat. An Fürsorge wird alles gespart und verhindert, was nicht zwangsweise durchgeführt werden muß. Dabei preßt man mit dem System Hertzog aus den Arbeitern und Angestellten sowie den Massen der armen Rentnerinnen

jährlich über 150 000 Mark Profit

durch die kapitalistische „Bewirtschaftung" der städtischen Einzelnen Großbetrieben werden dafür jahrelang Nieren gestundet, ohne daß der Stadt auch nur das allergeringste bekommen hat, auf das allen Arbeitern bekannte unwirtschaftliche Schlußsichtbarten solcher Schuldner entscheidenden Einfluß zu nehmen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Stadt und den schamlosen Pressen, die der Magistrat von den kleinen Rentnern von Strom und Gas erhebt, ist die Erlassung der

gleichen Verhöhnung der großen Mehrheit der Einwohnerschaft.

Wie sehr gekennzeichnet wird der Zynismus des Oberbürgermeisters Hertzog durch die Tatsache, daß die erhobenen Gewerbesteuerende von den Parteien der Gewerbetreibenden selbst beschlossen worden waren.

Die bürgerlichen Parteien, mit Freiberger und Teller an der Spitze, gestehen sich außerordentlich in der Rolle, solche Anträge unterstützen zu dürfen. Nur die Sozialdemokraten haben ihre kleine und große Koalition im Stich, denn die waren so öffentlich. Dafür mußten sie sich eine entsprechende Behandlung von seiten ihrer bürgerlichen Partei gefallen lassen. Bei der Gier, mit der die Vertreter ihren flachsten Materialismus betriebigen, war es verständlich, daß sie den Anträgen des Profit-Herzogs zustimmen und die kommunistischen Anträge, Wirtschaftsbeihilfe für städtischen Arbeiter, ablehnten.

Es bleibt jetzt aus der Sitzung nur noch erwähnt, daß unser Genosse Fauß als Ersatzmann eingeführt wurde. Für die Vertretung der Stadt an der Finanzierung des

Bahnbaues Zöschen—Leipzig

haben schließlich alle Fraktionen, nachdem Genosse Koch für die kommunistische Fraktion verlangt hatte, daß alles daranzusetzen sei, eine höhere Beteiligung des Leunawerkes zu erreichen, da sich das erste und größte Interesse an dem Bahnbau habe. Es wird dem Herzog auch angenehmer sein mag, den Arbeitslosen sowohl wie möglich entgegenzukommen, so muß der Einwohnerschaft, auch der Händler, die von den Arbeitern leben, daß den Ausbeutern nur eine geschlossene Front der Arbeiter erfolgreich entgegentreten kann.

Nieder mit dem Ausbeutermagistrat!

Es sind schwer verdrückt. Vorige Woche verunglückte das Mädchen des Maurers Jenzsch dadurch, daß es an der Straßenbahnkreuzung Kleine Ritterstraße und Rudolfstraße, das Kleid der Kaffeetopf streifte und sich verbrühte. Das kochende Wasser ergoß sich über die Arme der Kleinen und brachten dem Mädchen schwere Verbrennungen bei.

Für die Einziehung und Beschlagnahme nichtlandwirtschaftlicher im Jahre 1927 finden die bisherigen Bestimmungen Anwendung. Die Bestimmungen sind in der Form geblieben wie im Vorjahr. Für Beschlagnahme von Ausländern sind bei den zuständigen Arbeitsämtern Ausschüsse gebildet, denen vom Reichsarbeitsministerium Richtlinien zugewiesen. Die Beschlagnahme ausländischer Arbeitskräfte ist gesetzlich Genehmigung zu treffen.

Beim Bezirk der Schiedsrichter für Feuerbestattung Halle, Saalkreis, außerordentliche Mitgliederversammlung im „Schützenhause". Auch Reichsministerin haben Zutritt.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Sonntag, Kinder als Brandstifter? Beim Landbesitzer Schwabe in Almerich brach ein Brand aus, der, nach einer Explosion, starke Rauchwolken emporwarf. Eine mit Stroh gefüllte Scheune des Genannten wurde ein Raub der Flammen. Es verlautet, Kinder hätten in einem benachbarten Gehöft, der Spreu entdeckt, und vielleicht ist das Feuer durch sie entstanden. Es muß der Ursache erst näher nachgeforscht werden.

Eine Arbeiterin schickt uns folgenden Bericht: Mein Kind ist an Grippe und sog mit gleichzeitiger Blutvergiftung am Fuß zu. Da mein Mann Kriegsbeschädigter ist und ich in keiner Kasse bin, war es mir nicht möglich, Hilfe zu holen. Am dritten Tage (am zweiten Tage war Sonntag) schickte ich ein Kind zum Armenpfleger, der aber Ausreden machte. Trotzdem mein Mann bei seinem Chef alle Angaben schriftlich hinterlassen hatte, brachte das am Morgen zum Armenpfleger gschickte Kind statt des am Vorabend ausgestellten Rezeptes sollte. Mein Mann ging am Morgen zur Polizei und zum Arzt. Aber der Herr Polizeiwachtmeister wollte den Antrag auf ärztliche Hilfe zurück. Der Arzt verlangte sofortige Ueberweisung ins Krankenhaus, da ich sterben sollte. Auch diesen Antrag auf vorläufige Bewilligung der Kosten bewilligte der Bürgermeister, der übrigens Kriegsteilnehmer ist, nicht. Auch beim Fürsorgevorsteher in Weißenfels, Herr Herbert, fand mein Gesuch kein Gehör, sondern dieser meinte, daß er der parteiische Beamte im Regierungsbezirk sein und auch bleiben will. So geht man mit armen Leuten um. Das ist aber auch der „Dank des Vaterlandes" für einen Kriegsbeschädigten „gewiß sein" sollte. Die Frau quält sich mit ihren Schmerzen herum. Einen SPD.-Bürgermeister und Fürsorgerat von 7000 Mark kümmert das nicht mehr.

Die rote Kampffront erhält Zuwachs. Die Werbearbeit unserer RFB.-Kameraden ist es gewesen in letzter Zeit eine Ortsgruppe eines RFB. zu gründen. In letzter Zeit hat die Ortsgruppe eine Versammlung abgehalten, dem ehemaliger Angehörige des Jungbo geschlossen und der RFB. begeistert sind. Diese Tatsache ist ein Beispiel dafür, was intensive Werbearbeit vermag zur Stärkung der roten Kampf- und Klassenfront.

In der letzten Erwerbslosenversammlung stand als erster Punkt die Haltung der Reichsregierung gegenüber den Erwerbslosen auf der Tagesordnung, die Kollege Lente berichtete ausführlich von dem bem leider nicht so guten Besuch aus, der Ausführungen erwecke, als ob die Erwerbslosen zufrieden wären, weil die famose Zulage von 10 bzw. 15 Prozent gibt. Er zeigte den Kuhhandel, der im Reichstag getrieben wurde, wie die Haltung der Deutschnationalen, die sogar 50 Prozent Zulage angenommen hatten, nicht, um den Erwerbslosen zu helfen, sondern nur

der bitteren Not der Erwerbslosen elenden Schacher zu treiben.

Die Rolle der SPD., die ihre eigenen Anträge niedergestimmt und der Diskussion beschwerte sich ein früherer Anarcho-Syndikalist, der nach langen Irrungen und Wirrungen — bei der KPD. konnte er nicht landen — in den Schoß der SPD. zurückkehrte, Bernhardt, daß man immer auf die SPD. schimpfe. Diese hatte doch eine geradezu kluge Politik getrieben (was ja selbst Bergholz nicht behauptet!), und man müsse zufrieden sein, daß es wenigstens zehn Prozent gebe. Er polemisierte auch gegen den Kongreß der Werktätigen. Genosse Benkwitz wies ihn zurück und ging noch auf andere Beispiele der traurigen Rolle der SPD. ein, so auf ihre Haltung im Zeitzer Stadtparlament. Nachdem noch einige Anträge an den Magistrat angenommen waren, schloß Kollege Leibel die Versammlung.

Weißenfels. Berliner „Olaf"-Gastspiel im Stadttheater. Die bereits angekündigte einmalige Aufführung des Sportschauspiels „Olaf" von Ernst Lothmann findet am Donnerstagabend 8 Uhr im Stadttheater Weißenfels statt. Das einbrachdelle Bühnenwerk wird von echten Sportlern dargestellt gespielt, die damit überall den nachhaltigsten Erfolg erzielt haben. Das Stadtgesundheitsamt und der Ortsausschuß für Jugendpflege, bei beiden öffentlicher Jugendversammlung die Aufführung eifrig empfehlen mit Nachdruck den Besuch der Vorstellung, für die das sehr niedrige Eintrittsgeld von 20 Pf. für Jugendliche und 50 Pf. für Erwachsene zugelassen worden ist. (Berufsschüler und schülerinnen sowie **Erwerbslose haben freien Eintritt.**)

Weißenfels. Eine öffentliche Jugendversammlung der älteren Jugend veranstaltet der Ortsausschuß für Jugendpflege am Donnerstag, dem 25. November, abends 8 Uhr, im Saale des Stadttheaters. Es findet allerdings keine Diskussion statt, es wird auch über nichts abgestimmt. Der Stadtjugendpfleger Hans Meister hat scheinbar Angst vor einer Aussprache und einer Reihe Zwischenfragen an den Jugend des Tages. Wie wäre es mit einer Resolution gegen das Schund- und Schmutzgesetz? Daran hält Mr. aus eigenen Reihen hervorgegangen einen Lichtbildervortrag über „Das erwachende China". Der Eintritt ist frei.

Zeitz. Gewerkschaftler! Freitag, 26. November, abends 7½ Uhr, im „Schützenhause" (kleiner Saal) Sitzung sämtlicher Gewerkschaftsvorsitzenden, Kassierer, delegierten, Betriebsräte und Vertrauensleute. Tagesordnung: 1. Bericht von der am 15. November in Halle stattgefundenen Gewerkschaftskonferenz. 2. Bericht den Vorgängen im Kattgau. 3. Geschäftliches und Verschiedenes. Alle Kollegen sind verpflichtet, bestimmt und pünktlich zu erscheinen!

Bitterfeld-Wittenberg

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Am Sonntag, dem 28. November, vormittags 9 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus" eine wichtige

Parteiarbeiterkonferenz

statt. Die Vorsitzenden der Ortsgruppen und Betriebszellen müssen zu der Konferenz unbedingt erscheinen.

USV. Bitterfeld-Wittenberg.

Friedersdorf. Motorradunglück. Am Sonnabend fuhr der Stellmacher Sch. aus Mühlbeck auf der Chaussee von Mühlbeck nach Bitterfeld mit seinem Motorrad einen Radfahrer Z. aus Bitterfeld, der mit noch zwei Personen vom Faßballspiel kam, so unglücklich an, daß dieser vom Rade fiel und sich so schwer verletzte, daß der Tod eintrat. Sch. hat nur leichte Verletzungen erlitten.

Jüchsenwitz. Der Potemkin-Film in Jüchsenwitz. Der beste Film, der — auch nach dem Urteil der Gegner — jemals hergestellt wurde, wird am Sonnabend, dem 27. November, in dem Lichtspielen Cafe Sport zur Aufführung kommen. Die gesamte werktätige Bevölkerung darf nicht versäumen, dieses revolutionäre Kunstwerk kennenzulernen. Nur rechtzeitiges Kommen! Kleiner Platz.

Bitterfeld-Kleinmittenberg. Ein Weihnachtsband der Rh. Die Ortsgruppe Bitterfeld-Kleinmittenberg der Roten Hilfe Deutschlands veranstaltet am Sonnabend, dem 27. November, abends 8 Uhr, im Saale des „Schützenhauses" Kleinmittenberg einen Weihnachtsband zugunsten der Weihnachtsbescherung aller Familien der heute noch hinter Kerkermauern schmachtenden Arbeiterkämpfer. Im Interesse dieser Selbsthilfeaktion ist es erforderlich, daß möglichst viele Proletarier sich an dieser Veranstaltung beteiligen, damit den Opfern der Klassenjustiz eine kleine Weihnachtsfreude zuteil wird. Wir haben darum die gesamte Einwohnerschaft zu diesem Abend recht herzlich ein. Einer für alle, alle für einen wird für echte proletarische Unterhaltung Sorge tragen. Unterstützt die Opfer der Klassenjustiz und kommt zahlreich! Es lebe die proletarische Solidarität.

Mansfelder Kreise

Unterbezirk Mansfeld

Am Sonntag, dem 28. November, vormittags 9 Uhr, findet bei Lewandowsky in Klostermansfeld eine wichtige

Kommunalkonferenz

statt. Alle kommunistischen Gemeindevertreter der Orte: Hettstedt, Burgörner, Großörner, Wiederstedt, Siersleben, Thondorf, Leimbach, Mansfeld, Klostermansfeld, Annarode, Siebigerode, Ziegelrode, Hergisdorf, Creisfeld, Wippra, Eisleben, Helfta, Wolferode, Wimmelburg, Unterrißdorf, Hedersleben, Polleben, Helfigenthal, Gerbstedt, Edderleben, Augsdorf und Helbra haben zu erscheinen. Die kommunistischen Kreisvorsitzenden des See- und Gebirgskreises müssen vollzählig vertreten sein. Die Genossen Betriebsräte und sonstige Parteiarbeiter werden aufgefordert, ebenfalls zur Konferenz zu erscheinen.

BL. Halle-Merseburg.

Gefängnis wegen Abtreibung

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde vor dem Eisleberner Schöffengericht gegen die Ehefrau Frieda P. wegen Abtreibung verhandelt. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. Gegen Zahlung einer Buße von 30 RM. wurde zweijährige Bewährungsfrist zugebilligt. — Fort mit den schändlichen Abtreibungsparagraphen!

Unterrißdorf. Wer ist der Uebeltäter? Durch den Artikel im „Klassenkampf" muß den Leisichen des hiesigen Luftsportbundes der Schreden in die Glieder gefahren sein, denn Frau Oberstleiter Laus wagte es nicht, die letzte Versammlung wieder in der Gastwirtschaft abzuhalten. Sie berief am Buß-tag eine Versammlung nach ihrer Wohnung ein, damit kein unberufenes Ohr hören konnte, was alles gerechet wurde. Sogar nun bei Grammophonmusik ein lebhaftes Rätselraten los, wer wohl dem ??? „Klassenkampf" alles so ausführlich berichtet habe. Da wollen wir ein wenig nachhelfen. Frau Oberstleiter Laus, sehen Sie mal unter ihren Mitgliedern nach, denn Sie haben sicherlich mehr rote als weiße Leisichen in ihrem Bande.

Torgau-Liebenwerda-Schweinitz

Berufungsverhandlung im Vogl-Merres-Prozeß

Am Dienstag begann vor dem Berufungsgericht in Torgau die Verhandlung in dem Prozeß gegen den ehemaligen sozialdemokratischen Landrat des Kreises Liebenwerda, Vogl, und seinen Sparkassendirektor Merres.

Vogl hatte vom Kreisausschuß die Ermächtigung bekommen, eine Summe bis zu 500 000 Mark auf Wechsel zu beschaffen, um ein großes Siedlungsgelände im Kreise Liebenwerda vom Fiskus zu erwerben. Durch Vermittlung des Sparkassendirektors Merres, der bei der Sache als Finanzberater des Landrats fungierte, wurde das Geld durch Berliner Makler von der Louisenstädtischen Genossenschaftsbank beschafft, die für die Hergabe von 500 000 Mark in bar von Vogl-Merres Wechsel des Kreises Liebenwerda im Gesamtbetrage von 1 Million Mark erhielt. Für den überschießenden Betrag von 500 000 Mark erhielt der Kreis Liebenwerda sog. Sicherheitswechsel ins Depot.

Kurze Zeit nach diesem Geschäft ging die Louisenstädtische Genossenschaftsbank in Konkurs. Die Wechsel des Kreises Liebenwerda in Höhe von einer Million waren in die Hände des Ruhrverbandes gelangt. Vogl und Merres, bestrebt, unter Vermeidung jeglichen Aufsehens und der damit für sie verbundenen Unannehmlichkeiten, sich aus der Patsche zu helfen, suchten nach Möglichkeiten,

durch große Finanzgeschäfte das Defizit des ersten Fehlschlages zu decken.

Sie gerieten an den Rügenwalder Wurstfabrikanten Schmidthals, der bereit war, einen der faulen Sicherheitswechsel bei der Hergabe eines größeren Kredites von der Kreissparkasse in Liebenwerda in Zahlung zu nehmen. Schmidthals bekam auch tatsächlich Wechsel der Kreissparkasse in Höhe von insgesamt 300 000 Mark, die von Vogl und Merres giriert wurden. Der Vorstand der Sparkasse und deren Bücher erfuhren von diesem neuen Geschäft nichts.

Kaum hatte Schmidthals das Geld, als die Geldgeber erfuhren, daß die Fleischfabrik in Rügenwalde still liege und sozusagen pleite sei. Neue Geldmittel mußten beschafft werden, wollte man einen Konkurs des Schmidthals vermeiden, bei dem die Liebenwerdaer alles verloren hätten.

Die ganzen Geschäfte aus der Verbindung der Kreissparkasse Liebenwerda mit der Louisenstädtischen Genossenschaftsbank und der Wurstfabrik in Rügenwalde haben Vogl und Merres so lange als möglich geheim gehalten.

Die ganze Affäre mit ihren vielfachen Unregelmäßigkeiten und Vergehen ist vom 28. September bis 10. Oktober 1925 Gegenstand einer Verhandlung vor dem Torgauer Gericht gewesen. Damals wurde nach einer sehr ausgiebigen Verhandlung der Angeklagte Vogl zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wegen erwiesener Untreue im Amte. Merres erhielt vier Monate zwei Wochen Gefängnis wegen Untreue und Beiseiteschaffung einer Urkunde. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt und auch die Verurteilten Berufung eingelegt, die nunmehr verhandelt werden soll.

Für die Berufungsverhandlung sind etwa acht Tage vorgesehen. Es ist eine Anzahl neuer Zeugen geladen.

Die ganze Sache hat insofern ein neues Gesicht erhalten, als Merres inzwischen vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Amtsunterschlagung (Provisionsschwindel) bei Vollziehung des Geschäfts mit der Louisenstädtischen Genossenschaftsbank, das der Anlaß zu allen weiteren Vergehen war, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Mit diesem Urteil wurde erwiesen, daß Merres bei dem seltsamen Purpgeschäft am verdient hat — was im Kreise Liebenwerda immer geargwöhnt wurde.

Einen großen Teil der Vormittagsverhandlung füllte die Verlesung des vorsährigen Verhandlungsprotokolls aus. Vogl schildert eingehend die Vorgeschichte der ganzen Schraden-Siedlung. Neu war an seinen Aussagen, daß ihm der Kreisausschuß in Liebenwerda zur Beschaffung eines kurzfristigen Kredits bei der Girozentrale Magdeburg sechs Blankowechsel zur Verfügung gestellt habe, ohne sich über den Verbleib zweier früher ausgestellter Blanko-Akzepte zu kümmern. Die Vernehmung des Angeklagten Merres führten zu einer eingehenden Besprechung der abgeschlossenen Geschäfte mit der Luisenstädtischen Genossenschaftsbank, bei denen ein Berliner Kaufmann Konus gegen eine Provision von 30 000 Mark Vermittler war. Von diesem Betrage erhielt Merres 15 000 Mark Darlehn. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er mit dem Gelde gemacht habe, verweigerte Merres zunächst die Aussage, aus Angst, er könne dadurch einen Vermögenszuwachsteil erleiden. Auf Zureden des Vorsitzenden, daß seine (Merres) Ehre doch mehr wert sei als die etwa geschädigten Vermögensstücke, erklärte M., daß das Geld inzwischen sowieso schon verloren sei. Der Verteidiger Blühme redet ebenfalls auf Merres ein, und dieser gestand schließlich, daß er den Betrag einer inzwischen in Konkurs geratenen Liebenwerdaer Großhandlung gegeben habe, die bei der Kreissparkasse sehr in Debet gestanden habe, was für Merres dienstliche Unannehmlichkeiten zur Folge hatte

Mückenberg. „Selbstmord eines Jugendlichen". In der Nr. 12 der „Elster-Rundschau", Boxtrip, erschien ein Artikel unter „Selbstmord eines Jugendlichen", der, wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, Behauptungen und Anzeigungen enthält, die den Tatsachen nicht entsprechen und nur geeignet ist, die Angehörigen zu beschimpfen.

Schönewalde. Große öffentliche Versammlung am Sonnabend, dem 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof „zum heiteren Blick". Der Kollege Delegierte Kollege Habermann wird eingehend und ausführlich berichten über die Eindrücke von seiner Reise durch Sowjet-Rußland. Arbeiter und Arbeiterinnen von Schönewalde und Umgegend. Kommt alle recht zahlreich in diese Versammlung und informiert Euch, was der Rußlandbelegierte zu berichten weiß.

Arbeiter-Sport

Gruppe Z. und Sporte. 1. — Großenhainchen 1. 7:1 (3:0). Gestern hatte am Sonntag, 14. Nov. Großenhainchen zu Gaste. Trotzdem Großenhainchen sehr aufgeboten spielte, mußte man eine Niederlage mit nach Hause nehmen. Nachdem es mit 3:0 in die Pause ging, konnte Gerspin die Tatsache nicht ändern, daß der Schluß kam Großenhainchen zu dem verdienten Ehrentor. Schiedsrichter einwandfrei. Einen kleinen Einbruch machte es, als es hieß, Sportplatz halle Sportlerinnen sind nicht eingetreten, man konnte nur trübe Gesichter sehen. Wenn Sportlerinnen sehen, liegt die Jubelfeier entfernten sich vom Platz. Hoffen wir, daß dies in Zukunft nicht wieder vorkommt.

Turner. 6. Bezirk im 2. Kreis. Unsere letzte Gauwettkampfveranstaltung findet am 5. Dezember, vormittags 9 Uhr, in der „Hallesport"-Turnhalle statt. Gestorben wird wie im Kreiswettkampfspiel bereits ausführlich und bitte daselbe zu beachten.

Ortung Mügen. Turnverein Weißenfels. Wörnitz kommt bestimmt mit zwei Mannschaften am 15. Dez. in Mügen.

Theißen 1. — Profen 1. 9:1 (3:1). Fußball. Am Sonntag, 22. November, hatte die 1. von Theißen Profen 1. im Gesellschaftsspiel als Gast. Theißen war mit einer Mannschaft an und was gezeigt, wie sie sich zusammenfinden würde. Die Bestrungen, die man auf die jungen Kräfte setzt hatte, erfüllten sich im vollen Maße. Die Hintermannschaft klarte hier mit gewohnter Sicherheit und hielt den Gegner recht schwach in der Mitte auf. Trotz dem hohen Resultat darf man nicht annehmen, daß die Profener schlecht waren. Das Spiel war spannend vom Anfang bis Schluß und kam 10 mit der Leitung zufrieden sein.

Theißen 2. — Profen 2. 8:3. Die 2. Elf mußte sich von Profen 2. geschlagen bekennen, welches wohl dadurch kam, daß einige Spieler nach der 1. ausgeschieden und die neuen sich erst zusammenfinden müssen.

2. Kreis, 8. Bezirk (Fußball). Für die Vereine Naumburg, Wittenberg, Großenhainchen und Kleinmittenberg findet am Sonntag, 28. November, vorm. 9 Uhr, im „Schützenhaus" Kleinmittenberg unter der Leitung des Schiedsrichterobmanns, Spielausschuß-Vorsitzer, Schiedsrichterkursus statt.

Gruppe Zeitz (Turner). Die letzte diesjährige Gruppenwettkampfstunde findet am 5. Dezember in der Knabenvolksschule am Steinquärchen statt, der Gruppenwettkampf beginnt am 12. Dezember, man beginnt in den Tagesstunden bis spätestens 10 Uhr. Wer nicht kommt, wird unbedingt in den Tagesstunden zu entschuldigen. Tagesordnung: Ordnungsübungen, Arte, Stab- und Keulenübungen. Da das 2. Kreisturnfest in Erfurt mit durchgenommen wird, ist es Pflicht, daß jeder Turner erscheint. Die Anzüge müssen bis 3. Dezember bei der Turnwartstunde entgegengenommen. Sitzung bei Wagner, Weißfriesche. **Gruppenturnwart.**

Kaffball-Serie (5. Kreis, 4. Bezirk). 2. Klasse: Turnerbund Zeitz 2. — Arete Turner Zeitz 2: 1:3; Arete Turner Zeitz 2. — Reißholz 1: 3:0 (2:1). Beide Mannschaften zeigten ein gutes Zeitmaß guter Spiel. — 3. Jugend-Klasse: Am Vorrunde spielt Arete Turner Zeitz 1. Jugend — Turnerbund Zeitz 1. Jugend heißen endete 3:0, halbzeit 2:0. Turnerbund Zeitz Alte Herren — Turnerbund Alte Herren 2. 10 (4:0 3). **Freundschaftsspiele:** Turnerbund Zeitz 1. — Spora 1. 4:1 (2:1); Turnerbund Zeitz 2. — Spora 2. 4:4, Turnerbund 2. Spora Jgd. 8:1.

Freie Thüringer Fußballvereinigung. 5. Kreis, Bezirk Zeitz. Zu der am Sonntag, dem 28. November, in Weißenfels stattfindenden Schiedsrichterprüfung macht sich eine Änderung in der Ansetzung der Aufsichtsspiele notwendig. Da Sportlis Naumburg 2. erst wieder am 5. Dezember spielfähig ist, müssen die einzigen Mannschaften wie folgt: Zorbau 1. — Weißenfels Union 2. 9 Uhr; Zeitz 03 2. — Zeitz 2. 10.30 Uhr; Taucha 1. — Langendorf 1. 12 Uhr; Beiz-ling Jugend — Tendern Jugend 1.30 Uhr.

Die 1. Elf von Goleck ist dadurch frei geworden. Ich bitte die Mannschaften, pünktlich anzutreten, da die Prüfung im Interesse des ganzen Arbeitersportes notwendig ist. Prüfungs Beziehst mitbringen.

Am Sonntag, dem 5. Dezember, findet in Weißenfels im Gewerkschaftshause die Jahreshauptversammlung der Schiedsrichtervereinigung des Bezirks Zeitz statt. Anfang 8 Uhr pünktlich. Tagesordnung: 1. Kassenbestandsprüfung. 2. Bericht des Obmannes. 3. Rechte und Pflichten. 4. Anträge. 5. Neuwahl. 6. Verschiedenes. Nach Möglichkeit müssen alle Schiedsrichtervereinen vertreten sein. Nichtvertretene Vereine werden laut Beschluß bestraft. Entschuldigungen müssen schriftlich eingereicht werden.

Vereinsmitteilungen

Arbeiter-Turn- und Sportverein Leuna-Rossen (M. d. R.-T. u. S.-V.). Sonntag, 28. November, nachmittags 2.30 Uhr, Gasthaus „Heiteren Blick" Bezirksmitgliederversammlung. Vorträge des Bezirksvorsitzenden Berbig (Halle), Genossen Kunzendorf und Genossen der freien Turnschule sind dazu eingeladen. [13] **Der Vorstand.**

ASV. 1. sowie den Schiedsrichter Herrmann (Fichte) zur Kenntnis, daß das Spiel Minerva 1. — ASV. 1. Umstände halber erst um 12 Uhr stattfindet. 16

SC. Minerva, Handballabteilung.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kuh, Halle Steinstraße 14.

Sparsame Hausfrauen bevorzugen **Ritters Kaffee-Haushaltmischung** Dieselben sind stets rein und ausgiebig 145
1 Pfd. mit 20 Prez. Bohnenkaffee 90 ₰ 1 Pfd. mit 48 Prez. Bohnenkaffee 1,40
Otto Henk, inh.: Georg Ritter, Gr. Steinstr. 76

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0011

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Zellengruppe 18. Zellengruppenmitgliederversammlung am Freitag, dem 26. November abends 8 Uhr, im „Reichsadler".

Halle. Die Sitzungen der Stadtleitungen Osten und Süden finden wegen der Kundgebung nicht statt. Besondere Einladungen ergehen noch.
Halle. Zellengruppe 15. Zellengruppe: Mitgliederversammlung Sonnabend, 27. (nicht 26.) November, abends 8 Uhr, im „Reichsadler" in Tretha.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Peißig. Mitgliederversammlung am Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, im Gasthof Modelmüh. Vortrag über Elternbeiträge. Referent Genosse Schulz, Schkeuditz.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Sangerhausen. Außerordentliche Mitgliederversammlung Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, im „Herzenkrug". Referent Genosse Lademann, Halle.
Teutschenthal. Außerordentliche Mitgliederversammlung am Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, im „Würdenhof". Referent Genosse Lessig.
Ermsleben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 27. Nov., abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Lessig, Eisleben.
Leimbach. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 28. Nov., nachm. 3 Uhr, bei Tittel. Referent Genosse Lademann.
Klettermansfeld. Sonntag, 28. Nov., vorm. 9 Uhr, große Kommunalkonferenz für die eingelabenen Ortsgruppen des Mansfelder Landes im Lokal „Hohenzollern", Klettermansfeld. Alle Parteifunktionäre und Kommunalvertreter haben zu erscheinen. Referenten Landtagsabgeordnete Lademann, Kilian und Krüger, Halle.
Aseleben. Sonntag, 28. Nov., vorm. 10 Uhr, in Aseleben, Parteilokal, Arbeitsgebietskonferenz für die Ortsgruppen Aseleben und Belleben. Referent Genosse Lessig, Eisleben.
Gerbstedt. Sonntag, 28. d. M., nachm. 3 Uhr, in Gerbstedt im Lokal „Goldener Ring" Arbeitsgebietskonferenz für die Ortsgruppen Gerbstedt, Heiligenthal, Zabenstedt und Polleben. Referent Genosse Lessig, Eisleben.
Gerbstedt. Außerordentliche Mitgliederversammlung Sonntag, 28. Nov., abends 8 Uhr, im „Goldenen Ring". Referent Genosse Lessig, Eisleben.
Eisdorf. Sonntag, 28. Nov., nachm. 3 Uhr im „Deutschen Haus" Arbeitsgebietskonferenz für die Ortsgruppen Eisdorf, Teutschenthal und Mansfeld. Referent Gerlich, Eisleben.
Siebigerode. Sonntag, 28. Nov., vorm. 10 Uhr, im Lokal Kraneis Arbeitsgebietskonferenz für die Ortsgruppen Köthlingen, Siebigerode und Schraplau. Referent Genosse Gerlich, Eisleben.
Großörner. Sonntag, 28. Nov., abends 8 Uhr, im Lokal Mehrmann, außerordentliche Mitgliederversammlung. Referent Genosse Lademann, Halle.
Klettermansfeld. Sonntag, 28. Nov., nachm. 3 Uhr, im Lokal „Hohenzollern" öffentliche Volksversammlung. Referent Landtagsabgeordnete Krüger.

Unterbezirk Delitzsch

Landsberg. Mitgliederversammlung am Sonnabend, 27. Nov., abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus".

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Jüchenhorst. Mitgliederversammlung Freitag, 26. Nov., 8 Uhr, Troisdos Lokal.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Torgau. Mitgliederversammlung und Informationsabend am Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, in der „Waldschenke". Referent Genosse Holawitzky.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Teuchern. Mitgliederversammlung der Ortsgruppen Unterneuß, Gröbelz, Unterweißen und Deuben. Wahl einer Arbeitsgebietsleitung. Vertreter der BPU ist anwesend.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 24425

Holzweißig. Freitag, 26 Nov., im Lokal Höler Mitgliederversammlung der Roten Hilfe. Alle Genossen müssen erscheinen.
Querfurt. Mitgliederversammlung am Sonnabend, 27. Nov., abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Alle Mitglieder müssen erscheinen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gauleiterbüro Gt. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 9 Uhr sowie jeden 1. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Pölchner, Halle, Postscheckamt Leipzig 6715. Telephon 20012.

Untergau Halle-Saalkreis

An alle Ortsgruppen. Die Ortsgruppen haben die Sammellisten und Marken für den Kongreß der Werktätigen sofort abzurechnen. Der Erlös aus Sammellisten und Marken dient zur Finanzierung des Kongresses der Werktätigen.
Halle. Der Abmarsch zum Demonstrations-Fackelzug am Freitag, 26. Nov., findet wie folgt statt:
Abteilung 1 (Osten) Rokplatz 7 Uhr.
Abteilung 2 (Süden) Johannisplatz ½8 Uhr.
Abteilung 3 (Westen) Weingärtenplatz 7 Uhr.
Abteilung 4 (Nordosten) Weißer Platz 7 Uhr.
Abteilung 5 (Zentrum) Paradeplatz 7 Uhr.
Zugleitung und Spielleute bei den Abteilungen.
Abmarsch 8 Uhr pünktlich vom Thälenplatz.
Halle. Antreten zum Kosmosmarsch nach Lettin am Sonntag, 28. Nov.
Halle. Abteilung 1 (Osten). Antreten 8 Uhr Rokplatz.
Halle. Abteilung 4 (Norden). Antreten 8½ Uhr Weißer Platz.
Geschlossener Abmarsch der beiden Abteilungen über Cröllwitz, Richtung Brandberge.
Halle. Abteilung 2 (Süden). Antreten 7½ Uhr Johannisplatz.
Halle. Abteilung 3 (Westen). 8 Uhr Weingärtenplatz.
Geschlossener Abmarsch dieser zwei Abteilungen über Mansfelder Straße, Richtung Brandberge.
Halle. Musikkapelle (Reichsbahn). Antreten zur Kundgebung am Freitag, 26. Nov., abends 7.30 Uhr, Thälenplatz.
Halle. Abteilung 2 (Süden). Kametadschaft 9 und 9a Sonnabend, 27. Nov., abends 8 Uhr, der Freundbeld Pflichtversammlung.
Ammendorf. Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" wichtige Berl.
Gorisena. Sonnabend, 27. Nov., abends 8 Uhr, Werbeabend.
Es wird der Kreis der gesamte Werbebezirk beteiligt sich Sonnabend, 27. Nov., am Werbeabend in Gorisena.
Werbebezirk Seeben. Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung für die Ortsgruppen Seeben, Gonnewitz, Gutenberg, Zetsche im „Schwarzen Adler" in Gonnewitz.
Reitmannsdorf. Freitag, 26. Nov., Mitgliederversammlung.
Reideburg-Eisdorf. Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, Pflichtversammlung.
Nimrodorf. Sonntag, 28. Nov., vorm. 8 Uhr, „Burgschlößchen", antreten zum Generalappell. Anschließend Fahrt Lettin. Preis 50 Pf.
Bölberg-Wörmlitz. Freitag, 26. Nov., ½7 Uhr, Antreten zum Demonstrationsfackelzug in Halle an Bölberger Schule.
Bölberg-Wörmlitz. Radfahrer. Sonntag, 28. Nov., vorm. ½9 Uhr, nach Lettin. Tor für die Rh. Sammler pünktlich antreten.
Werbebezirk Seeben. Sonnabend, 27. Nov., abends 8 Uhr, haben die Ortsgruppen Bradstedt, Opeln in Oppin „Zur Freiheit" Mitgliederversammlung. (Kurzes russische Revolution).
Sonntag, 28. Nov., nimmt der Werbebezirk am Untergautreffen in Lettin geschlossen teil. Antreten von Seeben 8 Uhr.

Jungfront

Die Roter-Jungfront-Werbewoche wird bis zum 4. Dezember verlängert. Ortsgruppen senden sofort an Gauführung Arbeitsplan ein. Fragebogen bis 7. Dez.
Halle. Alle arbeitslosen Jungfront-Kameraden mit und ohne Räder treffen sich Freitag, 26. Nov., vorm. 11 Uhr, im „Kulpark".

Untergau Merseburg

Merseburg. Sonnabend, 27. Nov., große Werbeveranstaltung mit Filmaufführung.

Untergau Schkeuditz

Schkeuditz. Sonnabend, 27. Nov., abends 8 Uhr, in der „Weißen Taube" zweite Gründungsfeier des RFB.
Schkeuditz. Sonntag, 28. Nov., pünktlich 8 Uhr norm., Werbeausmarsch nach Ermlitz-Radwitz. Sammelplatz Schule.

Untergau Eilenburg

Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Vorstand und Gruppenführer eine halbe Stunde früher.

Untergau Bitterfeld

Wolfen. Sonnabend, 27. Nov., abends 8 Uhr, Werbeabend. Referent Kamerad Schippa.
Jörbig. Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, Versammlung im Gasthof „Zum Löwen".

Untergau Wittenberg

Sonnabend, 27. Nov., und Sonntag, 28. Nov., findet ein Untergautreffen in Schönberg statt. Alle Ortsgruppen haben sich daran zu beteiligen.

Untergau Merseburg

Weißenfels. Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, RFB. und RJ., Uhr 1 ... Fortsetzung des Kursusabends.
Grenzschlag. Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, „Sachsenhof" Mitgliederversammlung.

Untergau Zeitz

Zeitz. Freitag, 26. Nov., 8 Uhr, „Herberge" Mitgliederversammlung und Gaukonferenz.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

An alle Ortsgruppen des Saalkreises! Rüstet zum Treffen in Schkeuditz am ...
Halle. Freitag Treffen zum Fackelzug 4,8 Uhr Thälenplatz. Jedes ist ... dort zu haben.
Halle. Gruppe Westen. Sonnabend 8 Uhr Funktionärsitzung im Jugendheim.
Halle. Sonnabend 7 Uhr Theaterspieler Produktiv. Leseprobe.
Halle. Sonntag, nachm. 2 Uhr, Wanderung nach der Baumgrube. Treffpunkt Hallmarkt. Abends 4,8 Uhr Produktiv. Unterhaltungsabend.
Halle. Gruppe Westen. Heute abend 8 Uhr Jugendberufsgruppe Bäckerei, Zuckerwarenfabrikation.
Halle. Sonntag vorm. ½10 Uhr Produktiv-Genossenschaft Zusammenkunft der gesamten Mitgliedschaft. Jeder hat zu erscheinen.
Sonntag, nachm. 2 Uhr, Wanderung ins Blaue, auch die Eltern Genossen sind anwesend sein. Treffpunkt Hallmarkt.
Sonntag, abends 4,8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Heimabend für Mitglieder. Gäste können eingeführt werden. Zur Neuerscheinung werden Spiele werden die Genossen erfucht, 20 Pfennig mitzubringen.
Ammendorf. Freitag, 26. Nov., Frageseitel-Diskussion in der „Volkshalle".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

An alle Ortsgruppen! Rüstet zum Werbeabend in Weißenfels!
Weißenfels. Sonntag Werbeabend in Meßdau. Abmarsch 3 Uhr vom Kolosseum.
Zeitz. Freitag Spielabend.

Unterbezirk Delitzsch

Gielsen. Freitag, 26. Nov., abends 8 Uhr, Zusammenkunft.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg

Halle. Alle Mitglieder des JSB. beteiligen sich am Freitag nach Schluß der Gruppenabends am Fackelzug des RFB.
Halle. Freitag nachm. 6 Uhr in der Produktiv. Gruppenabend.
Halle. Genossen und Genossinnen! Am Sonnabend, 27. Nov., und Sonntag, 28. Nov., ist in Halle die Bezirkskonferenz des JSB. Dazu werden eine Kopal Lampen gebraucht. Melbet Euch recht zahlreich vom Mittwoch bis Freitag, nachm. 5 bis 7 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.
Halle. Sonnabend nachm. 5 Uhr in der Produktiv. Kulturarbeitsabend.
Ammendorf. Freitag, 26. Nov., nachmittags 4,5 Uhr, im Schulamt Jung-Gruppenabend. Alle Pioniere haben zu erscheinen.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Teuchern. Freitag, 26. Nov., 8 Uhr, im „Grünen Baum" Mitgliederversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Besondere Bekanntmachung ergeht nicht.
Eisleben. Freitag, 26. Nov., findet im „Volkshaus" eine Zusammenkunft statt. Bericht vom Kongreß der Werktätigen.

empfiehlt in
Modezeitungen Volksbuchhandlung

Kaufen Sie MAGGI's Suppen-Würfel
und Sie werden zufrieden sein!
Reiche Sortenauswahl — 1 Würfel für 2 Teller 13 Pfennig —

Arbeiter-Sportvereine!
Wir liefern schnellstens, gut und preiswert alle Vereins-Drucksachen: **Sportorgane, Festschriften, Statuten, Mitgliedskarten, Briefbogen, Umschläge, Einladungskarten und Programme.** Fordert Preisofferten ein, unterstützt das Arbeiterunternehmen die **Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle,** Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 21015, 21047, ...

Stempel-Pfautsch, Nikolaistr. 6, Fernruf 23666
Reformbad, Gr. Ulrichstraße 18, Goethestraße 16, Tag und Nacht geöffnet, Damen und Herren, Licht-, Wannenbäder, medizinische & Massagen, Hydrotherapie, Kohlensäure-Bäder, Massage, Gymnastik, Kopfpflege, Schwimmbad-Saison 1. 5. und Sauna
Ihr sollt bei Sobel kaufen weil er billig ist
Pelzwaren und Herrenhüte? Ja! Aber wo wirklich preiswert und gut?
Uhren u. Goldwaren, Trauringe kauft man gut und billig bei Gotlfr. Schrauf, Schmeerstr.
Musikwaren, Sprechapparate und Schallplatten, Zubehörteile u. s. w., Spielwaren, speziell Eisenbahnen u. Zubehörteile, Karl Albrecht, Inhaber W. Albrecht, Alter Markt Nr. 3
Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät", Inhaber: M. Burke, Kleine Steinstraße 1, Tel. 26393
Zuverlässige Taschen-Uhren von 4,50 Mark an, Amand Weiss, Halle, Kleinschmieden 6, gegenüber Weg Michel
Uebertragen Sie sich bei A. Mordelt, Ludwig-Wuchterr-Straße 23, Der Weg lohnt! Auf Wunsch Teilzahlung
Puppenwagen, Marke Phönix von 9.— Mk. an, Schaukelpferde, starke und elegante Ausführung von 7.50 Mk. an, Billigste Bezugsquelle für Spielwaren, Teilzahlungen gestattet, Schönbach, Schmeerstr. 1, Gegr. 1887
Damen-Hüte, Hutfabrik Phil. Högl nur Kleine Ulrichstraße 21, Herrenhüte, Umpreßhüte
Holzpantoffeln, Stets gutsortiertes Lager in Holzschuh-, Filzschuhwaren, Leders-, Plüsch- und Cordpantoffeln, Lederhausschuhen, in nur 1a. Qualitäten empfiehlt preiswert, Otto Ladecke, Mansfelder Str. 47
Für Schuhe und Stiefel nur Alzak, Schuhhandelsgesellschaft m. b. H., Steinweg 46/47, Ecke Taubenstraße
Stahlmatratzen nach jedem Maße bei billigster Berechnung, holl. Federn- u. Metallmatratzenlager, Otto Gräbner, Halle a. d. S., Yorkstr. 79, Reparaturen sauber und billig, Tel. 25311
Friedrich Bönicke, Große Brunnenstr. 63, Telephon 23356, Täglich Frische Fluß- u. Seefische, Das beste in Räucherwaren und Fisch ansetzen
Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate, sämtliche Ersatzteile, Schallplatten u. Schlager, Eigene Reparaturwerkstatt, August Kraft, Steinweg 51, Geiststraße 49, Tel. 20156, Teilzahlung
Fahrräder, Triumph, Panther, Presto, Viktoria, Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate, Zahlungserleichterungen, Paul Krause, Kl. Ulrichstr. Nr. 18
Herren- u. Kinder-Bekleidung, Schuhwaren aller Art, empfiehlt P. Landgraf, Schmeerstr. 17/18
Korn & Zöllner, Brüderstraße 13, Eisenwaren, Werkzeuge für Tischler, Glaser u. Zimmerleute
Radio-Apparate, Einzelteile, Akkumulatoren, Akku-Ladestation, Ausführliche Preisliste kostenlos, William Fabel, Halle an der Saale, Fleischerstraße 1, Ecke Geiststraße, Telephon 21644

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261125-14/fragment/page=0012